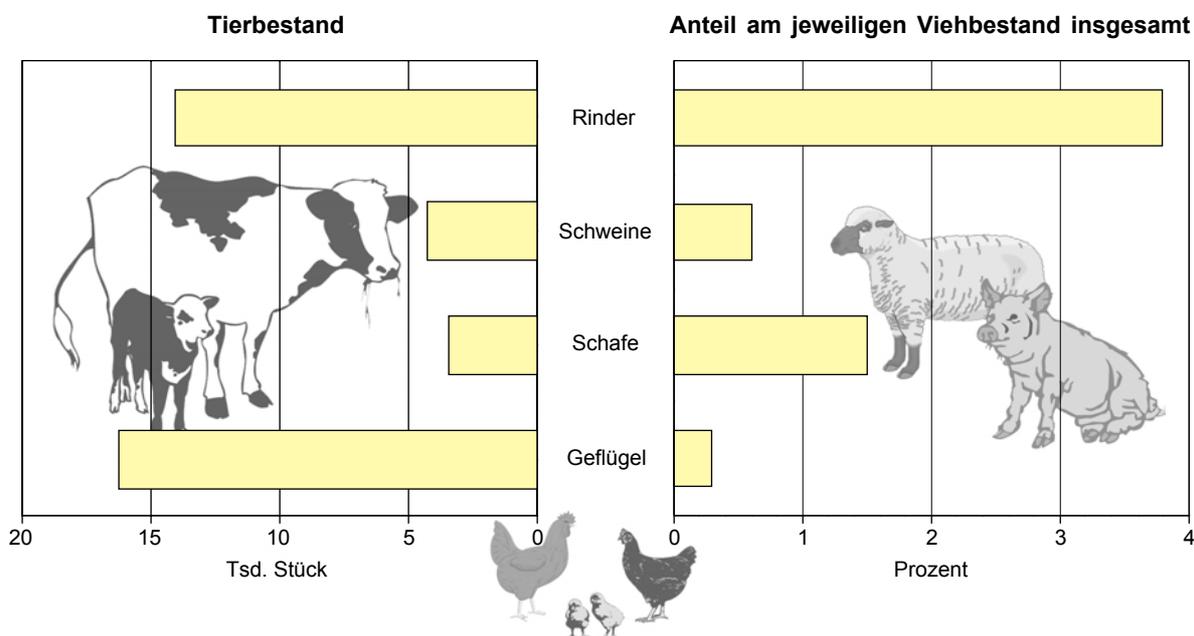


Statistische Monatshefte

Thüringen

Viehbestände in Thüringer Betrieben mit ökologischem Landbau im Mai 2003



Thüringer Landesamt für Statistik

Statistische Monatshefte Thüringen

11. Jahrgang • Januar 2004

Inhalt

Neues aus der Statistik

Statistischer Jahresbericht, Ausgabe 2003 • Weitere Zunahme kleiner Haushalte	3
Von Januar bis September 2003 unveränderte Situation im Produzierenden Gewerbe in Thüringen • Im 3. Quartal 2003 wurden in Thüringen 956 Tsd. Hektoliter Bier abgesetzt • Thüringer Betriebe sind gut auf das Weihnachtsgeschäft eingestellt	4
Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis September 2003 im Vergleich	5
Das Thüringer Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2003 im Vergleich	6
Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie 2002 nach Bundesländern	7
Hohe Ertragsausfälle bei mittelfrühen und späten Gemüsearten im Jahr 2003	8
Mehr Betriebe, aber weniger landwirtschaftlich genutzte Fläche	9
Agrarstrukturerhebung 2003: 90 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden als Pachtland bewirtschaftet • Agrarstrukturerhebung 2003	10
Ökologischer Landbau in Thüringen • Höchster Schweinebestand seit 1992; Rinderbestände sinken weiter ...	11
Alle Jahre wieder... Uhren, Edelmetalle und Schmuck sowie Kosmetik im Dezember sehr gefragt • Im Wintersemester 2003/2004 erneut mehr Studierende in Thüringen	12
Ende 2002 bezog fast jeder zehnte Thüringer Haushalt Wohngeld	13
Altersteilzeit in Thüringen • Alter und Verdienst • Unternehmensgröße und Verdienst	14
Steigende Verdienste mit längerer Betriebszugehörigkeit • Ausgaben der Thüringer Kommunen in den ersten neun Monaten 2003 nahezu unverändert	15
Im Jahr 2002 weniger Umsatzsteuer als ein Jahr zuvor	16
Verdienste im Produzierenden Gewerbe im Juli 2003 • Verbraucherpreisindex im Dezember 2003 gestiegen ..	17
Thüringen aktuell	18
Gerhard-Fürst-Preis 2004	29
Aufsatz	
Erwin Engels: „Gefühlte“ oder „echte“ Inflation – Anmerkungen zur Diskussion um die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland im Jahr 2002	30
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren	47
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 2003 im Überblick	53
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren - Thüringen im Vergleich	54
Zahlenspiegel Thüringen	56

Neues aus der Statistik

Statistischer Jahresbericht, Ausgabe 2003 - Haupttendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von 1995 bis 2002 -

Das Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichte soeben den Statistischen Jahresbericht, Ausgabe 2003.

In diesem Jahresbericht werden die Haupttendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Jahre 1995 bis 2002 in Thüringen dargestellt. Das Bruttoinlandsprodukt, der Indikator für die wirtschaftliche Gesamtleistung, lag real, d.h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, um 0,6 Prozent unter dem Wert vom Jahr 2001. Im Vergleich zu 1995 hat sich das Bruttoinlandsprodukt real in Thüringen um 11,7 Prozent erhöht und erreichte damit nach Brandenburg das zweithöchste Wachstum in den neuen Bundesländern.

Die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) war im Jahr 2002 preisbereinigt um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr und lag um 13,9 Prozent über dem Produktivitätsniveau von 1995. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen erreichte insgesamt einen Anteil am gesamtdeutschen Produktivitätsniveau von 71,3 Prozent (in jeweiligen Preisen); im Jahr 1995 betrug dieser Anteil 66,1 Prozent. Thüringen hat nach wie vor die niedrigste Produktivität unter allen Bundesländern, was u.a. auf die Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief auch im Jahr 2002 in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich. Während beispielsweise im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die meisten Kennziffern, wenn auch deutlich verlangsamt, weiter anstiegen, gingen sie im Baugewerbe z.T. verstärkt zurück:

Im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe wurde im Jahr 2002 ein Umsatzplus von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht; gegenüber 1995 hat sich das Umsatzvolumen um 79,9 Prozent erhöht. Das Baugewerbe, in dem der Umsatz seit 1995 rückläufig ist, musste im Jahr 2002 die bisher höchsten Rückgänge verzeichnen (-14,9 Prozent). Im Vergleich zu 1995 ging das Umsatzvolumen um 46,0 Prozent zurück. Diese unterschiedlichen Entwicklungsverläufe und auch die Entwicklungen in den anderen

Wirtschaftsbereichen werden in dem vorgelegten Statistischen Jahresbericht analysiert und ausführlich textlich beschrieben. Dabei werden die einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auch in Relation zu den neuen und alten Bundesländern bzw. zu Gesamtdeutschland dargestellt.

Ergänzt wird die zusammenfassende Veröffentlichung durch zahlreiche Tabellen und grafische Schaubilder über die Entwicklung Thüringens in den Jahren 1995 bis 2002.

Weitere Zunahme kleiner Haushalte

Im Mai 2003 lebten 2,38 Mill. Thüringer in 1,114 Mill. Privathaushalten. Damit ist trotz Rückgang der Bevölkerung die Zahl der Privathaushalte gestiegen.

Nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2003, einer bundesweiten repräsentativen Haushaltsbefragung, leben immer mehr Thüringer allein. Die Zahl der Einpersonenhaushalte stieg seit April 2002 um 12 400 bzw. 3,4 Prozent. Auch die Zweipersonenhaushalte nahmen zu. Sie wuchsen um 4 900 bzw. 1,3 Prozent.

Während die Zahl der Haushalte mit drei Personen gleich blieb, nahmen die Haushalte mit vier und mehr Personen deutlich ab. Von April 2002 bis Mai 2003 sank die Zahl um 13 000 bzw. 8,0 Prozent.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße verringerte sich auf 2,14 Personen (2002: 2,18; 1991: 2,45). Fast jeder zweite Thüringer (48,4 Prozent) lebt in einem Ein- oder Zweipersonenhaushalt.

Wesentliche Ursache dieser Tendenzen ist die negative Entwicklung der Geburtenzahlen. Seit 1991 ist die Zahl der Haushalte mit Kindern auf 80,8 Prozent gesunken, darunter die mit drei und mehr Kindern auf 70,2 Prozent.

Privathaushalte in Thüringen 1991, 2002 und 2003 (Ergebnis des Mikrozensus)

Haushaltsgröße	1991	2002	2003		Veränderung 2003/2002 um %
	Anteil an Privathaushalten (%)		1000		
1 Person	24,6	33,2	34,1	380,2	3,4
2 Personen	32,6	34,4	34,7	386,2	1,3
3 Personen	21,2	17,8	17,8	197,8	-
4 Personen	17,5	11,8	10,8	120,8	- 7,9
5 und mehr Personen	4,1	2,8	2,6	28,6	- 8,6

Von Januar bis September 2003 unveränderte Situation im Produzierenden Gewerbe in Thüringen

Die auskunftspflichtigen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten¹⁾ in den produzierenden Bereichen (hier: Industrie und Baugewerbe) Thüringens erzielten von Januar bis September 2003 einen Gesamtumsatz in Höhe von 17,8 Mrd. Euro. Das waren bei gleicher Zahl der Arbeitstage 723 Mill. Euro bzw. 4,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2002.

In den Industriebetrieben (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) wurde ein Umsatz von 15,9 Mrd. Euro erzielt. Das war ein Plus gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres von 926 Mill. Euro bzw. 6,2 Prozent.

Im Baugewerbe sank der Umsatz um 203 Mill. Euro bzw. 9,6 Prozent auf 1,9 Mrd. Euro.

Ende September 2003 waren in der Industrie und im Baugewerbe mit 176 Tsd. Beschäftigten 879 Personen bzw. 0,5 Prozent weniger tätig als Ende September 2002. Dieser Stellenabbau resultierte aus einem Beschäftigtenanstieg in der Industrie und einem Beschäftigtenrückgang im Baugewerbe.

In den Thüringer Industriebetrieben waren Ende September dieses Jahres 146 Tsd. Personen beschäftigt. Das waren 3 359 Personen bzw. 2,4 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Im Thüringer Baugewerbe waren Ende September 29 450 Personen beschäftigt. Damit gingen dort innerhalb eines Jahres 12,6 Prozent der Arbeitsplätze verloren (-4 238 Personen).

Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg in den produzierenden Bereichen von Januar bis September 2003 auf nahezu 103 Tsd. Euro. Das waren 4,1 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2002.

Die Betriebe der Industrie erzielten von Januar bis September 2003 eine Produktivität in Höhe von über 111 Tsd. Euro. Da der Umsatz deutlicher als die Zahl der Beschäftigten stieg, lag sie um 3,0 Prozent über dem Umsatz je Beschäftigten der ersten neun Monate des Jahres 2002.

Die Produktivität des Baugewerbes erreichte im gleichen Zeitraum 2003 einen Wert von fast 67 Tsd. Euro und stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,4

Prozent, da hier die Beschäftigtenzahlen deutlicher zurückgingen als die Umsätze.

Im 3. Quartal 2003 wurden in Thüringen 956 Tsd. Hektoliter Bier abgesetzt

Im 3. *Quartal 2003* wurden in Thüringen 956 Tsd. Hektoliter Bier²⁾ abgesetzt. Das waren 20 Tsd. Hektoliter bzw. 2 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, während der Bierabsatz in der Bundesrepublik insgesamt im 3. Quartal mit 29,6 Mill. Hektolitern unverändert blieb. Nicht enthalten sind der Absatz von alkoholfreien Bieren und Malztrunk sowie das aus Ländern außerhalb der Europäischen Union eingeführte Bier.

95 Prozent des Thüringer Bierabsatzes waren im 3. Quartal 2003 für den Verbrauch in Deutschland bestimmt und wurden versteuert. Dieser Anteil ist deutlich höher als in Deutschland (87 Prozent).

Der steuerfreie Absatz von 50 Tsd. Hektolitern Bier ging überwiegend ins Ausland.

An die Beschäftigten der Brauereien wurden rund 1 000 Hektoliter als Haustrunk unentgeltlich abgegeben. Das waren 130 Hektoliter weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In Thüringen lag der Anteil des Haustrunks bei 1,3 Liter je 1 000 Liter Bierabsatz und in der Bundesrepublik bei 1,9 Liter je 1 000 Liter Bierabsatz.

Von *Januar bis September 2003* fiel die Bilanz für Thüringen günstiger aus. Bei einem deutschlandweiten Rückgang stieg in Thüringen der Absatz, aufgrund eines deutlichen Zuwachses im 2. Quartal, in den ersten neun Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 36 Tsd. Hektoliter bzw. 1,3 Prozent auf 2,7 Mill. Hektoliter.

Thüringer Betriebe sind gut auf das Weihnachtsgeschäft eingestellt

Die Thüringer Betriebe und Unternehmen der Spielwarenindustrie setzten von Januar bis September 2003 Spielwaren in Höhe von 52 Mill. Euro ab. Das waren knapp 7 Prozent mehr (+3,2 Mill. Euro) als in den ersten neun Monaten 2002.

1) Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten befragt.

2) Die Daten wurden auf der Grundlage der nach Feststellung der Zentralstelle Biersteuer vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten ermittelt.

Über 6 700 Beschäftigte der Backwaren- und Dauerbackwarenhersteller erzielten in den ersten drei Quartalen dieses Jahres einen Umsatz im Wert von über 405 Mill. Euro und damit ein Fünftel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Konkret waren das beispielsweise 36 771 Tonnen Kekse, Waffeln und Kleingebäck. Das wären rein rechnerisch 15 kg Backwaren für jeden Thüringer.

Die Spirituosenhersteller erwirtschafteten einen Umsatz in Höhe von rund 138 Mill. Euro. Zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum war das eine Steigerung um knapp 14 Prozent. Sie stellten knapp 35 Mill. Liter unterschiedlichster Spirituosen her; 14,6 Liter pro Kopf der Thüringer Bevölkerung.

Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis September 2003 im Vergleich

Von Januar bis September 2003 verringerte sich der Umsatz in den Betrieben des Thüringer Bauhauptgewerbes ³⁾ mit 9,2 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlicher als im Durchschnitt der neuen Bundesländer und Deutschlands.

Der Index des Auftragseinganges, als wichtiger Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung, sank in Thüringen um 11,4 Prozent und damit etwas deutlicher als in Deutschland (-11,0 Prozent).

Mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen um 15,8 Prozent hatte Thüringen im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2003 den höchsten Beschäftigtenverlust.

Bei den geleisteten Arbeitsstunden wurde für Thüringen ein Rückgang um 13,8 Prozent festgestellt. In den neuen Bundesländern war dieser nahezu gleich hoch und in Deutschland nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden etwas weniger ab.

Der Umsatz je Beschäftigten (Umsatzproduktivität) stieg in Thüringen in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002 um 7,9 Prozent. Diese Steigerung fiel niedriger als in den neuen Bundesländern, aber

³⁾ Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes befragt.

Ausgewählte Merkmale für Deutschland, die neuen Bundesländer und Thüringen im Bauhauptgewerbe ¹⁾ im September 2003

Merkmal	Einheit	September 2003		Januar bis September 2003	
		Absolute Werte	Entwicklung zum Vorjahresmonat um %	Absolute Werte	Entwicklung zum Vorjahreszeitraum um %
<i>Beschäftigte im Monatsdurchschnitt</i>	Tsd. Personen				
Deutschland		466,4	- 9,8	458,1	- 11,1
Neue Bundesländer		122,3	- 11,4	118,2	- 13,8
Thüringen		19,4	- 12,5	18,4	- 15,8
<i>Arbeitsstunden</i>	Mill. Stunden				
Deutschland		53,9	- 5,3	400,1	- 11,0
Neue Bundesländer		14,9	- 7,2	109,0	- 13,2
Thüringen		2,4	- 9,6	17,4	- 13,8
<i>Lohn und Gehalt</i>	Mill. Euro				
Deutschland		1 202	- 5,5	10 177	- 8,6
Neue Bundesländer		255	- 6,1	2 096	- 11,1
Thüringen		40	- 7,3	323	- 13,2
<i>Gesamtumsatz</i>	Mill. Euro				
Deutschland		5 441	- 3,1	40 200	- 7,0
Neue Bundesländer		1 346	0,1	9 260	- 6,6
Thüringen		203	- 3,5	1 340	- 9,2
<i>Umsatzproduktivität</i>	Euro				
Deutschland		11 666	7,4	87 752	4,5
Neue Bundesländer		11 008	13,0	78 360	8,3
Thüringen		10 478	10,2	72 873	7,9
<i>Index des Auftragseinganges</i>	Basis 2000=100				
Deutschland		93,3	- 8,6	82,2	- 11,0
Thüringen		81,8	- 7,2	72,1	- 11,4

Deutschland und Neue Bundesländer (grundsätzlich vorläufige Ergebnisse)

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

höher als in Deutschland aus. Die absolute Umsatzproduktivität in Thüringen in Höhe von 72 873 Euro je Beschäftigten lag bei 93 Prozent des Umsatzes je Beschäftigten der neuen Bundesländer und bei 83 Prozent der Umsatzproduktivität Deutschlands.

Im *September 2003* sank in den Thüringer Betrieben des Bauhauptgewerbes der Umsatz mit 3,5 Prozent im Vergleich zum September 2002 etwas deutlicher als im Durchschnitt Deutschlands. In den neuen Bundesländern lag der Umsatz leicht über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Beim Index des Auftragseingangs schnitt das Thüringer Bauhauptgewerbe (-7,2 Prozent) besser ab als das bundesdeutsche Ergebnis (-8,6 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten sank in Thüringen im Vergleich zum September 2002 um 12,5 Prozent und damit deutlicher als in den neuen Bundesländern und in Deutschland.

Die Umsatzproduktivität (absolut) lag in Thüringen im September 2003 mit 10 478 Euro unter dem Umsatz je Beschäftigten der neuen Bundesländer und Deutschlands. Im Vergleich zum September 2002 gab es in Thüringen einen Anstieg des Umsatzes je Beschäftigten, der wesentlich geringer ausfiel als in den neuen Bundesländern, aber deutlich höher als in Deutschland.

Im September 2003 ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Thüringen mit 9,6 Prozent schneller als in Deutschland und in den neuen Bundesländern zurück.

Ausgewählte Merkmale für Deutschland, die neuen Bundesländer und Thüringen im Bauhauptgewerbe im September 2003

Merkmal	Einheit	September 2003		Januar bis September 2003	
		Absolute Werte	Entwicklung zum Vorjahresmonat um %	Absolute Werte	Entwicklung zum Vorjahreszeitraum um %
<i>Beschäftigte im Monatsdurchschnitt</i>	Tsd. Personen				
Deutschland		466,4	- 9,8	458,1	- 11,1
Neue Bundesländer		122,3	- 11,4	118,2	- 13,8
Thüringen		19,4	- 12,5	18,4	- 15,8
<i>Arbeitsstunden</i>	Mill. Stunden				
Deutschland		53,9	- 5,3	400,1	- 11,0
Neue Bundesländer		14,9	- 7,2	109,0	- 13,2
Thüringen		2,4	- 9,6	17,4	- 13,8
<i>Lohn und Gehalt</i>	Mill. Euro				
Deutschland		1 202	- 5,5	10 177	- 8,6
Neue Bundesländer		255	- 6,1	2 096	- 11,1
Thüringen		40	- 7,3	323	- 13,2
<i>Gesamtumsatz</i>	Mill. Euro				
Deutschland		5 441	- 3,1	40 200	- 7,0
Neue Bundesländer		1 346	0,1	9 260	- 6,6
Thüringen		203	- 3,5	1 340	- 9,2
<i>Umsatzproduktivität</i>	Euro				
Deutschland		11 666	7,4	87 752	4,5
Neue Bundesländer		11 008	13,0	78 360	8,3
Thüringen		10 478	10,2	72 873	7,9
<i>Index des Auftragseingangs</i>	Basis 2000=100				
Deutschland		93,3	- 8,6	82,2	- 11,0
Thüringen		80,1	- 13,7	70,9	- 12,0

Deutschland und Neue Bundesländer (grundsätzlich vorläufige Ergebnisse)

Das Thüringer Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2003 im Vergleich

Das Thüringer Ausbaugewerbe⁴⁾ erzielte im 3. Vierteljahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 210 Mill. Euro und verfehlte damit das vergleichbare Vorjahresergebnis um 11,9 Prozent.

Der Umsatz in den neuen Bundesländern sank annähernd gleich schnell (-11,8 Prozent) auf 1,4 Mrd. Euro. Für Deutschland wurde ein Rückgang um 7,1 Prozent auf 7,2 Mrd. Euro festgestellt.

4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Ende des 3. Vierteljahres 2003 waren in den Thüringer Betrieben des Ausbaugewerbes knapp 10 100 Personen beschäftigt. Das waren 12,7 Prozent weniger Beschäftigte als Ende des 3. Vierteljahres 2002.

In den neuen Bundesländern sah es ähnlich aus. Hier sanken die Beschäftigtenzahlen um 12,9 Prozent auf knapp 64 300 Personen. In Deutschland fiel der Rückgang mit 9,0 Prozent auf knapp 299 100 Personen geringer aus.

Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg in Thüringen um 1,0 Prozent und damit langsamer als in Deutschland und in den neuen Bundesländern. Die Höhe der Produktivität lag mit 20 820 Euro unter der der neuen Bundesländer (21 187 Euro) und Deutschlands (24 126 Euro).

Im Thüringer Ausbaugewerbe wurden im 3. Vierteljahr 2003 über 3,5 Mill. geleistete Arbeitsstunden ermittelt. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gab es damit einen Rückgang um 10,0 Prozent.

In den neuen Bundesländern verringerte sich die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden um 11,7 Prozent auf 21,4 Mill. Stunden deutlicher und im deutschen Ausbaugewerbe um 7,9 Prozent auf 94,0 Mill. Stunden langsamer als in Thüringen.

Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie 2002 nach Bundesländern

Im Jahr 2002 investierten die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten⁵⁾ im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Industrie) in Thüringen eine Gesamtsumme in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Das entsprach einem Anteil von 2,4 Prozent an den gesamtdeutschen Investitionen in Höhe von 49,3 Mrd. Euro. Thüringen lag damit auf Rang 9 in der Länderwertung.

Die Länder mit den höchsten Investitionen im Jahr 2002 waren:

Nordrhein-Westfalen (9,8 Mrd. Euro), Bayern (9,8 Mrd. Euro), Baden-Württemberg (8,9 Mrd. Euro), Niedersachsen (4,6 Mrd. Euro) und Hessen (3,1 Mrd. Euro).

Vergleichsweise wenig investierten die Bundesländer Bremen mit 0,5 Mrd. Euro und Mecklenburg-Vorpommern mit 0,4 Mrd. Euro.

In Deutschland wurde 3,7 Prozent des Umsatzes investiv gebunden. In Thüringen betrug dieser Anteil 6,1 Prozent. Das war der 2. Platz unter allen Bundesländern. Hohe Anteile der Investitionen am Umsatz gab es auch in den anderen neuen Bundesländern:

Sachsen 7,4 Prozent, Sachsen-Anhalt 5,8 Prozent und Brandenburg 5,3 Prozent.

Kleinere Anteile der Investitionen am Umsatz wurden in Hamburg mit 1,3 Prozent, in Bremen mit 2,4 Prozent und in Schleswig-Holstein mit 2,8 Prozent ermittelt.

Im Jahr 2002 lagen die Investitionen je Beschäftigten in Deutschland bei 7 887 Euro. Auch hier waren die neuen Bundesländer führend und Thüringen erreichte Platz 6.

Spitzenreiter bei den Investitionen je Beschäftigten war Sachsen mit 11 510 Euro.

Ausgewählte Merkmale des Ausbaugewerbes¹⁾ für Deutschland, die neuen Bundesländer und Thüringen im 3. Vierteljahr 2003

Merkmal	Einheit	3. Vierteljahr 2003	
		Absolute Werte	Entwicklung zum Vorjahresvierteljahr um %
<i>Beschäftigte</i>	Tsd. Personen		
Deutschland		299,1	- 9,0
Neue Bundesländer		64,3	- 12,9
Thüringen	10,1	- 12,7	
<i>Geleistete Arbeitsstunden</i>	Mill. Stunden		
Deutschland		93,97	- 7,9
Neue Bundesländer		21,38	- 11,7
Thüringen	3,54	- 10,0	
<i>Gesamtumsatz</i>	Mill. Euro		
Deutschland		7 215,9	- 7,1
Neue Bundesländer		1 361,6	- 11,8
Thüringen	209,8	- 11,9	
<i>Umsatzproduktivität</i>	Euro		
Deutschland		24 126	2,1
Neue Bundesländer		21 187	1,3
Thüringen	20 820	1,0	

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

5) Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten befragt.

Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland nach Ländern 2002

Land	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Bruttoanlageinvestitionen					
				Gebäude und bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke	Maschinen, masch. Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	insgesamt	je Beschäftigten	im Verhältnis zum Umsatz
Schleswig-Holstein	1 310	132 195	27 376	75	6,2	689	770	5 824	2,8
Hamburg	547	99 277	66 211	141	2,6	688	831	8 369	1,3
Niedersachsen	4 038	548 625	135 642	394	23,2	4 229	4 647	8 470	3,4
Bremen	339	63 640	20 710	55	1,4	440	497	7 812	2,4
Nordrhein-Westfalen	10 433	1 395 504	290 126	1 057	90,3	8 641	9 788	7 014	3,4
Hessen	3 118	447 520	82 749	299	0,0	2 773	3 109	6 946	3,8
Rheinland-Pfalz	2 219	295 373	61 835	279	40,6	2 481	2 801	9 483	4,5
Baden-Württemberg	8 519	1 253 297	239 180	977	52,4	7 895	8 925	7 121	3,7
Bayern	7 390	1 191 987	256 737	1 103	68,8	8 590	9 762	8 190	3,8
Saarland	511	103 474	19 868	64	1,2	964	1 029	9 946	5,2
Berlin	885	109 259	29 659	91	2,8	794	888	8 130	3,0
Brandenburg	1 055	85 638	16 322	109	10,1	753	872	10 183	5,3
Mecklenburg-Vorpommern	692	49 829	8 130	48	2,4	301	351	7 038	4,3
Sachsen	2 647	223 713	34 844	287	16,1	2 272	2 575	11 510	7,4
Sachsen-Anhalt	1 271	107 518	21 084	174	7,5	1 040	1 221	11 356	5,8
Thüringen	1 724	138 701	19 480	176	5,0	1 011	1 192	8 595	6,1
Deutschland	46 698	6 245 550	1 329 952	5 329	366,8	43 561	49 257	7 887	3,7

Es folgten:

Sachsen-Anhalt mit 11 356 Euro, Brandenburg mit 10 183 Euro, Saarland mit 9 946 Euro, Rheinland-Pfalz mit 9 483 Euro und Thüringen mit 8 595 Euro.

Geringere Investitionen je Beschäftigten wiesen Schleswig-Holstein mit 5 824 Euro und Hessen mit 6 946 Euro aus.

Hohe Ertragsausfälle bei mittelfrühen und späten Gemüsearten im Jahr 2003

Trockenheit und hohe Temperaturen brachten den Thüringer Gemüsebauern im Jahr 2003 eine sehr schlechte Ernte bei mittelfrühen und späten Gemüsearten. Auf der Grundlage der Meldungen der Ernte- und Betriebsberichterstattung wurden für die einzelnen Gemüsearten im Landesdurchschnitt folgende Erträge berechnet:

Der *Spätweißkohl* erbrachte einen Flächenertrag von 710,4 Dezitonnen je Hektar (dt/ha). Damit unterschritt er das langjährige Mittel 1997/2002 um 12,7 Prozent und verfehlte das Vorjahresergebnis (951,0 dt/ha) um ein Viertel. Trotz einer Anbauerweiterung um 37 Hektar auf 275 Hektar wurden 3 056 Tonnen weniger als im Vorjahr geerntet.

Beim *Spätrotkohl* lag der Ertrag mit 279,6 dt/ha um mehr als die Hälfte unter dem langjährigen Mittel. Das ist der niedrigste Ertrag seit 1991 (bisher niedrigster Ertrag 1992: 332,5 dt/ha). Die Anbaufläche ging zum Vorjahr um rund 4 Hektar auf 55 Hektar zurück, die Erntemenge um 2 116 Tonnen auf 1 546 Tonnen.

Vom *Spätwirsing* wurden 179,3 dt/ha geerntet. Das sind rund vier Zehntel weniger als im Mittel der Jahre 1997/2002 (290,2 dt/ha). Damit wurde der bisher niedrigste Ertrag von 1992 mit 202,2 dt/ha nochmals um rund 23 dt/ha unterschritten.

Mit einem Flächenertrag von 185,6 dt/ha verfehlte der mittelfrühe und *Spätblumenkohl* das langjährige Mittel um 16 Prozent. Durch eine Anbauerweiterung um rund 44 Hektar wurde aber trotzdem eine Erntemenge von 6 949 Tonnen eingebracht (2002: 6 448 Tonnen).

Die *Speisezwiebeln* lagen mit einem Ertrag von 223,7 dt/ha um 37 Prozent unter dem Mittel der Jahre 1997/2002 und rund ein Viertel unter dem Vorjahresniveau (295,1 dt/ha). Bei einer Anbaufläche von 169 Hektar wurden 3 786 Tonnen geerntet.

Mit einem Ertrag von 56,8 dt/ha wurde der gute Vorjahresertrag bei *Buschbohnen* um fast die Hälfte unterschritten. Obwohl die Anbaufläche um rund 67 Hektar auf 383 Hektar erweitert wurde, konnte nur eine Erntemenge von 2 171 Tonnen eingebracht werden. Das sind rund 40 Prozent weniger als im Vorjahr.

Hohe Ertragsausfälle wurden auch bei den *Gurken* gemeldet. Mit 209,6 dt/ha wurde der drittniedrigste Ertrag seit 1991 erreicht (1994: 147,7 dt/ha; 1991: 196,2 dt/ha). Nur 1 269 Tonnen konnten von Thüringer Feldern geerntet werden; das sind drei Zehntel von der Vorjahresernte (4 361 Tonnen).

Obwohl der Anbau von *Herbstspinat* um 16 Hektar auf 40 Hektar erweitert wurde, beläuft sich die Schätzung der Erntemenge auf nur 262 Tonnen (2002: 411 Tonnen). Trockenheit und hohe Temperaturen führten auch hier zu hohen Ertragsausfällen bis zum vollständigen Ernteverlust. Der Flächenertrag von 64,8 dt/ha unterschreitet das langjährige Mittel um mehr als die Hälfte.

Hohe Verluste auf Grund der extremen Witterungsverhältnisse sind auch bei den Kulturen *Grünkohl* und *Chinakohl* entstanden, die aber in Thüringen vom Anbau eine untergeordnete Bedeutung haben. Bei beiden Kulturen lag der Flächenertrag unter 5 dt/ha, was einem absoluten Ernteausfall gleich kommt.

Mehr Betriebe, aber weniger landwirtschaftlich genutzte Fläche

Nach Ergebnissen der im Mai 2003 durchgeführten Agrarstrukturhebung gab es in Thüringen 5 071 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 793 500 Hektar. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2001 stieg die Anzahl der Betriebe um knapp 1 Prozent (+41 Betriebe). Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ging um 1,2 Prozent (-9 300 Hektar) zurück und die durchschnittliche Betriebsgröße sank von 159,6 Hektar auf 156,5 Hektar.

Der Veränderungsprozess zu Betrieben mit geringerer Flächenausstattung setzte sich in der Thüringer Landwirtschaft in diesem Jahr fort.

Gab es im Jahr 2001 noch 264 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Flächenausstattung von mehr als 1 000 Hektar und einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 1 811 Hektar, so wurden im Mai 2003 mit 250 Betrieben mehr als 5 Prozent weniger in dieser Größenklasse gezählt. Die durchschnittliche Betriebsgröße ging auf 1 802 Hektar zurück.

Dagegen stieg die Anzahl der Betriebe mit einer Flächenausstattung zwischen 500 und 1 000 Hektar um 9 Prozent auf 177 Betriebe an. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 731 auf 736 Hektar.

Erträge bei mittelfrühen und späten Gemüse

Gemüse	Flächenertrag			Erntemenge	
	2002	2003	langjähriges Mittel 1997/2002	2002	2003
	dt/ha			t	
Spätweißkohl	951,0	710,4	814,0	22 594	19 539
Spätrotkohl	615,1	279,6	610,2	3 662	1 546
Spätwirsing	278,4	179,3	290,2	150	84
mittelfrüher Blumenkohl und Spätblumenkohl	195,2	185,6	219,6	6 448	6 949
Speisezwiebeln	295,1	223,7	354,5	4 935	3 786
Buschbohnen	.	56,8	98,4	.	2 171
Gurken	684,8	209,6	568,3	4 361	1 269
Herbstspinat	168,9	64,8	145,9	411	262
Grünkohl	104,9	3,3	169,9	4	3
Chinakohl	35,0	4,3	309,7	90	0

Die 427 Betriebe in diesen beiden Größenklassen (8 Prozent aller Betriebe) bewirtschafteten knapp drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Thüringens.

694 Betriebe verfügten über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche zwischen 100 und 500 Hektar. Das waren 20 Betriebe (+3 Prozent) mehr als im Jahr 2001. Mit durchschnittlich 222 Hektar wurden 3 Hektar je Betrieb mehr bewirtschaftet als vor zwei Jahren.

In der Größenklasse 10 bis unter 100 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche wurden mit 1 460 Betrieben 1 Prozent weniger als 2001 ermittelt. Jeder Betrieb bewirtschaftete sowohl 2001 als auch 2003 durchschnittlich 33 Hektar.

Die Anzahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von unter 10 Hektar stieg um 1 Prozent an, die durchschnittliche Betriebsgröße blieb jedoch mit 4 Hektar konstant.

Von den 5 071 landwirtschaftlichen Betrieben gehörten 4 102 Betriebe (81 Prozent) der Rechtsform Einzelunternehmen an und wirtschafteten auf 140 900 Hektar (18 Prozent) landwirtschaftlich genutzter Fläche. Mehr als drei Viertel dieser Flächen wurden von Familienbetrieben im Haupterwerb bewirtschaftet.

Auf 17 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche produzierten 378 Personengesellschaften.

Mit 82 Prozent sind die Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) die vorherrschende Rechtsform der Personengesellschaften. Eine GbR verfügte über durchschnittlich 264 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Knapp zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Thüringens wurde von 591 Betrieben der Rechtsform juristische Personen bewirtschaftet.

Mehr als die Hälfte der Betriebe sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Die durchschnittliche Betriebsgröße einer GmbH lag bei 583 Hektar.

Weiterhin produzierten 27 Aktiengesellschaften (AG) auf 38 700 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, das entspricht 1 435 Hektar je Betrieb.

209 Betriebe sind nach ihrer Rechtsform eingetragene Genossenschaften (e.G.). Diese verfügten über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 301 700 Hektar. Das sind im Durchschnitt 1 444 Hektar je Betrieb.

Agrarstrukturerhebung 2003: 90 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden als Pachtland bewirtschaftet

Nach ersten Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2003 bewirtschaften die rund 5 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen 793 500 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF).

715 800 Hektar bzw. 90 Prozent dieser Flächen sind Pachtland. 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Thüringens bewirtschaften fremden Grund und Boden. Dabei

produziert über ein Viertel (28 Prozent) ausschließlich auf gepachteten Flächen.

Knapp drei Viertel (72 Prozent) der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 83 700 Hektar eigene landwirtschaftlich genutzte Fläche (11 Prozent der LF insgesamt), von denen 73 000 Hektar (9 Prozent der LF insgesamt) selbst bewirtschaftet werden.

4 600 Hektar (0,6 Prozent der LF insgesamt) wurden den Landwirten unentgeltlich zur Bewirtschaftung überlassen.

In Thüringen setzte sich der Trend fort, dass die Pachtflächen leicht zurückgehen, während die selbst bewirtschafteten Eigenflächen zunehmen.

Die Pachtflächen gingen gegenüber der Erhebung im Jahr 2001 um 25 700 Hektar bzw. 3,5 Prozent zurück, die selbst bewirtschafteten Eigenflächen nahmen um 17 100 Hektar bzw. 30 Prozent zu.

Der Pachtflächenanteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche verringerte sich gegenüber 2001 um 2 Prozentpunkte auf 90 Prozent. Der Anteil der selbst bewirtschafteten Eigenflächen stieg von 7 auf 9 Prozent.

Die Pachtpreise für fremden Grund und Boden sind gegenüber der letzten Erhebung angestiegen. Im Durchschnitt mussten für einen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche 114 Euro Jahrespacht gezahlt werden. Damit lag der Pachtpreis um 8 Euro über dem Pachtentgelt des Jahres 2001.

Differenziert nach Nutzungsarten wurden je Hektar gepachtetes Ackerland 131 Euro (+9 Euro gegenüber 2001) entrichtet und je Hektar gepachtetes Grünland 57 Euro (+4 Euro).

Agrarstrukturerhebung 2003

Nach ersten Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2003 waren in den rund 5 000 landwirtschaftlichen Betrieben 28 000 Personen beschäftigt. Davon waren 23 500 Personen ständig beschäftigt und 4 500 Arbeitskräfte zur Überwindung zeitweiliger Arbeitsspitzen als Saisonarbeitskräfte angestellt.

Von den ständig Beschäftigten waren 15 200 Personen vollbeschäftigt.

Obwohl die Zahl der ständig Beschäftigten in der Landwirtschaft gegenüber 2001 geringfügig um 0,7 Prozent bzw. 160 Personen angestiegen ist, sank der Vollbeschäftigtenanteil von 68 Prozent auf 65 Prozent. Die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte ging von 15 900 auf 15 200 Personen zurück.

In den 4 000 Einzelunternehmen Thüringens arbeiteten 7 300 Familienarbeitskräfte (4 Prozent mehr als 2001) und 1 000 ständige familienfremde Arbeitskräfte (2 Prozent weniger als 2001). Der Vollbeschäftigtenanteil sank geringfügig von 28 auf 27 Prozent. Durchschnittlich arbeiteten 2,1 Arbeitskräfte in jedem Einzelunternehmen (2001: 2,0) bzw. 5,9 Arbeitskräfte auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (2001 ebenfalls 5,9).

In den 400 Personengesellschaften waren, unverändert zur letzten Erhebung, 2 800 Personen ständig beschäftigt. Der Anteil der Vollbeschäftigten ging aber gegenüber dem Jahr 2001 um 10 Prozentpunkte auf 75 Prozent zurück. Jeder Betrieb beschäftigte durchschnittlich 6,8 Personen (2001: 7,2) bzw. 2,1 Arbeitskräfte je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (2001: 2,0).

53 Prozent aller ständig Beschäftigten arbeiteten in den 600 Betrieben der Rechtsform juristische Personen. Der Anteil der Vollbeschäftigten sank um 3 Prozentpunkte auf 87 Prozent. Je Betrieb waren durchschnittlich 20,7 Personen angestellt. Das waren 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2001. Auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche kamen unverändert 2,4 Arbeitskräfte.

Ökologischer Landbau in Thüringen

Nach Ergebnissen der im Mai 2003 durchgeführten Agrarstrukturerhebung gab es in Thüringen 5 071 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 793 500 Hektar. Von diesen Betrieben gaben 162 Betriebe an, nach den Kriterien der EG-Öko-Verordnung (EWG-Verordnung Nr. 2092/91) zu wirtschaften. 23 600 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche unterlagen dem EG-Kontrollverfahren. Der Anteil des ökologischen Landbaus liegt sowohl bei der Anzahl der Betriebe als auch der landwirtschaftlich genutzten Fläche bei 3 Prozent der gesamten Landwirtschaft. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug 146 Hektar LF.

Gegenüber der letzten Erhebung im Mai 2001 gab es ein Viertel mehr Ökobetriebe. Die landwirtschaftlich genutzte

Fläche in ökologischer Bewirtschaftung stieg um mehr als ein Drittel. Das Ackerland erhöhte sich um 45 Prozent und das Dauergrünland um 28 Prozent.

68 Prozent der ökologisch wirtschaftenden Betriebe gehörten im Mai 2003 der Rechtsform Einzelunternehmen an. Diese Familienbetriebe wirtschafteten auf 5 500 Hektar LF, das sind 50 Hektar je Betrieb.

Die 18 Personengesellschaften bewirtschafteten bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 424 Hektar fast ein Drittel der Ökoflächen.

Die 34 Betriebe der Rechtsform juristische Personen verfügten über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 10 500 Hektar. Durchschnittlich hatte jeder dieser Betriebe 309 Hektar LF.

Von den 23 600 Hektar ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlich genutzter Fläche waren 10 200 Hektar (43 Prozent) Dauergrünland und 13 000 Hektar (55 Prozent) Ackerland. Die überwiegende Fruchtart auf dem Acker war mit 8 500 Hektar Anbaufläche das Getreide. Auf weiteren 1 700 Hektar standen Futterpflanzen. Die Anbauflächen der Hülsenfrüchte und Handelsgewächse lagen bei jeweils knapp 4 Prozent des Ackerlandes.

Drei Viertel der Ökobetriebe verfügten über Viehbestände. In diesen Betrieben standen 14 000 Rinder, 4 200 Schweine, 3 400 Schafe und 16 200 Geflügel. Damit wurden 3,8 Prozent der Rinder, 0,6 Prozent der Schweine, 1,5 Prozent der Schafe und 0,3 Prozent des Geflügels der Thüringer Landwirte in Betrieben mit ökologischem Landbau gehalten.

Höchster Schweinebestand seit 1992; Rinderbestände sinken weiter

Nach vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Viehbestandserhebung an Rindern und Schweinen zum 3. November 2003 wurden in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens 763 700 Schweine und 363 700 Rinder gehalten.

Der zum 3. November 2003 ermittelte Schweinebestand von 763 700 Tieren ist der höchste Bestand seit 1992. Gegenüber dem 3. November 2002 stieg der Schweinebestand um 20 800 Tiere bzw. 2,8 Prozent und gegenüber der Zählung zum 3. Mai 2003 um 53 200 Tiere bzw. 7,5 Prozent.

Im Vergleich zum November 2002 wurden 1,3 Prozent mehr Ferkel gezählt. Der Bestand an Ferkeln liegt jetzt bei 171 300 Tieren. Die Bestände an Jungschweinen stiegen um 10,7 Prozent auf 254 600 Tiere. Der Bestand an Mastschweinen ging um 2,7 Prozent auf 245 900 Tiere zurück und die Zuchtsauenbestände stiegen um 750 Tiere bzw. 0,8 Prozent auf 90 900 Tiere an.

Nach vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Viehbestandserhebung wurden in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens 363 700 Rinder gehalten. Damit hat sich der Bestandsabbau bei Rindern weiter fortgesetzt. Gegenüber dem November 2002 sanken die Rinderbestände um 10 500 Tiere bzw. 2,8 Prozent und im Vergleich zum Mai 2003 um 3 100 Tiere bzw. 0,9 Prozent.

Im Vergleich zum November 2002 gingen in allen Rinderkategorien die Bestände zurück.

Es wurden 2,6 Prozent weniger Kälber gezählt, der Bestand liegt jetzt bei 53 200 Tieren. Die Jungrinderbestände gingen um 5,0 Prozent auf 48 300 Tiere zurück. Der Milchkuhbestand liegt nunmehr bei 123 900 Tieren, das entspricht einem Rückgang um 2,2 Prozent. Die Zahl der Ammen- und Mutterkühe sank um 2,6 Prozent auf 36 300 Tiere. Die Bestände an weiblichen Zucht- und Nutztieren 1 Jahr und älter nahmen um 2,5 Prozent auf 76 400 Tiere ab und die der Schlachtrinder 1 Jahr und älter um 3,1 Prozent auf 25 700 Tiere.

Alle Jahre wieder... Uhren, Edelmetalle und Schmuck sowie Kosmetik im Dezember sehr gefragt

Nach den Umsatzeinbußen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres - nominal und real, d.h. preisbereinigt, jeweils 2,1 Prozent - ruhten die Hoffnungen der Thüringer Einzelhändler nunmehr auf einem guten Weihnachtsgeschäft.

Das Weihnachtsgeschäft im Monat Dezember hat einen erfahrungsgemäß hohen Anteil am jeweiligen Jahresumsatz:

So wurden beispielsweise im Einzelhandel mit Uhren, Edelmetallen und Schmuck sowie im Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen im Dezember 2002 jeweils rund ein Fünftel und im Einzelhandel mit Spielwaren ein Sechstel des Jahresumsatzes erzielt.

Im Einzelhandel mit Büchern und Fachzeitschriften sowie mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten wurden im Dezember 2002 mit jeweils rund 14 Prozent die besten Ergebnisse erzielt.

Im Wintersemester 2003/2004 erneut mehr Studierende in Thüringen

An den Hochschulen Thüringens schrieben sich im laufenden Wintersemester 2003/ 2004 nach ersten vorläufigen Ergebnissen 49 200 Studierende ein.

Davon studieren 35 100 bzw. 71,4 Prozent an Universitäten, 13 300 bzw. 27,0 Prozent an Fach- oder Verwaltungsfachhochschulen und 800 bzw. 1,6 Prozent an der Hochschule für Musik Franz Liszt in Weimar.

Im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester 2002/ 2003 stieg die Anzahl der Studierenden um rund 2 600 bzw. 5,6 Prozent. Der Frauenanteil sank im gleichen Zeitraum von 48,5 auf 48,2 Prozent.

Thüringen wird als Studienort immer beliebter. Seit 1992 hat sich die Zahl der Studierenden fast verdreifacht.

Im gesamten Studienjahr 2003 (Sommersemester 2003 und Wintersemester 2003/ 2004) haben über 9 500 Studierende in Thüringen erstmals ein Hochschulstudium begonnen. Das sind 4,0 Prozent mehr als im Jahr 2002. Fast die Hälfte aller Studienanfänger (49,0 Prozent) sind Frauen.

Im Studienbereich Informatik nahmen im Studienjahr 2003 über 830 Studierende im ersten Fachsemester ihr Fachstudium auf. Entgegen dem Aufwärtstrend an deutschen Hochschulen ist die Zahl der Informatikstudenten in Thüringen weiterhin rückläufig (8,0 Prozent weniger als im Studienjahr 2002).

950 Studierende begannen im Studienjahr 2003 ein Fachstudium im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik und 450 Studierende im Studienbereich Elektrotechnik. Damit ging die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester in diesen Studienbereichen um 5,0 bzw. 11,0 Prozent zurück.

Mit rund 600 Studierenden ist dieses Jahr ein Fachstudium im Bereich Bauingenieurwesen wieder attraktiver. Im Vergleich zum Studienjahr 2002 gibt es hier ein Fünftel mehr Studienanfänger als im Studienjahr 2002.

Ende 2002 bezog fast jeder zehnte Thüringer Haushalt Wohngeld

Am 31.12.2002 erhielten 105 273 Haushalte Wohngeld. Das waren 861 Haushalte bzw. 0,8 Prozent mehr als am Jahresende 2001.

Damit wurde fast jeder zehnte Haushalt in Thüringen durch Wohngeldzahlungen unterstützt.

In Thüringen wurde das Wohngeld in 93 246 Fällen bzw. 88,6 Prozent als Allgemeines Wohngeld bewilligt. Gegenüber dem Jahr zuvor waren das 388 Fälle bzw. 0,4 Prozent weniger.

Von den betroffenen Haushalten erhielten 82 378 Mietzuschuss, 117 bzw. 0,1 Prozent weniger als Ende 2001. Antragsberechtigt dafür sind Mieter (Haupt- oder Untermieter) von Wohnraum.

Weitere 10 868 Haushalte bzw. 11,7 Prozent erhielten das Allgemeine Wohngeld in Form von Lastenzuschuss. Ein Jahr zuvor waren es 11 139 Haushalte bzw. 11,9 Prozent.

Hierfür sind Eigentümer eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung, wenn sie den Wohnraum selbst nutzen, antragsberechtigt.

Neben dem Allgemeinen Wohngeld werden Leistungen in Form von Besonderem Mietzuschuss bewilligt. Diese Leistungsform erhalten Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Am Jahresende 2002 erhielten in Thüringen 12 027 Haushalte bzw. 11,4 Prozent Besonderen Mietzuschuss. Das waren 1 249 Haushalte bzw. 11,6 Prozent mehr als Ende 2001.

Die Haushalte, die Wohngeld erhalten, werden immer kleiner. Die Hälfte (50,0 Prozent) aller Wohngeldempfängerhaushalte waren Einpersonenhaushalte. Ihre Zahl stieg innerhalb eines Jahres um 367 bzw. 0,7 Prozent auf 52 679 Ende 2002.

Der Anstieg bei den Zweipersonenhaushalten betrug 3,4 Prozent und der der Dreipersonenhaushalte 2,0 Prozent.

Dagegen trat bei größeren Haushalten ein Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt ein. Die Zahl der Vier-

personenhaushalte sank um 4,4 Prozent, die der Fünfpersonenhaushalte um 2,6 Prozent und die Anzahl der Haushalte mit sechs und mehr Personen nahm um 2,8 Prozent ab.

Haushalte, deren Antrag auf Wohngeld bewilligt wurde, wiesen bei Antragstellung im Durchschnitt pro Monat eine Miete/Belastung von 287 Euro nach. Das war ein durchschnittlicher Anstieg zum Jahr zuvor um 4 Euro bzw. 1,4 Prozent.

Bei den Haushalten mit Allgemeinem Wohngeld betrug der monatliche Durchschnittsbetrag 290 Euro und bei denen mit Besonderem Mietzuschuss 261 Euro.

Nach Antragsbearbeitung durch die Wohngeldstellen bzw. Sozialämter erhielten die Haushalte im Durchschnitt 101 Euro Wohngeld pro Monat. Das waren durchschnittlich 3 Euro bzw. 3,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Haushalte mit Allgemeinem Wohngeld erhielten 97 Euro, 3 Euro bzw. 3,2 Prozent mehr als Ende 2001. Haushalte mit Besonderem Mietzuschuss erhielten im Jahr 2002 durchschnittlich 130 Euro, genauso viel wie ein Jahr zuvor. Nach Abzug des Wohngeldes blieb den Haushalten, wie bereits ein Jahr zuvor, eine durchschnittliche monatliche Miete/Belastung von 186 Euro.

44,4 Prozent der Antragsteller auf Allgemeines Wohngeld am Jahresende 2002 waren arbeitslos. Ein Jahr zuvor betrug der Anteil 40,9 Prozent. Die Anzahl dieser Haushalte stieg um 3 066 bzw. 8,0 Prozent auf 41 402 Haushalte.

Rund ein Drittel (33,5 Prozent) waren Nichterwerbspersonen (Rentner, Pensionäre, Studenten, Sonstige). Am Jahresende 2001 waren es 35,0 Prozent. Die Anzahl der Haushalte sank um 1 488 bzw. 4,5 Prozent auf 31 247. Fast zwei Drittel (64,2 Prozent) dieser Gruppe waren Rentner. Die Rentnerhaushalte mit Allgemeinem Wohngeld sanken gegenüber Ende 2001 um 6,9 Prozent.

In mehr als einem Fünftel der Haushalte (22,1 Prozent) war der Antragsteller am Jahresende erwerbstätig. Ein Jahr zuvor waren es 24,1 Prozent. Die Anzahl dieser Wohngeldempfängerhaushalte sank um 1 966 Haushalte bzw. 8,7 Prozent.

Altersteilzeit in Thüringen

Im Oktober 2001 waren 7,5 Prozent der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 55 Jahre und älter. Zum gleichen Zeitpunkt hätten bundesweit 7,4 Prozent der Arbeitnehmer dieser Branchen theoretisch von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch machen können.

Tatsächlich nahm von den Beschäftigten dieser Altersgruppe bundesweit etwa jeder Achte und in Thüringen rund jeder Zwölfte diese Regelung in Anspruch.

In Thüringen erreichten die Altersteilzeitbeschäftigten im Oktober 2001 im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Durchschnitt 75 Prozent - bundesweit 77 Prozent - des Bruttomonatsverdienstes eines Vollzeitbeschäftigten.

Der durchschnittliche Nettomonatsverdienst eines Altersteilzeitbeschäftigten lag im Freistaat bei 92,7 Prozent und in Deutschland bei 94 Prozent des Nettomonatsverdienstes der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Diese Ergebnisse wurden im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 ermittelt, die in den Jahren 2002 und 2003 durchgeführt wurde. Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist die umfassendste amtliche Datenquelle zum Komplex Löhne und Gehälter. Sie liefert u.a. tiefgegliederte Angaben zu den Brutto- und Nettoverdiensten und den Arbeitnehmerstrukturen.

Die Erhebung verdienstbestimmender persönlicher und mit dem Arbeitsplatz verbundener Merkmale - wie z.B. Alter, Beruf, Ausbildungsstand und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit - ermöglichen tiefgründige Analysen u.a. zur Frage des Niveaus, der Struktur und der Entwicklung der Löhne und Gehälter unter Beachtung der unterschiedlichsten Einflussfaktoren.

Alter und Verdienst

Mehr als ein Drittel (33,7 Prozent) der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen waren im Oktober 2001 im Alter zwischen 40 bis unter 50 Jahre. Mit 1 922 Euro lag ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst um 65 Euro über dem Gesamtdurchschnitt in Höhe von 1 857 Euro.

28,9 Prozent der Arbeitnehmer waren der Altersgruppe 30 bis unter 40 Jahre zuzuordnen. Ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst betrug 1 870 Euro.

Fast ein Fünftel (19,5 Prozent) aller Arbeitnehmer war 50 bis unter 60 Jahre alt. Ihr Verdienst lag bei 1 912 Euro brutto.

Der Anteil der Arbeitnehmer, die 20 bis unter 30 Jahre alt waren, lag bei 15,5 Prozent.

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst dieser Gruppe betrug 1 614 Euro. Das waren 243 Euro weniger als der durchschnittliche Verdienst aller Arbeitnehmer.

Unter 20 Jahre waren 0,6 Prozent der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen und 1,8 Prozent waren 60 Jahre und älter. Sie erhielten durchschnittlich 1 200 bzw. 2 165 Euro.

Diese Ergebnisse wurden ebenfalls im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 ermittelt.

Unternehmensgröße und Verdienst

Ein Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen hatte im Oktober 2001 einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 1 857 Euro.

Die Verdienste sind jedoch deutlich von der Größe der Unternehmen abhängig.

In Thüringen dominieren die Klein- und mittelständigen Unternehmen. Rund sieben von zehn Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen arbeiteten im Oktober 2001 in Unternehmen mit 10 bis 199 Beschäftigten.

In Unternehmen mit 10 bis 999 Beschäftigten waren neun von zehn Arbeitnehmern beschäftigt.

In Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten arbeiteten 13,4 Prozent aller Arbeitnehmer. Sie bezogen einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 1 690 Euro. Das waren 167 Euro weniger als der Gesamtdurchschnitt.

Ein Viertel der Arbeitnehmer (25,5 Prozent) waren in Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten tätig. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst lag in dieser Gruppe bei 1 773 Euro.

Knapp ein Drittel (31,0 Prozent) aller Unternehmen beschäftigte 50 bis 199 Arbeitnehmer. Hier lag der monatliche Durchschnittsverdienst bei 1 800 Euro - brutto -.

In mehr als einem Fünftel (22,1 Prozent) aller Unternehmen waren 200 bis 999 Beschäftigte tätig. Sie bezogen einen Monatsverdienst von durchschnittlich 2 037 Euro - brutto -.

Auch diese Ergebnisse wurden im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 ermittelt.

Steigende Verdienste mit längerer Betriebszugehörigkeit

Ein Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen verdiente im Oktober 2001 durchschnittlich 1 857 Euro brutto.

Eine Untersuchung der Verdienste und der Dauer der Betriebszugehörigkeit zeigt jedoch deutliche Streuungen um diesen Gesamtdurchschnitt.

Im Produzierenden Gewerbe sowie in ausgewählten Dienstleistungsbereichen Thüringens waren im Oktober 2001 gut 15 Prozent aller Arbeitnehmer tätig, deren Betriebszugehörigkeit noch nicht einmal ein Jahr betrug. Der Verdienst dieser Arbeiter und Angestellten lag mit 1 555 Euro brutto um 302 Euro unter dem Gesamtdurchschnitt.

Mehr als die Hälfte (51,7 Prozent) aller Arbeitnehmer arbeitete weniger als fünf Jahre im Betrieb. Mit 1 679 Euro brutto lag ihr Durchschnittsverdienst um 178 Euro unter dem Gesamtdurchschnitt.

Rund 31 Prozent der Arbeiter und Angestellten hatten eine Betriebszugehörigkeit von 6 bis unter 10 Jahren. Ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst lag mit 1 946 Euro brutto über dem Durchschnitt.

Fast 4 Prozent der Arbeitnehmer waren bereits 31 und mehr Jahre im Betrieb tätig. Sie bezogen einen Verdienst von durchschnittlich 2 161 Euro brutto im Monat.

Diese Ergebnisse entstammen ebenfalls der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001.

Ausgaben der Thüringer Kommunen in den ersten neun Monaten 2003 nahezu unverändert

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten nach jetzt vorliegenden Ergebnissen aus der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 *Ausgaben* in Höhe von 2 761,1 Mill. Euro. Das waren 0,8 Mill. Euro weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die *Einnahmen* lagen mit 2 784,4 Mill. Euro um 7,0 Mill. Euro bzw. 0,3 Prozent unter dem Ergebnis der ersten neun Monate 2002.

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnet sich ein Finanzierungsüberschuss von 23 Mill. Euro.

Kräftig gespart wurde auf der Ausgabenseite bei den Sachinvestitionen. Hier wurden mit 512,2 Mill. Euro 35,1 Mill. Euro (-6,4 Prozent) weniger ausgegeben als von Januar bis September 2002.

Davon wurden für Baumaßnahmen 21,1 Mill. Euro und für den Vermögenserwerb 14,0 Mill. Euro weniger ausgegeben als vor Jahresfrist.

Die Zinsausgaben verringerten sich um 3,9 Mill. Euro und beliefen sich im Berichtszeitraum auf 109,0 Mill. Euro.

Die Personalausgaben gingen trotz Tariferhöhungen um 22,0 Mill. Euro (- 2,5 Prozent) auf 849,8 Mill. Euro zurück.

Gesunken sind auch die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand. Mit 541,6 Mill. Euro wurden 1,7 Mill. Euro bzw. 0,3 Prozent weniger ausgegeben als im Vorjahreszeitraum.

Deutlich mehr Mittel mussten die Kommunen für soziale Leistungen aufbringen. Diese stiegen um 41,1 Mill. Euro auf insgesamt 371,3 Mill. Euro an, was vorrangig auf höhere Ausgaben im Bereich Sozialhilfe (+33,5 Mill. Euro) zurückzuführen ist. Des Weiteren wurden erstmals in diesem Jahr Gelder für eine „bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter“ an Anspruchsberechtigte in Höhe von 7,9 Mill. Euro

ausgezahlt. Auch die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erfuhren einen Anstieg um 1,2 Mill. Euro auf insgesamt 21,2 Mill. Euro.

Wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden und Gemeindeverbände waren auch in den ersten neun Monaten 2003 die laufenden Finanzaufweisungen des Landes in Höhe von 1 351,3 Mill. Euro. Das entsprach einem Anstieg um 8,2 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Steuereinnahmen insgesamt blieben im Vergleich mit den ersten neun Monaten 2002 annähernd konstant. Sie beliefen sich im Berichtszeitraum auf insgesamt 444,9 Mill. Euro und fielen damit lediglich um 0,2 Mill. Euro höher aus als vor Jahresfrist. Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten ist jedoch differenziert.

So war bei der Gewerbesteuer (netto) ein Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16,1 Mill. Euro bzw. 9,9 Prozent auf 178,7 Mill. Euro festzustellen. Dagegen sanken die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 16,1 Mill. Euro bzw. 14,3 Prozent auf 96,5 Mill. Euro.

Die Einnahmen aus den übrigen Steuerarten, wie Grundsteuern (130,6 Mill. Euro), Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (31,0 Mill. Euro) sowie den Bagatellsteuern (8,2 Mill. Euro), veränderten sich nur unwesentlich.

Durch Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb flossen 420,7 Mill. Euro und damit 15,1 Mill. Euro (+3,7 Prozent) mehr in die Gemeindekassen.

Die Investitionsaufweisungen vom Land betragen 356,3 Mill. Euro und lagen um 21,2 Mill. Euro bzw. 6,3 Prozent über dem Vorjahreswert.

Der fortgeschriebene Schuldenstand erreichte Ende September 2 960,1 Mill. Euro (Ende September 2002: 2 955,1 Mill. Euro), was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 232 Euro entsprach.

Im Jahr 2002 weniger Umsatzsteuer als ein Jahr zuvor

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 2002 gab es in Thüringen 72 544 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die eine Umsatzsteuer-Voranmeldung abgaben. Die von ihnen an die Finanzverwaltung

abgeführten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen, die letzten Endes als Mehrwertsteuer von den Verbrauchern erbracht wurden, waren mit 1 442 Mill. Euro um 22 Mill. Euro bzw. 1,5 Prozent niedriger als im Jahr 2001.

Die deutlichsten Rückgänge bei der Umsatzsteuer gab es im Baugewerbe (-34 Mill. Euro), im Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) (-22 Mill. Euro) und im Verarbeitenden Gewerbe (-11 Mill. Euro). Durch die Umsatzsteuerzuwächse vor allem in der Energie- und Wasserversorgung (+24 Mill. Euro), im Verkehr und Nachrichtenwesen (+14 Mill. Euro) und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (+11 Mill. Euro) konnten diese nur zum Teil ausgeglichen werden.

Ursache für diese Entwicklung ist eine Verringerung der Zahl der in Thüringen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen gegenüber dem Jahr zuvor um 616 bzw. 0,8 Prozent⁷⁾ und ihres steuerbaren Umsatzes um 2,0 Mrd. Euro bzw. 4,5 Prozent auf 43,4 Mrd. Euro. Dabei sanken die steuerpflichtigen Umsätze um 1 878 Mill. Euro bzw. 4,6 Prozent auf 39,3 Mrd. Euro und die steuerfreien Umsätze um 157 Mill. Euro bzw. 3,7 Prozent auf 4,0 Mrd. Euro.

Weniger steuerpflichtige Unternehmen gab es vor allem im Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) (-509 Unternehmen), im Verarbeitenden Gewerbe (-242 Unternehmen), im Gastgewerbe (-162 Unternehmen) und im Baugewerbe (-144 Unternehmen).

Demgegenüber war ein Zuwachs der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen in den Wirtschaftsbereichen Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+357 Unternehmen) und Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (+247 Unternehmen) zu verzeichnen.

Beim steuerbaren Umsatz gab es einen Zuwachs vor allem in den Bereichen Energie- und Wasserwirtschaft (+146 Mill. Euro) und Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+85 Mill. Euro). Dem standen jedoch Rückgänge der steuerbaren Umsätze im Handel

⁷⁾ Dabei ist zu beachten, dass hier nur die Unternehmer umsatzsteuerpflichtig und dementsprechend in die Statistik einbezogen sind, die ihr Unternehmen von Thüringen aus ganz oder überwiegend betreiben.

(einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (-817 Mill. Euro), im Verarbeitenden Gewerbe (-557 Mill. Euro) und im Baugewerbe (-498 Mill. Euro) gegenüber.

Umsatzstärkster Wirtschaftabschnitt ist nach wie vor das Verarbeitende Gewerbe mit 13,1 Mrd. Euro, vor dem Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) mit 11,1 Mrd. Euro und dem Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen mit 5,5 Mrd. Euro.

Verdienste im Produzierenden Gewerbe im Juli 2003

Nach vorläufigen Angaben betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers (Arbeiter und Angestellte) im Produzierenden Gewerbe Thüringens im Juli diesen Jahres 2 047 Euro brutto. Gegenüber Juli 2002 stiegen die Verdienste um 46 Euro bzw. 2,3 Prozent.

Bundesweit verdienten die Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe im Juli 2003 brutto 2 912 Euro. Das waren 2,7 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt eines Angestellten lag in Thüringen im Juli 2003 bei 2 721 Euro. Das waren 84 Euro bzw. 3,2 Prozent mehr als im Juli 2002. Das Durchschnittsgehalt eines Angestellten in Deutschland betrug 3 742 Euro.

Arbeiter und Arbeiterinnen des Produzierenden Gewerbes bezogen in Thüringen im Juli 2003 einen durchschnittlichen Bruttomonatslohn in Höhe von 1 810 Euro. In Deutschland waren es durchschnittlich 2 470 Euro.

Der Anstieg des durchschnittlichen Bruttomonatslohns der Thüringer Arbeiter von 1 785 Euro im Juli 2002 auf 1 810 Euro im Juli 2003 resultierte sowohl aus einer Erhöhung der Bruttostundenlöhne von 10,33 Euro auf 10,44 Euro als auch aus dem Anstieg der bezahlten Wochenarbeitszeit von 39,8 auf 39,9 Stunden.

Bundesweit blieb die Anzahl der bezahlten Wochenstunden der Arbeiter und Arbeiterinnen im Juli 2003 gegenü-

ber Juli 2002 mit 38,1 Stunden nahezu unverändert (+0,2 Prozent).

Bitte beachten:

Die Angaben über Verdienste und Arbeitszeiten sind Durchschnittswerte, die auf der Grundlage der Laufenden Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ermittelt wurden. Für Rückschlüsse auf die eigene Einkommenssituation können die statistisch ermittelten Durchschnittswerte jedoch nur eingeschränkt herangezogen werden, da diese u.a. in Abhängigkeit von der jeweils ausgeübten Tätigkeit und der Anzahl der Berufsjahre bisweilen erheblich voneinander abweichen können. Auch bestehen zwischen den Branchen einzelner Wirtschaftsbereiche sowie zwischen den Unternehmen eines Wirtschaftsbereiches oft beträchtliche Unterschiede im Einkommensniveau.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2003 gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für Thüringen stieg von Mitte November bis Mitte Dezember 2003 um 0,8 Prozent auf einen Indexstand von 105,4 (Basis 2000 = 100).

Im *Vergleich zum Vormonat* stiegen die Preise bei nachstehenden ausgewählte Waren und Leistungen überdurchschnittlich:

- Freizeit, Unterhaltung und Kultur um 5,5 Prozent, darunter: Pauschalreisen um 33,1 Prozent,
- Beherbergungsdienstleistungen um 23,1 Prozent,
- Personenbeförderung im Luftverkehr um 8,9 Prozent,
- Salatgurken um 19,8 Prozent und
- Weintrauben um 15,6 Prozent.

Hohe Preisnachlässe gab es für:

- Eisbergsalat um 37,0 Prozent,
- Kiwi um 17,2 Prozent,
- Bohnenkaffee um 2,8 Prozent und
- Heizöl um 2,2 Prozent.

Die *Jahresteuerrate* betrug 1,2 Prozent (November 2003: 1,3 Prozent).

Edgar Freund

(Tel.: 0361/3784114 • e-mail: efreund@tls.thueringen.de)

Thüringen aktuell

Das wirtschaftliche Wachstum in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe setzte sich im Monat Oktober 2003 weiter fort. Der Umsatz, die Zahl der Beschäftigten und die Auftragseingänge konnten sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem gleichen Vorjahresmonat erhöht werden. Die Produktivität war höher als im Oktober 2002, lag aber etwas unter der des Vormonats.

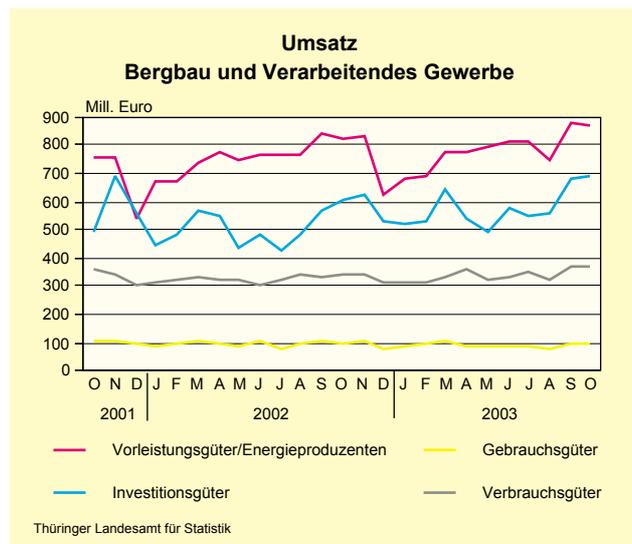
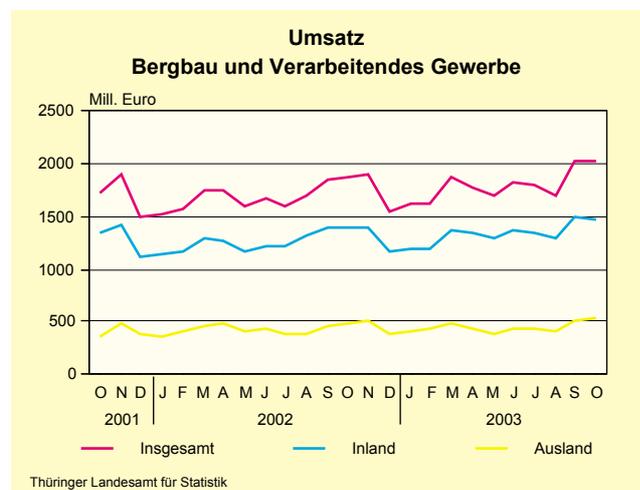
Im Bauhauptgewerbe hielten die Rückgänge gegenüber Oktober des Vorjahres sowohl beim Umsatz als auch beim Auftragseingang und bei den Beschäftigtenzahlen weiter an, wobei sich der Rückgang jedoch weiter verlangsamte. Lediglich die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) konnte gegenüber dem Vorjahresmonat erhöht werden, da der Umsatz langsamer zurückging als die Beschäftigtenzahl.

Die Zahl der Arbeitslosen war zwar im Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, lag jedoch weiterhin über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Von den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe wurde im Monat Oktober 2003 ein **Umsatz** von 2 019 Mill. Euro erzielt (der bisher höchste Wert seit Januar 1991), 0,1 Prozent bzw. 2 Mill. Euro mehr als im Vormonat (bei 1 Arbeitstag weniger). Im Vergleich zum Oktober 2002 stieg der Umsatz um 8,1 Prozent bzw. 151 Mill. Euro an (bei gleicher Anzahl von Arbeitstagen). Dieser Umsatzzuwachs resultierte einerseits aus dem gestiegenen Inlandsumsatz (+6,1 Prozent bzw. +85 Mill. Euro), aber vor allem aus dem erhöhten Auslandsumsatz (+13,7 Prozent bzw. +65 Mill. Euro).

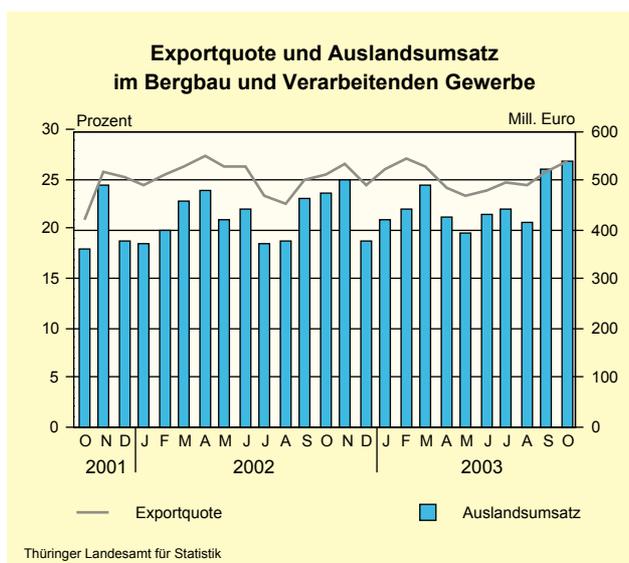
Der Umsatzzuwachs gegenüber Oktober 2002 wurde von allen vier Hauptgruppen erzielt, wobei die Investitionsgüterproduzenten (+12,8 Prozent bzw. +78 Mill. Euro) und die Verbrauchsgüterproduzenten (+8,9 Prozent bzw. +30 Mill. Euro) den höchsten Zuwachs erreichten. Im Vergleich zum Vormonat konnten die Investitions-, die Gebrauchs- und die Verbrauchsgüterproduzenten ihren Umsatz steigern, in der Hauptgruppe der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten ging er zurück.



Die **Auslandsumsätze** erreichten im Oktober 2003 mit einem Volumen von 541 Mill. Euro einen um 3,7 Prozent

bzw. 19 Mill. Euro höheren Wert als im Vormonat. Das war auch der höchste monatliche Auslandsumsatz seit Januar 1991. Die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) war mit 26,8 Prozent um 1,3 Prozentpunkte höher als im Oktober 2002 und auch um 0,9 Prozentpunkte höher als im September 2003. Einen Exportzuwachs gegenüber Oktober 2002 konnten die Hauptgruppen der Investitions- (+29,0 Prozent) und der Verbrauchsgüterproduzenten (+8,3 Prozent) erreichen; in den anderen beiden Gruppen ging das Exportvolumen zurück.

Bei einer kumulativen Betrachtung der Monate Januar bis Oktober 2003 betrug die Steigerung des Gesamtumsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum 6,4 Prozent bzw. 1 076 Mill. Euro (bei gleicher Anzahl von Arbeitstagen). Das Umsatzvolumen stieg damit auf 17,9 Mrd. Euro. Der Inlands- und der Auslandsumsatz erhöhten sich dabei auch jeweils um 6,4 Prozent (+805 Mill. Euro bzw. +272 Mill. Euro). Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) war dadurch mit 25,3 Prozent ebenso hoch wie in den ersten zehn Monaten des Jahres 2002. Die höchste Exportquote (38,0 Prozent) wies die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten aus, die auch die einzige Hauptgruppe war, die einen Anstieg der Exportquote auswies (+0,7 Prozentpunkte). Bei den Gebrauchsgüterproduzenten ging die Exportquote um 9,0 Prozentpunkte auf 24,1 Prozent zurück; in den beiden anderen Hauptgruppen war der Rückgang nur geringfügig.



Am Umsatzwachstum waren in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 die Hauptgruppen der Investitions- (+14,6

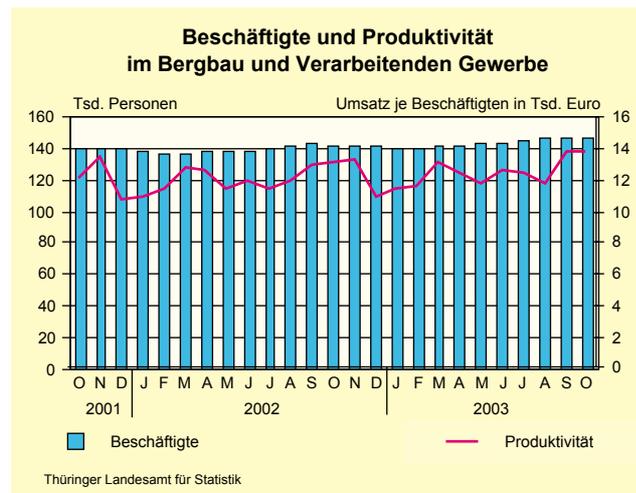
Prozent bzw. +737 Mill. Euro), der Verbrauchs- (+4,4 Prozent bzw. +142 Mill. Euro) und der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten (+3,6 Prozent bzw. +269 Mill. Euro) beteiligt. Die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten musste dagegen einen Umsatzrückgang von 7,4 Prozent (-71 Mill. Euro) registrieren.

Im Oktober des Jahres 2003 waren insgesamt 146 583 **Beschäftigte** im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) tätig. Damit stieg die Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent bzw. 464 Personen an. Im Vergleich zu Oktober des Vorjahres konnte die Beschäftigtenzahl um 3,2 Prozent bzw. 4 530 Personen erhöht werden. Dieser Beschäftigtenzuwachs erfolgte in den Hauptgruppen der Investitionsgüterproduzenten (Zuwachs um 12,3 Prozent bzw. 4 442 Personen) und der Verbrauchsgüterproduzenten (+5,7 Prozent bzw. +1 558 Personen). In den Hauptgruppen der Verbrauchs- und Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten ging die Beschäftigtenzahl dagegen um 2,0 Prozent (-186 Personen) bzw. 1,9 Prozent (-1 284 Personen) zurück.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl war in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 um 3,1 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Beschäftigtenzuwachs war wiederum bei den Investitions- und Verbrauchsgüterproduzenten zu verzeichnen (+12,6 Prozent bzw. +6,9 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten und den Gebrauchsgüterproduzenten ging die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in den ersten zehn Monaten 2003 um 2,7 Prozent bzw. 1,7 Prozent zurück.

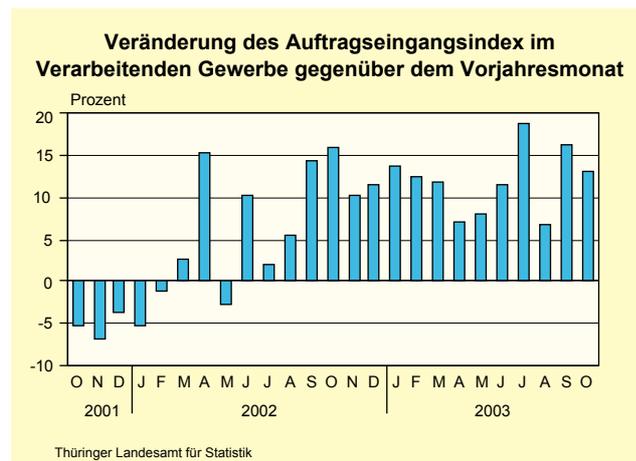
Der **Umsatz je Beschäftigten** (Produktivität) erreichte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Oktober 2003 mit 13 773 Euro einen um 0,2 Prozent geringeren Wert als im Vormonat, lag jedoch um 4,7 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 war die Produktivität um 3,2 Prozent höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Während in den Hauptgruppen der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten (+6,4 Prozent) und Investitionsgüterproduzenten (+1,8 Prozent) die Produktivität in diesem Zeitraum stieg, ging sie bei den Verbrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten um 5,7 Prozent bzw. 2,4 Prozent zurück.



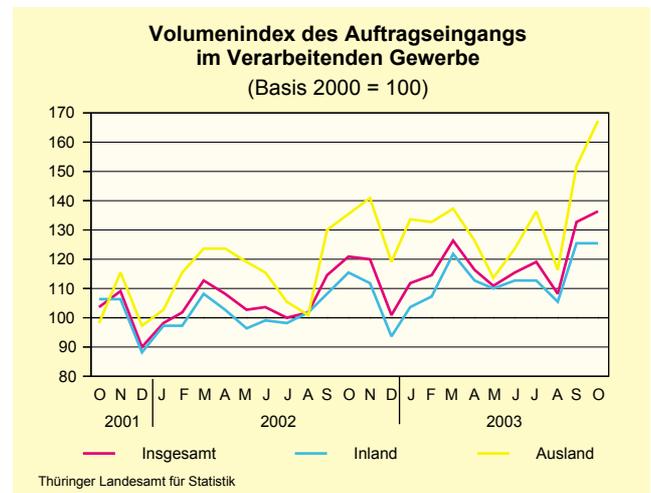
Die geleisteten **Arbeitsstunden** waren im Monat Oktober 2003 mit 21 Mill. Stunden um 3,7 Prozent höher als im Oktober des Vorjahres und geringfügig (+0,1 Prozent) höher als im September 2003. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,8 Stunden (Oktober 2002: 6,8 Stunden; September 2003: 6,5 Stunden).

Der Volumenindex des **Auftragseingangs** (2000 = 100) war in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes im Monat Oktober 2003 mit einem Wert von 136,6 um 13,1 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat und lag auch um 3,0 Prozent über dem Wert des Vormonats. Damit dürfte auch in den nächsten Monaten mit weiter steigenden Umsätzen zu rechnen sein.



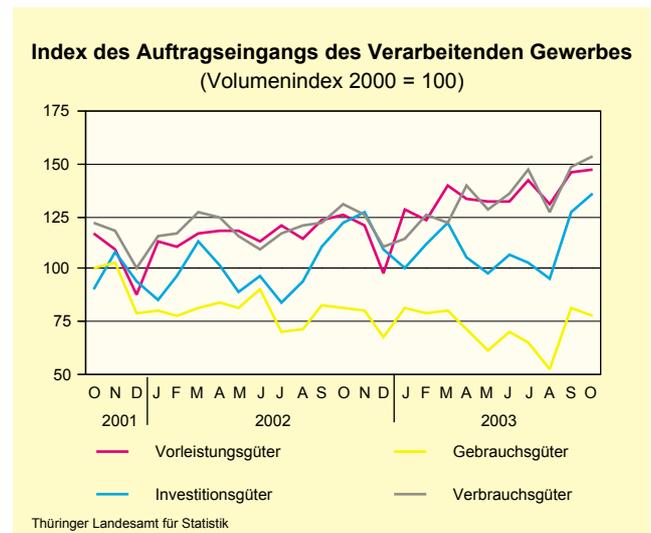
Der relativ hohe Anstieg des Auftragseingangsindex gegenüber Oktober 2002 beruhte auf steigenden Auftragsein-

gängen aus dem Inland (+8,6 Prozent), aber vor allem aus steigenden Auslandsaufträgen (+23,2 Prozent).



Betrachtet man den Volumenindex des Auftragseingangs (2000 = 100) im Zeitraum Januar bis Oktober 2003, so lag dieser mit einem Durchschnittswert von 119,3 um 12,0 Prozent über dem des vergleichbaren Zeitraums 2002. Die Auftragseingänge aus dem Inland stiegen dabei um 11,0 Prozent und die aus dem Ausland um 14,2 Prozent.

Steigende Auftragseingänge verzeichneten in diesem Zeitraum drei der vier Hauptgruppen, davon die Vorleistungsgüterproduzenten um 15,2 Prozent, die Verbrauchsgüterproduzenten um 11,7 Prozent und die Investitionsgüterproduzenten um 11,4 Prozent. Bei den Gebrauchsgüterproduzenten ging der Auftragseingangsindex dagegen um 9,9 Prozent zurück.



Bauhauptgewerbe

Im Oktober 2003 erzielten die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes einen **Umsatz** von 199 Mill. Euro. Damit ging der Umsatz gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 2,7 Prozent zurück. Die Umsatzrückgänge wurden vom Wohnungsbau (Rückgang des baugewerblichen Umsatzes um 15,1 Prozent) und vom gewerblichen Bau (Rückgang um 5,6 Prozent) verursacht. Der öffentliche und Straßenbau konnte dagegen einen Umsatzanstieg um 0,5 Prozent verzeichnen.

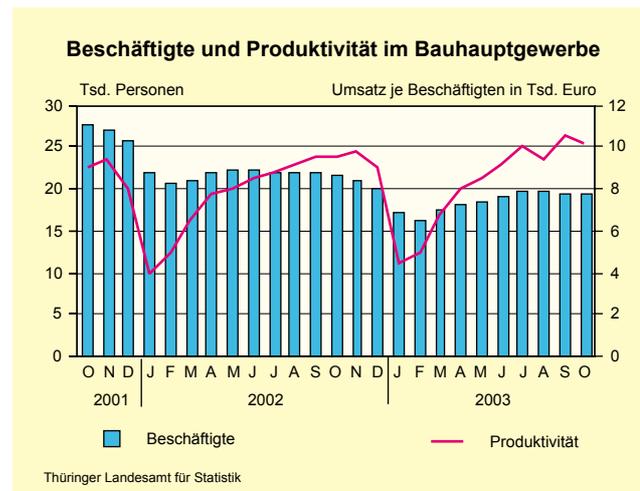
Zum Vormonat ging der Umsatz insgesamt um 2,0 Prozent zurück, darunter sank der baugewerbliche Umsatz in den Sparten Wohnungsbau um 5,2 Prozent, gewerblicher Bau um 1,7 Prozent und öffentlicher und Straßenbau um 0,8 Prozent.

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 lag der Umsatz im Bauhauptgewerbe mit 1 539 Mill. Euro um 8,4 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Zeitraumes 2002. Die Umsatzrückgänge wurden vorrangig vom Wohnungsbau und vom öffentlichen und Straßenbau verursacht (Rückgang des baugewerblichen Umsatzes um 19,4 Prozent bzw. 8,6 Prozent), aber auch im gewerblichen Bau ging der baugewerbliche Umsatz zurück (-4,7 Prozent).

Mit den im Oktober 2003 ermittelten 19 427 **Beschäftigten** hält der Rückgang der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahr im Bauhauptgewerbe weiter an. Im Vergleich zu Oktober 2002 wurden 9,8 Prozent bzw. 2 112 Personen weniger in den Betrieben des Bauhauptgewerbes beschäftigt; im Vergleich zum Vormonat stieg die Beschäftigtenzahl geringfügig an (+0,3 Prozent bzw. +56 Personen).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Januar bis Oktober 2003 war mit 18 496 Personen um 15,2 Prozent bzw. 3 326 Personen niedriger als im vergleichbaren Zeitraum 2002.

Die Produktivität (**Umsatz je Beschäftigten**) im Bauhauptgewerbe war im Oktober 2003 mit 10 239 Euro um 2,3 Prozent geringer als im Vormonat. Im Vergleich zum Monat Oktober 2002 hat sich die Produktivität um 7,9 Prozent erhöht, da die Beschäftigtenzahl stärker zurückging als der Umsatz.

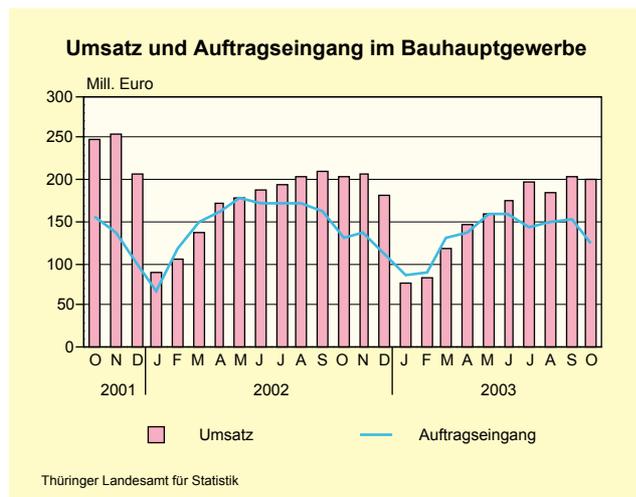


In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 lag die Produktivität im Bauhauptgewerbe durchschnittlich um 8,1 Prozent über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres, da der Beschäftigtenabbau höher war als der Umsatzrückgang.

Die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden** hat sich im Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat um 1,9 Prozent auf 2 358 Tsd. Stunden verringert. Im Vergleich zu Oktober 2002 ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 8,6 Prozent zurück. Der Rückgang zum Vorjahresmonat wurde sowohl vom Wohnungsbau (-15,4 Prozent) als auch vom öffentlichen und Straßenbau (-8,3 Prozent) und vom gewerblichen Bau (-5,7 Prozent) verursacht.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 waren die geleisteten Arbeitsstunden um 13,2 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum, davon im Wohnungsbau um 21,7 Prozent, im öffentlichen und Straßenbau um 13,1 Prozent und im gewerblichen Bau um 9,2 Prozent.

Der **Auftragseingang** im Bauhauptgewerbe ging im Oktober 2003 auf 124 Mill. Euro zurück (Vormonat: 151 Mill. Euro) und lag auch unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresmonats (129 Mill. Euro). Während im gewerblichen Bau gegenüber Oktober 2002 ein Anstieg der Auftragseingänge um 5 Mill. Euro verzeichnet werden konnte, ging das Volumen der Auftragseingänge im öffentlichen und Straßenbau um 10 Mill. Euro zurück. Im Wohnungsbau blieb das Auftragsvolumen fast konstant. Der Volumenindex des Auftragseingangs (2000 = 100) war mit 67,4 um 4,0 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat und lag auch um 17,6 Prozent unter dem Wert vom September 2003.



Kumulativ betrachtet lag der Volumenindex des Auftrags-
eingangs im Bauhauptgewerbe bis Ende Oktober 2003
durchschnittlich um 10,8 Prozent unter dem des gleichen
Vorjahreszeitraumes. Das Volumen der Auftragseingänge
betrug im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 insgesamt
1 328 Mill. Euro, 153 Mill. Euro weniger als im Vorjahr.

Baugenehmigungen

Von Januar bis Oktober 2003 wurden in Thüringen mit
den bisher gemeldeten Baugenehmigungen bzw. Bauan-
zeigen 4 206 *Wohnungen* zum Bau freigegeben. Die An-
zahl der genehmigten Wohnungen (einschließlich Bau-
maßnahmen an bestehenden Gebäuden) lag damit nur noch
um 80 Wohnungen bzw. 1,9 Prozent über dem Vorjahres-
ergebnis.

Die zu Jahresbeginn mit der Streichung der Eigenheimzu-
lage ausgelöste Antragsflut für Baugenehmigungen im Woh-
nungsbau ist abgeklungen. Nachdem im 1. Vierteljahr noch
ein Plus von 25,0 Prozent erreicht wurde, betrug der Zu-
wachs im 1. Halbjahr 14,2 bzw. Ende Oktober 1,9 Prozent.

Rund 85 Prozent der genehmigten Wohnungen werden in
Neubauten entstehen.

Im Wohnungsneubau haben die Bauherren mit 3 540 Woh-
nungen 10,5 Prozent mehr eingeplant als von Januar bis
Oktober 2002. Die Entwicklung der Baugenehmigungen für
die einzelnen Wohngebäudearten verlief dabei differenziert.

Bei den Einfamilienhäusern lag das Genehmigungsergebnis
mit 2 646 Wohnungen um 16,2 Prozent über dem Niveau
der ersten zehn Monate 2002. Im 1. Vierteljahr 2003 gab
es noch einen Anstieg um 39,1 Prozent. Bei den Wohnun-

gen in Zweifamilienhäusern gab es mit 496 zum Bau frei-
gegebenen Wohnungen einen Anstieg um 9,7 Prozent. Die
Anzahl der genehmigten Wohnungen in neuen Mehrfami-
lienhäusern ging dagegen um 16,5 Prozent gegenüber dem
vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf 395 Wohnungen zu-
rück.

Die Anzahl der Baugenehmigungen, durch die Wohnun-
gen im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten
an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden entstehen
sollen, liegt unter dem Vorjahresergebnis. Hier wurden 633
Wohnungen und damit 12,4 Prozent weniger genehmigt
als in den ersten zehn Monaten 2002.

Die eingangs beschriebene Situation auf dem Wohnungs-
sektor in den ersten zehn Monaten 2003 setzte sich nicht
unmittelbar auf die Entwicklung der Auftragseingänge im
Wohnungsbau fort, da die oben erwähnten vorzeitig einge-
reichten Bauanträge nicht eine sofortige Auftragserteilung
zum Bau zur Folge haben.

Das Auftragsvolumen im Wohnungsbau sank von Januar
bis Oktober 2003 im Vergleich zum entsprechenden Vor-
jahreszeitraum um 20,9 Prozent.

In den ersten zehn Monaten 2003 gaben die Thüringer
Bauaufsichtsbehörden 608 neue *Nichtwohngebäude* und 427
Baumaßnahmen durch Um-, Aus- und Erweiterungsbauten
an bestehenden Nichtwohngebäuden zum Bau frei. Ins-
gesamt wurden damit 1 035 Baugenehmigungen im Nicht-
wohnbau erteilt.

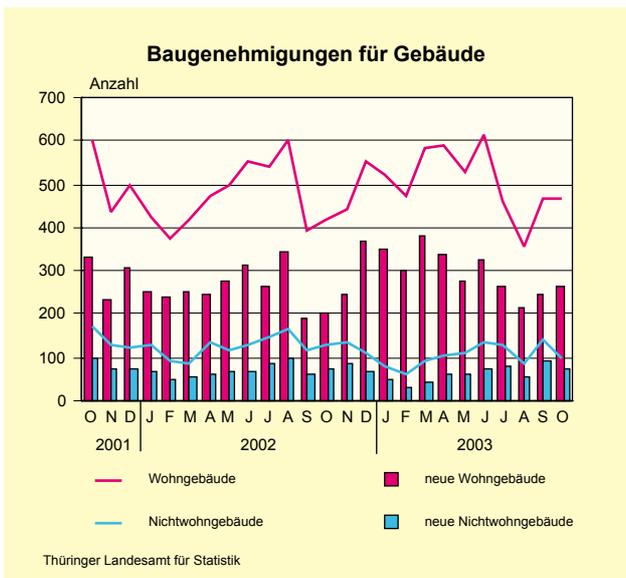
Das waren 200 Vorhaben bzw. 16,2 Prozent weniger als in
den ersten zehn Monaten 2002.

Die genehmigte Nutzfläche lag mit 632 Tsd. m² um 7,6
Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Die Zahl der Baugenehmigungen für neue Nichtwohn-
gebäude ging von Januar bis Oktober 2003 gegenüber dem
vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 70 Vorhaben bzw.
10,3 Prozent auf 608 neue Gebäude zurück.

Der genehmigte umbaute Raum lag durch gemeldete Groß-
projekte mit 4 225 Tsd. m³ um 176 Tsd. m³ bzw. 4,3
Prozent über dem der ersten zehn Monate 2002.

Nichtwohngebäude sind vor allem gewerbliche Betriebs-,
Büro-, Handels- und Lagergebäude sowie Gebäude der
öffentlichen Hand.



Energieversorgung

Die **Erdgasabgabe** der Thüringer Ortsgasunternehmen an Endabnehmer betrug im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 insgesamt 16,9 Mrd. kWh und war damit um 6,7 Prozent höher als in den ersten zehn Monaten des Vorjahres.

Handel

Im Oktober 2003 **setzten** die Unternehmen des Thüringer **Großhandels** bei gleicher Anzahl an Arbeitstagen nominal, d.h. in jeweiligen Preisen, 5,8 Prozent mehr Waren **um** als im Oktober 2002. Preisbereinigt, also real, waren es 4,3 Prozent.

Die Entwicklung im Thüringer Großhandel verlief deutlich günstiger als im bundesweiten Durchschnitt. Die Groß-

handelsumsätze in Deutschland lagen im Oktober 2003 nominal um 0,4 Prozent über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Preisbereinigt waren es 0,1 Prozent weniger.

Von den einzelnen Branchen des Thüringer Großhandels erzielte der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit einem Plus von nominal 22,9 Prozent und real 18,8 Prozent das mit Abstand beste Ergebnis.

Auch der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern konnte im Oktober 2003 mit nominal 1,2 Prozent und real 1,3 Prozent ein Umsatzplus gegenüber Oktober 2002 verbuchen.

Dagegen verfehlten der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen sowie der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstung und Zubehör das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonats um nominal 2,5 bzw. 4,2 Prozent und real 2,8 bzw. 4,8 Prozent.

Zweistellig dagegen die Umsatzverluste im Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und lebenden Tieren. Mit einem Minus von nominal 13,6 Prozent und real 18,1 Prozent waren die Einbußen hier am höchsten.

Der Thüringer Großhandel beschäftigte im Oktober dieses Jahres 1,6 Prozent weniger **Arbeitskräfte** als im Oktober 2002. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten verminderte sich um 4,1 Prozent. Im Gegenzug wurden auf Teilzeitbasis 12,4 Prozent mehr Personen beschäftigt.

Die Thüringer **Einzelhändler setzten** nach vorläufigen Ergebnissen im Oktober 2003 nominal 2,5 Prozent weni-

Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Thüringer Großhandel

Wirtschaftsgruppen	Oktober 2003			Januar - Oktober 2003		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (in Prozent)					
Großhandel einschl. Handelsvermittlung; ohne Kfz-Handel, Tankstellen	5,8	4,3	- 1,6	5,5	4,2	- 3,1
darunter Großhandel mit ...						
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 13,6	- 18,1	1,0	- 14,6	- 14,5	- 4,3
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	22,9	18,8	4,0	19,5	17,5	3,7
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	1,2	1,3	- 9,1	2,9	3,1	- 6,3
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	- 2,5	- 2,8	- 5,9	- 4,0	- 6,3	- 9,6
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 4,2	- 4,8	3,9	3,8	2,2	2,2
sonstiger Großhandel	- 4,2	- 4,8	- 2,3	- 1,9	- 2,7	- 4,4

ger Waren **um** als im Oktober 2002. Real betrug der Umsatzrückgang 3,1 Prozent. Beide Monate hatten die gleiche Anzahl an Verkaufstagen.

Der Umsatzrückgang fiel in Thüringen etwas höher aus als im bundesdeutschen Durchschnitt. Die Einzelhandelsumsätze in Deutschland lagen nach ersten vorläufigen Ergebnissen aus sechs Bundesländern im Oktober 2003 nominal um 1,5 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Preisbereinigt waren es 2,0 Prozent weniger.

Als einzige Branche des Thüringer Einzelhandels erzielte im Oktober 2003 der „Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie Apotheken“ ein Umsatzplus von nominal und real jeweils 0,4 Prozent.

Alle anderen Branchen des Thüringer Einzelhandels wiesen nominal und real geringere Umsätze als im Oktober 2002 aus:

Am geringsten waren die Einbußen im „Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren“. Hier

wurde das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonats um nominal 1,1 Prozent und real 3,4 Prozent verfehlt.

Im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ (darunter zählen Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) betrug das Umsatzminus nominal 1,8 Prozent und real 3,1 Prozent.

Der „sonstige Facheinzelhandel“ (hierzu zählt der Einzelhandel mit Textilien, Schuhen, Möbeln usw.) büßte nominal 2,7 und real 2,3 Prozent ein.

Zweistellig fielen die Umsatzrückgänge im „nicht in Verkaufsräumen tätigen Einzelhandel“ (darunter zählen u.a. der Versandhandel, der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten sowie der Einzelhandel vom Lager) aus. Hier wurde im Oktober 2003 nominal um 15,7 Prozent und real um 15,0 Prozent weniger Umsatz erzielt als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Die Thüringer Einzelhändler beschäftigten im Oktober dieses Jahres 3,5 Prozent weniger **Arbeitskräfte** als im Oktober 2002. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten sank um 6,8 Prozent und jene der Teilzeitbeschäftigten um 0,4 Prozent.

Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Thüringer Einzelhandel

Wirtschaftsgruppen	Oktober 2003			Januar - Oktober 2003		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (in Prozent)						
Einzelhandel insgesamt (ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen)	- 2,5	- 3,1	- 3,5	- 2,1	- 2,1	- 4,4
darunter						
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ¹⁾	- 1,8	- 3,1	- 3,5	- 1,4	- 1,6	- 4,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. ¹⁾	- 1,1	- 3,4	- 5,8	- 5,0	- 6,9	- 8,8
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln ¹⁾	0,4	0,4	- 6,2	- 0,1	0,5	- 1,7
sonstiger Facheinzelhandel ¹⁾	- 2,7	- 2,3	- 2,6	- 2,5	- 2,1	- 5,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	- 15,7	- 15,0	- 1,3	- 9,7	- 12,0	- 2,5

1) in Verkaufsräumen

Gastgewerbe

Die Thüringer Unternehmen des Gastgewerbes **setzten** nach vorläufigen Ergebnissen im Oktober 2003 nominal 3,3 Prozent weniger **um** als im Oktober 2002. Real betrug der Rückgang 4,2 Prozent.

Die Umsatzsituation in den einzelnen Branchen des Thüringer Gastgewerbes wies jedoch deutliche Unterschiede auf:

Das *Beherbergungsgewerbe* meldete nominal 0,4 Prozent mehr und real 1,1 Prozent weniger Umsatz.

Im *Gaststättengewerbe* wurden sowohl nominal, als auch real Umsatzrückgänge um 5,4 bzw. 5,9 Prozent ermittelt.

Die höchsten Umsatzrückgänge meldeten im Oktober 2003 die *Kantinen und Caterer*. Hier wurden nominal 7,2 Pro-

Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Thüringer Gastgewerbe

Wirtschaftsgruppen	Oktober 2003			Januar - Oktober 2003		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (in Prozent)					
Gastgewerbe	- 3,3	- 4,2	- 1,3	- 6,0	- 6,8	- 6,3
davon						
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	0,4	- 1,1	0,7	- 3,0	- 4,3	- 2,9
Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen	- 5,4	- 5,9	- 1,8	- 7,4	- 8,0	- 7,2
Kantinen und Caterer	- 7,2	- 8,2	- 6,2	- 9,8	- 10,6	- 13,2

zent und real 8,2 Prozent weniger umgesetzt als im Oktober 2002.

Im Thüringer Gastgewerbe fanden im Oktober dieses Jahres 1,3 Prozent weniger Personen einen **Arbeitsplatz** als im Oktober 2002. Während sich die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um 7,0 Prozent verminderte, erhöhte sich die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um 13,0 Prozent.

Preisindex

Der **Verbraucherpreisindex** in Thüringen blieb im Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat September unverändert. Auf Basis 2000 = 100 wurde wie auch im Vormonat ein Indexstand von 104,8 ermittelt.

Bundesweit ergibt sich für den Verbraucherpreisindex nach vorläufigen Berechnungen im gleichen Zeitraum, wie auch in Thüringen, keine Veränderung.

Durch gegenläufige Preisänderungen bzw. durch gleich bleibendes Preisverhalten in den einzelnen Bereichen führte die Entwicklung in Thüringen zu keiner Veränderung der Verbraucherpreise im Oktober 2003 gegenüber dem *Vormonat* September.

Preiserhöhungen waren hauptsächlich bei „Bekleidung und Schuhen“ (+0,9 Prozent) - hier spielte der Saisonwechsel eine wichtige Rolle - und bei „Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken“ (+0,5 Prozent) zu beobachten. In den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Verkehr“ sanken die Preise um 1,3 bzw. 0,4 Prozent.

Obst verteuerte sich insgesamt um 3,5 Prozent, wobei vor allem für Bananen (+15,2 Prozent) und Weintrauben (+11,9 Prozent) mehr bezahlt werden musste. Obwohl sich die

Gemüsepreise zum Vormonat nicht veränderten, kam es innerhalb der Gruppe zu nennenswerten Erhöhungen bei den Preisen für Tomaten (+38,6 Prozent) und Kartoffeln (+8,1 Prozent). Preissenkungen waren bei den Salatgurken (-46,9 Prozent) und beim Kopfsalat (-35,5 Prozent) zu beobachten.

Auch für Molkereiprodukte und Eier (+0,8 Prozent) und Fleisch und Fleischwaren (+0,4 Prozent) musste der Käufer mehr Geld ausgeben. Deutlich stiegen hier die Preise für Deutsche Eier (+8,0 Prozent), Schweinebauch (+2,5 Prozent) und Putenschnitzel (+2,3 Prozent).

Bei den alkoholfreien Getränken verbilligte sich der Bohnenkaffee mittlerer Qualität um 4,0 Prozent während sich der Fruchtt Tee in Aufgussbeuteln (+2,8 Prozent) und der Apfelsaft (+1,6 Prozent) verteuerten. Pauschalreisen wurden um 7,4 Prozent günstiger als im September angeboten.

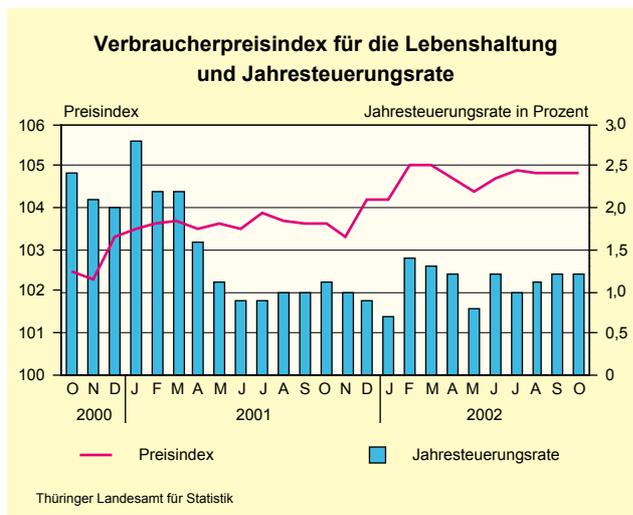
Die *Jahresteuerrate* der Verbraucherpreise betrug im Oktober 2003 1,2 Prozent. Im September 2003 lag sie ebenfalls bei 1,2 Prozent.

Die Jahresteuerrate für Deutschland wird im Oktober 2003 nach vorläufigen Angaben voraussichtlich 1,2 Prozent betragen (September 2003: +1,1 Prozent).

In Thüringen stiegen die Preise von Oktober 2003 gegenüber Oktober 2002 in fast allen Bereichen.

Ein deutlich höheres Preisniveau als im Oktober 2002 bestand in den Bereichen „Alkoholische Getränke, Tabakwaren“ (+5,7 Prozent) und „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,5 Prozent). Im Jahresvergleich verteuerten sich Tabakwaren um 8,5 Prozent, Bier um 3,6 Prozent, Obst um 6,7 Prozent und Gemüse um 11,4 Prozent.

Auch in dem Bereich „Wohnung, Wasser, Strom und andere Brennstoffe (+0,4 Prozent) kam es zu Preissteigerungen. Durch Tarifierhöhungen bei Abwasser, Fernwärme, und Gas im Jahr 2003 musste mehr für die Haushaltsenergie (+4,1 Prozent) und für die Wohnungsnebenkosten (+0,8 Prozent) ausgegeben werden. Der Strom kostete 5,7 Prozent, Gas 7,7 Prozent und Fernwärme 2,9 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2002. Während die Preise für das Heizöl im Oktober 2003 zum Vormonat um 6,6 Prozent stiegen, trat eine Preissenkung von 3,6 Prozent im Jahresvergleich ein.

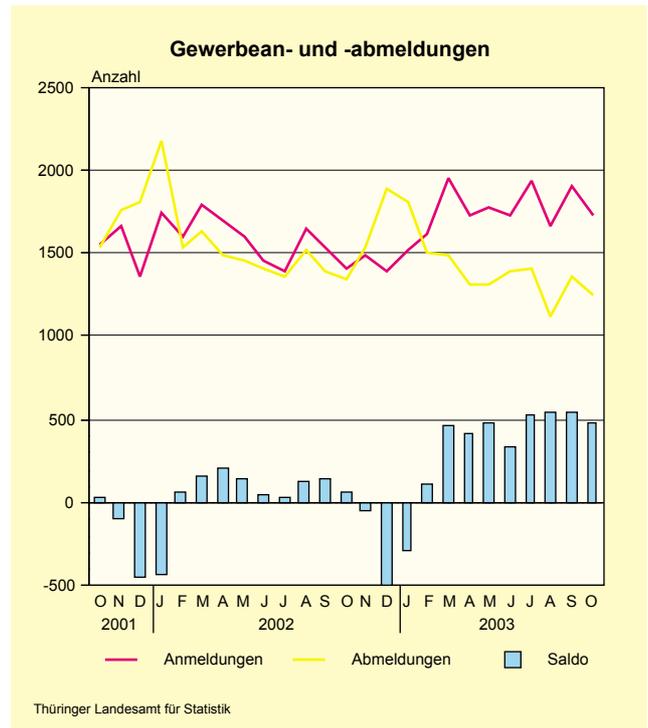


Gewerbeanzeigen

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 kam es in Thüringen zu 17 581 **Gewerbeanmeldungen** (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) (Vorjahreszeitraum: 15 881) und 13 950 **Gewerbeabmeldungen** (15 337). Auf 100 Gewerbeanmeldungen entfielen somit 79 -abmeldungen, 18 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Am höchsten war dieses Verhältnis weiterhin im Handel und Gastgewerbe mit 88 Gewerbeabmeldungen je 100 Gewerbeanmeldungen, wobei hier eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen war (von Januar bis Oktober 2002 betrug diese Relation noch 105 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen). Im Produzierenden Gewerbe kamen auf 100 Anmeldungen 77 Abmeldungen (im Vorjahr wurden noch 100 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen registriert), im Bereich Dienstleistungen und Sonstiges 73 (88) und im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht 59 (84).

45,4 Prozent aller Gewerbeanmeldungen betrafen den Bereich Dienstleistungen und Sonstiges (Vorjahreszeitraum: 42,5 Prozent); bei den Gewerbeabmeldungen lag der Schwerpunkt mit 42,0 Prozent aller Abmeldungen ebenfalls in diesem Bereich (Vorjahreszeitraum: 38,5 Prozent).

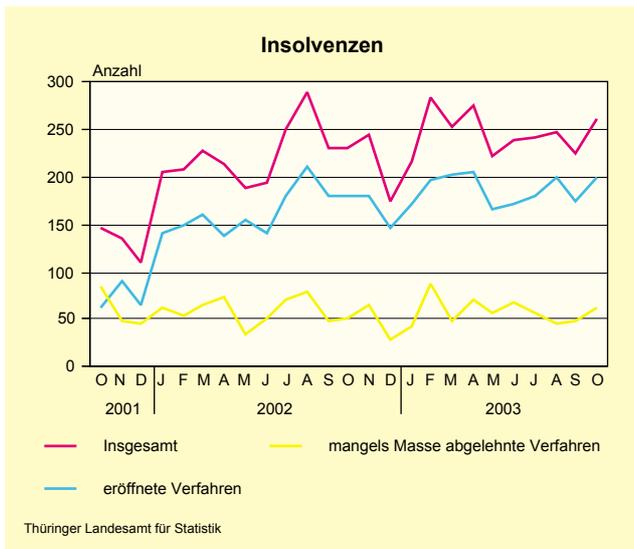
Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen betrug per 31.10.2003 insgesamt 3 631 gegenüber 544 im gleichen Vorjahreszeitraum.



Insolvenzen

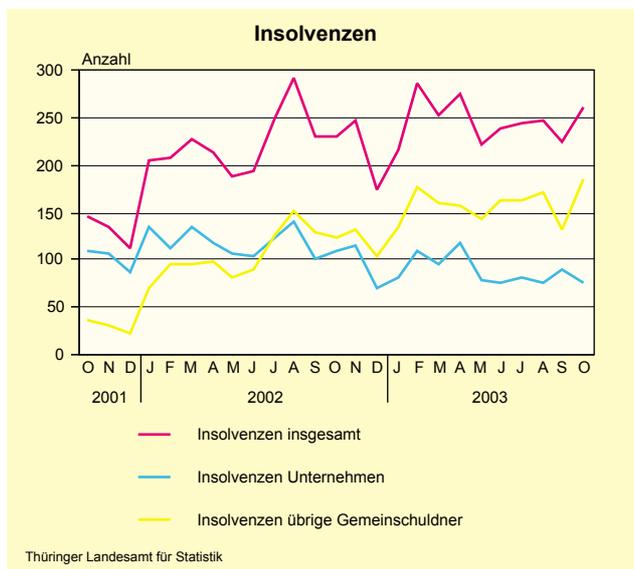
Die Amtsgerichte in Thüringen verzeichneten im Monat Oktober 2003 insgesamt 261 Anträge auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**, so dass sich deren Zahl seit Jahresbeginn auf 2 467 erhöht hat. Die Zahl der Insolvenzen war damit um 10,0 Prozent bzw. 225 Fälle höher als von Januar bis Oktober 2002.

Zur Eröffnung kam es in 1 868 Fällen bzw. 75,7 Prozent aller Insolvenzanträge, da die vorhandene Masse zumindest zur Abdeckung der Verfahrenskosten als ausreichend angesehen wurde. Bei 18 Verfahren wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und 581 Verfahren wurden mangels Masse abgelehnt.



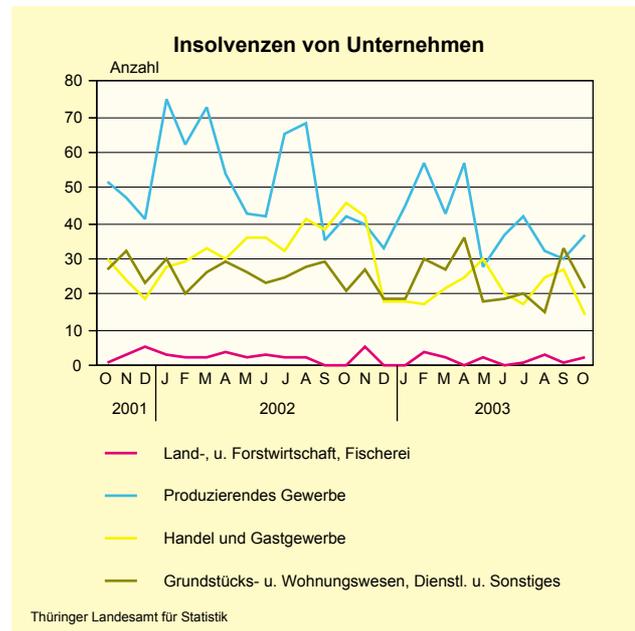
Die voraussichtliche Höhe der von den Gläubigern angemeldeten Forderungen belief sich bis Ende Oktober 2003 auf 928 Mill. Euro (Vorjahreszeitraum: 1 817 Mill. Euro), was einer durchschnittlichen Forderungshöhe von 376 Tsd. Euro je Verfahren entspricht (Vorjahreszeitraum: 811 Tsd. Euro je Verfahren).

Betroffen waren im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 insgesamt 877 Unternehmen einschließlich Kleingewerbe (Vorjahr: 1 185) und 1 590 übrige Schuldner (1 057).



Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag mit 408 Anträgen auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens weiterhin im Produzierenden Gewerbe. Im Vergleich zu 2002 ist die Zahl der Insolvenzen in diesem

Bereich jedoch um 27,0 Prozent bzw. 151 Verfahren gesunken.



Von den Insolvenzverfahren waren im Berichtszeitraum insgesamt 4 812 Beschäftigte betroffen (Vorjahreszeitraum: 6 382 Beschäftigte).

Arbeitsmarkt

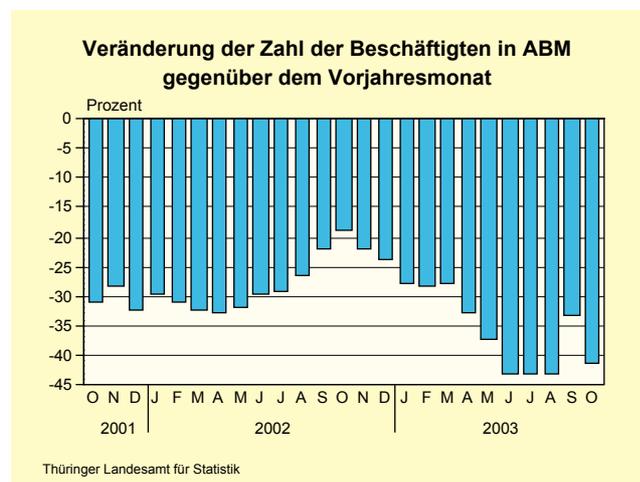
Die Zahl der **Arbeitslosen** ging im Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat zwar um 5 719 Personen auf 195 605 Personen zurück, lag damit jedoch um 5,4 Prozent bzw. 9 986 Personen über der Arbeitslosenzahl des gleichen Vorjahresmonats. Dabei stieg die Zahl der weiblichen Arbeitslosen gegenüber Oktober 2002 um 5,6 Prozent bzw. 5 503 Personen und die der männlichen Arbeitslosen um 5,1 Prozent bzw. 4 483 Personen. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich dadurch auf 52,7 Prozent (Oktober 2002: 52,6 Prozent).

Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozentpunkte auf 16,9 Prozent zurück, 1,0 Prozentpunkte mehr als im Oktober 2002. Bei den Frauen betrug die Arbeitslosenquote 18,3 Prozent (Vorjahresmonat: 17,2 Prozent) und bei den Männern 15,5 Prozent (14,6 Prozent).

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren konnte im Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat um

3 879 Personen auf 22 684 Personen verringert werden, wodurch die Arbeitslosenquote der Jugendlichen um 2,2 Prozentpunkte auf 12,6 Prozent zurückging. Im Vergleich zum Oktober 2002 konnte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 0,8 Prozent bzw. 185 Personen gesenkt werden.

Nachdem sich die Zahl der Beschäftigten in **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)** in den letzten Monaten etwas erhöht hatte, ging sie im Oktober 2003 wieder zurück (-1 180 Personen gegenüber September 2003). Mit 8 021 in ABM tätigen Personen wurde die vergleichbare Vorjahreszahl jedoch weiterhin deutlich unterschritten (-41,2 Prozent).



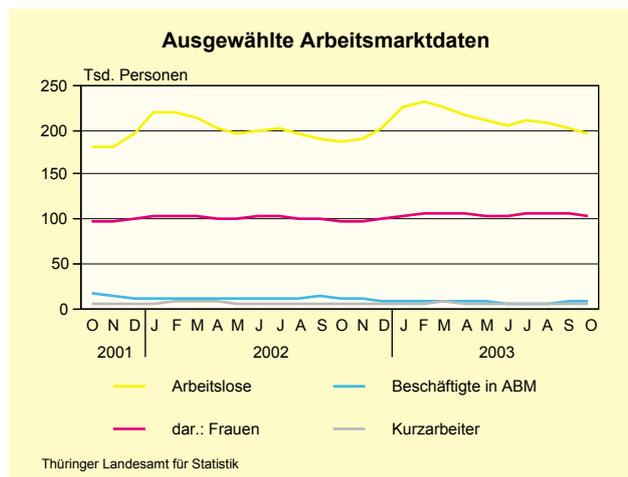
In **Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)** waren Ende Oktober 6 121 Personen tätig, 5 705 Personen bzw. 48,2

Prozent weniger als im Oktober des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat hat sich deren Zahl um 218 Personen bzw. 3,4 Prozent verringert.

Der **Bestand an offenen Stellen** hat sich im Monat Oktober 2003 gegenüber dem Vormonat verringert (-961 Stellen) und lag bei 8 865 Stellen (Oktober 2002: 11 782 Stellen).

Der Zugang an offenen Stellen war mit 5 706 um 18,9 Prozent niedriger als im Vormonat und um 26,8 Prozent niedriger als im Oktober 2002.

Die Zahl der **Kurzarbeiter** betrug im Oktober 2003 insgesamt 5 503 Personen und war damit um 9,3 Prozent niedriger als im Vormonat. Im Vergleich zum Oktober 2002 ging deren Zahl um 4,7 Prozent zurück.



Gerhard-Fürst-Preis 2004 des Statistischen Bundesamtes



Im nunmehr sechsten Jahr prämiiert das Statistische Bundesamt herausragende Diplom- und Magisterarbeiten sowie Dissertationen, die entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die Untersuchung empirischer Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik zum Gegenstand haben, mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Mit dieser jährlich in den Abteilungen Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten vergebenen Auszeichnung möchte das Statistische Bundesamt die Arbeit und die Produkte der amtlichen Statistik stärker als bisher in die Hochschulen hineinbringen und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur empirischen Forschung mit den vielfältigen amtlichen Daten anregen.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5 000 Euro und für eine auszuzeichnende Examensarbeit 2 500 Euro. Darüber hinaus werden die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen. Die Preisverleihung findet im Rahmen des jährlich im November vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums statt.

Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Im letzten Jahr konnten insgesamt drei Arbeiten prämiert werden. In der Abteilung „Dissertationen“ wurde sowohl die Arbeit von Dr. Michael Gold „Beschäftigungsdynamik und Überstundennachfrage unter dem Einfluss von Anpassungskosten – Eine mikroökonomische Analyse der Arbeitsnachfrage mit deutschen Betriebsdatensätzen“ (Universität Lüneburg) wie auch die Dissertation von Dr. Michael Niese „Die Ursachen von Betriebsschließungen und ihre Konsequenzen für die Marktdynamik – Eine mikroökonomische Analyse von Probezeiten und Todeschatten im Verarbeitenden Gewerbe“ (TU Bergakademie Freiberg) von den Gutachtern als sehr gute und für die amtliche Statistik sehr relevante wissenschaftliche Leistung eingestuft und mit einem Förderpreis und einem Preisgeld in Höhe von 2 000 Euro prämiert.

In der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde der an der Universität Regensburg entstandenen Diplomarbeit „Kapitalkosten und Kapitalstrukturen ausgewählter deutscher Unternehmen – Eine empirische Untersuchung“ von Simon Krotter ein mit 1 000 Euro dotierter Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte zuerkannt.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2004 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Im Auswahlverfahren werden nur Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 01.01.2002 und dem 29.02.2004 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen). Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors bzw. der Autorin und bei Diplom- und Magisterarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt

Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik

Gustav-Stresemann-Ring 11

65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2004 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon: 0611-75-2695

E-Mail: institut@destatis.de

Internet: www.destatis.de/allg/d/veroe/fue_txt.htm

Der folgende Aufsatz, dessen Erstveröffentlichung in der „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2003, Heft 10 S.400 ff. erfolgte, wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Berlin nachgedruckt, da die dort aufgezeigte Problematik auch für Thüringen entsprechend zutrifft.

Erwin Engels

„Gefühlte“ oder „echte“ Inflation – Anmerkungen zur Diskussion um die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland im Jahr 2002

Vorbemerkung

In Heft Nr. 5 des Jahrgangs 2002 dieser Monatsschrift wurden die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland beim Übergang von der bisherigen nationalen Währung D-Mark auf das neue Zahlungsmittel Euro anhand von Daten der amtlichen Preisstatistik dargestellt sowie der mögliche Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf das Preisniveau in unserem Land untersucht [1]. Trotz der frühzeitigen Veröffentlichung einer Gemeinschaftsstudie von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank zu den möglichen inflationären Wirkungen des neuen Zahlungsmittels bereits im März 2002 [2] verselbständigte sich die öffentliche Diskussion über den „Preistreiber Euro“ im politischen wie im vorpolitischen Raum schnell, setzte sich über die Ergebnisse der amtlichen deutschen und europäischen Statistik hinweg und trieb zahlreiche – zum Teil exotische – Blüten. Im Zentrum der Diskussion und in aller Munde: die so genannte „gefühlte Inflation“. Die nachfolgende Ausarbeitung ist ein Versuch, die von einigen Protagonisten aufgeregt geführte Debatte zu versachlichen und die gedankliche Schere zwischen der veröffentlichten amtlichen Teuerungsrate und den persönlichen Eindrücken vieler Verbraucher auf der Basis der im Verlauf des Jahres 2002 gemessenen Daten wieder zu schließen.

Von „wind chill“ und „inflation chill“

Mit dem Aufkommen privater Wetterdienste in Deutschland, mit deren zunehmender Präsenz auf den Fernseh-Bildschirmen und mit der damit einhergehenden Abkehr von einer eher steifen, rein sachorientierten, manchmal „bürokratisch“ wirkenden Präsentation wurde es auch in den deutschen Wettervorhersagen Usus, nach US-amerikanischem Vorbild exakt gemessenen Temperaturangaben unter Berücksichtigung der jeweiligen ebenfalls exakt gemessenen Windgeschwindigkeiten „gefühlte“ Temperaturwerte, den so genannten „wind chill“, hinzuzufügen und

durch die damit verbundene Verallgemeinerung von unterschiedlichsten individuellen körperlichen Empfindungen den Boden des von Meteorologen wissenschaftlich Untersuch- bzw. Nachweisbaren zu verlassen. Inzwischen wurde es auch auf anderen, insbesondere politisch relevanten Themengebieten populär, fundierten, auf die Gesamtgesellschaft oder auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen bezogenen Messwerten ebenfalls singuläre Eindrücke gegenüberzustellen und diesen eine allgemeine und zudem höhere Wertigkeit beizumessen.

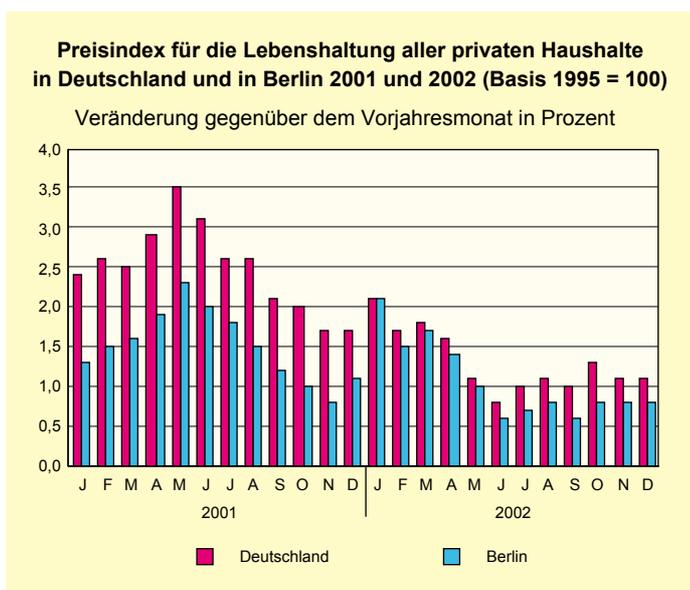
Seit der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 sieht sich die amtliche Statistik in Deutschland einer vergleichbaren Situation gegenüber. Zwischen der von ihr auf der Basis langfristig verabredeter Kriterien errechneten Teuerungsrate und der – von wem auch immer – „gefühlten Inflation“ bestand und besteht teilweise immer noch eine relativ große Diskrepanz.

Der „inflation chill“ war offenbar groß genug, um noch vor Jahresmitte 2002 sogar das eine oder andere Mitglied der damaligen und am 22. September 2002 wieder gewählten Bundesregierung zu veranlassen, nicht der fachlichen Kompetenz und dem bewährten Instrumentarium zur Messung der Teuerung der eigenen Statistikbehörde zu vertrauen, sondern statt dessen auf öffentlich geäußerte, weit weniger fundierte Aufgeregtheiten zu reagieren und dabei sogar zentrale ordnungspolitische Axiome unserer Wirtschaftsordnung (Beispiel: freie unternehmerische Preisbildung) zu „vergessen“.¹

¹ Nicht „vergessen“ wurde in dieser Debatte der von einigen Wissenschaftlern gern erhobene Vorwurf an die deutsche amtliche Statistik, der deutsche Verbraucherpreisindex überzeichne wegen vermeintlich veralteter, nicht ausreichender Qualitätsbereinigungsverfahren die Teuerungsrate, und zwar in einer geschätzten Größenordnung zwischen 0,5 und 0,8 Prozentpunkten. Nach diesen Vorstellungen hätten die amtlich veröffentlichten Daten und die „gefühlte Inflation“ noch weiter auseinander gelegen, als von den „chill“-Protagonisten beklagt.

Amtlich gemessen: Niedrigste Jahresteuerrate seit 1999

Dies geschah vor dem Hintergrund von nach dem Januar-Hoch 2002 deutlich kleiner werdenden Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland; eine gleichlaufende Entwicklung, auf niedrigerem Niveau, zeigte übrigens auch der entsprechende Index für das Land Berlin.



Der vom Statistischen Bundesamt für den Monat Juni 2002 errechnete Anstieg der Verbraucherpreise (Basis: 1995 = 100) war mit 0,8 % der niedrigste seit Oktober 1999 (ebenfalls +0,8 %). Für das Land Berlin wies das Statistische Landesamt für den gleichen Berichtsmonat sowie für den Monat September im Vorjahresvergleich eine Steigerungsrate von nur 0,6 % aus, einen Wert, der zuletzt im November 1999 erreicht bzw. unterschritten wurde (damals +0,5 %). Das Bundesland Brandenburg meldete für Juni 2002 mit einem Plus von 0,4 % einen noch geringeren Indexanstieg.

Laut Bundesamt stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2002 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt 2001 nur um 1,3 %, nach +1,9 % im Jahr 2000 und +2,5 % im Jahr 2001. Der für das „Euro-Teuro-Jahr 2002“ berechnete Wert war die niedrigste Jahresteuerrate seit 1999.²

In Berlin stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes im Jahresdurchschnitt 2002 im Ver-

gleich zum Vorjahr sogar nur um 1,0 %. Dies war ebenfalls der niedrigste Wert seit 1999; er lag zudem nur um 0,1 % über dem damaligen Jahresdurchschnitt. Für die Jahre 2000 und 2001 veröffentlichte das Statistische Landesamt für das Bundesland Berlin Steigerungsraten von +1,3 % bzw. +1,5 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Einige Details zur Entwicklung auf Bundesebene

Der moderate Anstieg der Teuerungsrate im Jahr 2002 auf Bundesebene ist im Wesentlichen auf eine unterdurchschnittliche bzw. in Teilen sogar rückläufige Entwicklung bestimmter Index-Teilpositionen zurückzuführen. Für die Indexgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ beispielsweise wurde trotz der massiven Preissprünge bei Obst und Gemüse zu Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt 2002 nur eine Preissteigerungsrate von 0,9 % ermittelt. Obst wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Vorjahr 2001 nur um 0,3 % teurer, Gemüse sogar um 1,2 % billiger. Auch die Fleischpreise gingen gegenüber dem Berichtsjahr 2001 leicht zurück (-0,3 %). Bei einigen anderen Grundnahrungsmitteln, z.B. bei Brot und Getreideerzeugnissen oder bei Molkereiprodukten und Eiern, wurden dagegen im Vergleich zum Vorjahr Preissteigerungen registriert (+2,8 % bzw. +2,0 %). Die Verkaufspreise für Kaffee, Tee und Kakao lagen um 2 % unter den Vergleichswerten des Vorjahres.

Die Indexexposition „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ verzeichnete einen Anstieg um nur 0,7 %. Da sie mit rd. 27,5 % den bei weitem größten Wägungsanteil am Gesamtindex hat, wirkte ihre niedrige Steigerungsrate noch „gewichtiger“ als die des Bereichs „Nahrungsmittel“. Die insgesamt rückläufigen Energiepreise des Jahres 2002 (trotz der im Jahr 2002 um 2,3 % gestiegenen Benzinpreise -1,8 % gegenüber den allerdings relativ hohen Vergleichswerten des Vorjahres, in dem kräftige Erhöhungen registriert worden waren) machten sich spürbar „Index-dämpfend“ bemerkbar und schlugen entsprechend auch auf den Gesamtindex durch.

² Die Wortschöpfung „Teuro“ wird dem „FOCUS“-Autor Jochen Schuster zugeschrieben. Wie das Wirtschaftsmagazin „IMPULSE“ meldete, erhielt Schuster für die „Erfindung“ des Begriffs „Teuro“ in einem Beitrag vom 7. Mai 2001 den „Pons Pons 2001“-Preis für kreative Wortschöpfer. Lt. „IMPULSE“ tauchte der „Teuro“ allerdings bereits in der Ausgabe Februar 1997 des Satire-Magazins „Titanic“ auf [3].

Deutlich teurer – und damit neben den Nahrungsmittelpreisen Auslöser für die erregten öffentlichen Reaktionen auf den vermeintlichen „Preistreiber Euro“ – wurden im Berichtsjahr eine Reihe von Dienstleistungen (Beispiele: chem. Reinigung, Friseur, Schuster) sowie das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, für das mit insgesamt +3,6 % die zweithöchste Steigerungsrate der 12 Teilindizes ausgewiesen wurde („Alkoholische Getränke, Tabakwaren“: +3,7 %, nicht zuletzt bedingt durch die Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Januar 2002).

Für die Realitätsnähe der von der amtlichen Verbraucherpreisstatistik gemessenen Teuerungsrate sprechen weitere Wirtschaftsdaten:

- Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen für das Jahr 2002 aus, dass die Ausgaben für den privaten Konsum preisbereinigt um 0,5 % gesunken sind. Nach Meinung des Statistischen Bundesamtes dürfte die Verunsicherung der Verbraucher im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung wesentlich zu dieser Kaufzurückhaltung beigetragen haben [4].
- Das verfügbare Einkommen hatte im Jahr 2002 die niedrigste Steigerungsrate der letzten 20 Jahre. Der nominale Zuwachs betrug lediglich 1,0 %. Bei dieser Ausgangslage blieb dem Einzelhandel nach Auffassung des Bundesamts kaum Spielraum für Preisanhebungen [4].

Vergleichswerte aus Berlin

Die Indexentwicklung in Berlin zeigte im Jahresverlauf 2002 fast durchgehend rückläufige Preissteigerungsraten. Die im Januar des Jahres beklagte relativ hohe – und in der öffentlichen Diskussion nahezu ausschließlich der Euro-Bargeldeinführung angelastete – Teuerung von 2,1 % blieb der Jahreshöchstwert. Ab Berichtsmonat Juni 2002 (Indexanstieg nur 0,6 %) lagen alle Monatswerte im Vorjahresvergleich unter der 1-Prozent-Marke (Dezember: +0,8 %).

Vor allem die Preise in der Indexgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, die im Januar massiv anzogen (+7,2 %), was zur Prägung des Schlagwortes „gefühlte Inflation“ wesentlich beitrug, entwickelten sich im Jahresverlauf ausgesprochen verbraucherfreundlich. Die für diesen Indexbereich ausgewiesenen monatlichen Preissteigerungsraten gingen im Vorjahresvergleich bis Mai 2002 kontinuierlich auf 0,1 % zurück. Ab Monat Juni lagen die Nahrungsmittelpreise in der Hauptstadt jeweils unter den

in den Vergleichsmonaten des Vorjahres gemessenen Werten. Im Dezember 2002 schließlich entsprach der Indexstand nur noch in etwa dem Durchschnittswert des Jahres 1998 der Indexgruppe. Diese Entwicklung trug wesentlich zu dem im Bundesvergleich niedrigen Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Berlin bei.

Ebenfalls „Index-dämpfend“ wirkten sich im Jahr 2002 die im Vorjahresvergleich durchgehend rückläufigen Preise für Bekleidung aus (Teilindex „Bekleidung und Schuhe“: insgesamt -1,9 %). Dagegen zogen auch im Bundesland Berlin die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen gegenüber dem Vorjahr deutlich an, und zwar in allen zwölf Monaten des Berichtsjahres (insgesamt +3,5 %). Wegen des relativ geringen Wägungsanteils schlug der Preisauftrieb bei Hotellerie und Gastronomie nicht allzu stark auf den Berliner Gesamtindex durch, war aber ein weiterer Gegenstand der öffentlichen Diskussion in den örtlichen Medien.

Stärker „Index-prägend“ war die Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe. Heizöl wurde in Berlin in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 billiger angeboten als in den jeweiligen Monaten des Vorjahres. Erst ab Oktober 2002 wurden im Vergleich zum Vorjahr höhere Heizölpreise verlangt. Auf die Indexexposition „Zentralheizung, Fernwärme“ hatten diese Preisanhebungen bis Jahresende 2002 noch keine spürbaren Auswirkungen.

Bei Benzin waren in der ersten Jahreshälfte 2002 einheitliche Preisbewegungen zu beobachten. Ab Juli 2002 wurden dann bei monatlicher Betrachtung im Vorjahresvergleich nur noch – zum Teil kräftige – Preisanhebungen registriert. Im Jahresdurchschnitt 2002 stiegen die Kraftstoffpreise in Berlin um 2,6 % und damit deutlich stärker als noch im Jahr 2001 (+1,1 %), aber längst nicht in der Größenordnung des Jahres 2000 (+18,3 %).

2002 besonders zu beachten: der statistische Basiseffekt

Bei den vorstehenden Angaben zur Verbraucherpreisentwicklung auf Bundesebene wie in Berlin muss natürlich der so genannte statistische Basiseffekt berücksichtigt werden. Dieser hatte gerade im Jahr 2002 bei der Indexberechnung nicht unwesentliche „Index-dämpfende“ Effekte.

Wie die Abbildung auf Seite 31 verdeutlicht, wurden in den Berichtsmonaten des 2. Quartals 2001 für beide Regionen die höchsten Indexanstiege des Jahres ausgewiesen (Beispiel Mai 2001: +3,5 % auf Bundesebene). Nun sind die Indexstände des Vorjahres bekanntlich die Berechnungsgrundlage für die Preissteigerungsraten der jeweiligen Berichtsmonate des folgenden Jahres. Für das Jahr 2002 und dabei insbesondere für dessen 2. Quartal waren deshalb wegen des Basiseffekts die auf die vergleichsweise hohen Vorjahreswerte bezogenen monatlichen Teuerungsraten rechnerisch niedrig.

Sind bei der Indexberechnung niedrigere Vorjahreswerte zu berücksichtigen, führt der Basiseffekt in den aktuellen Berichtsmonaten entsprechend zu rein rechnerisch hohen Teuerungsraten. Beide statistischen Effekte nimmt der Verbraucher bei seinen subjektiven Empfindungen nicht wahr. Gemessene und individuell „gefühlte“ Inflation können also allein schon wegen dieser statistisch-rechnerischen Maßnahme zur Vergleichsbildung nicht deckungsgleich sein. Außerdem ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass individuelle, subjektive Preisvergleiche häufig von früheren Sonderangeboten ausgehen, nicht von den damaligen „normalen Preisen“ der jeweiligen Güter.

Keine „Inflation“ in Deutschland

Die auf niedriger Basis rückläufige Indexentwicklung des vergangenen Jahres und die zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags aktuellen Werte der ersten Monate des Jahres 2003 machen deutlich, wie wenig angezeigt es angesichts eines Indexanstiegs unter 1,5 %, allein schon wegen der Ängste älterer Mitbürger erscheint (und wie falsch es gemäß Definition sogar ist), in der Debatte um den „teuren Euro“ den Begriff „Inflation“ – sei sie nur „gefühlte“ oder „echt“ – zu verwenden.^{3, 4}

Auch von einer „schleichenden Inflation“ [diese wäre lt. Brockhaus „bei relativ geringen jährlichen Preissteigerungsraten (etwa 5 % bis 10 %)“ gegeben] kann angesichts der geringen Jahresteuerrate in Deutschland nicht gesprochen werden. Diese Aussage gilt auch bei Berücksichtigung des im Berichtsjahr 2002 „Index-dämpfend“ wirkenden statistischen Basiseffekts (siehe vorstehender Abschnitt).

Zu Recht stellte der Präsident des Statistischen Bundesamtes (StBA) bereits am 2. Juli 2002 in einem Pressegespräch in

Frankfurt/Main angesichts der Daten des ersten Halbjahres, also nach „sechs Monaten Euro“ fest: „Unser Geld hat durch die Einführung des Euro nicht an Wert verloren. Die Jahres-teuerungsraten der letzten Monate ... zeigen, dass die Euro-Einführung auf die Lebenshaltungskosten insgesamt keinen wesentlichen Einfluss gehabt hat.“ [7]

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt im Übrigen seit einem entsprechenden Beschluss vom Mai 2003 auf „Teuerungsraten unter, aber nahe zwei Prozent auf mittlere Sicht“ ab. In diesem Zusammenhang sollten, so die EZB, „die Inflationserwartungen ungeachtet kurzfristiger Preisentwicklungen auf diesem Niveau verankert bleiben“ [8]. Die EZB hält einen gewissen Anstieg der Verbraucherpreise nicht zuletzt unter konjunktur- und wachstumspolitischen Gesichtspunkten durchaus für wünschenswert und allemal besser als eine „Null-Inflation“ mit möglichen Tendenzen zur Deflation.

Die EZB und auch ihr Expertenfeld setzen also – anders als der sog. „normale Verbraucher“ – eine „nahe zwei Prozent“ liegende Teuerungsraten mit „Preisstabilität“ gleich. Dies belegen Aussagen mehrerer Mitglieder des sog. „EZB-Schattenrats“⁵ im Zusammenhang mit Diskussionen um eine weitere Senkung der Leitzinsen durch die EZB. Nach Ansicht von Daniel Gros vom Brüsseler Forschungsinstitut CEPS beispielsweise waren die Inflationserwartungen in der Euro-Zone in den letzten Jahren „notorisch zu niedrig“. Nach Meinung des belgischen Ökonomeprofessors Paul de Grauwe (Universität Leuven) sollte der Rückgang der Inflationserwartungen auf deutlich unter 2 % eine Notenbank, die die Inflation bei nahe 2 % halten will, zum Handeln animieren. Prof. Charles Wyplosz (Universität

³ Lt. Brockhaus bezeichnet der Begriff „Inflation“ den „anhaltenden Prozess der Geldentwertung, der seinen Ausdruck in einem Anstieg des allgemeinen Preisgefüges findet. Nicht als Inflation gelten einmalige, vorübergehende, durch ungewöhnliche Vorkommnisse (z.B. Missernten, Streik) verursachte Preiserhöhungen sowie Preissteigerungen für bestimmte Güter oder Produktionsfaktoren. Die Inflation wird gemessen am Anstieg eines das allgemeine Preisniveau am besten widerspiegelnden Preisindex (z.B. Preisindex für die Lebenshaltung).“ [5]

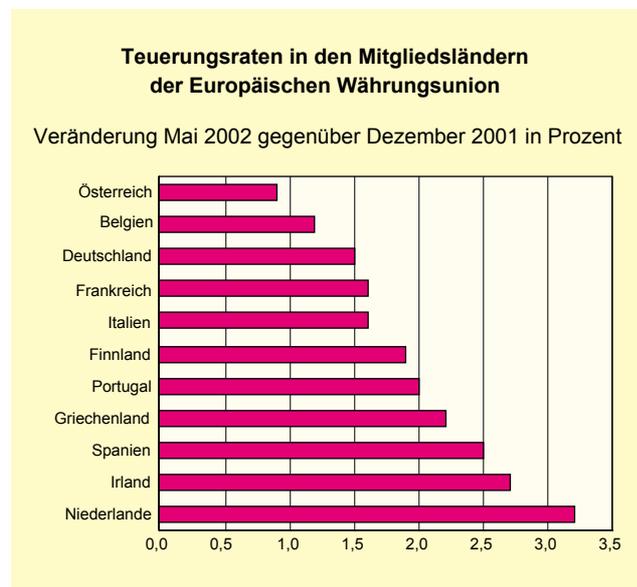
⁴ Einige deutsche Kabarettisten machten die Aufregetheiten um den „teuren Euro“ an einer falschen, weil psychologisch ungeschickten Namensgebung fest. Der Name „Euro“ verführe geradezu zu dem Wortspiel „Teuro“ – mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf das „Empfinden“ der Verbraucher, was man hätte voraussehen müssen. Der Name „Illig“ beispielsweise, so ein Kommentar in Berlins führender Tageszeitung „Der Tagesspiegel“, hätte zu völlig anderen Wahrnehmungen und Reaktionen der Verbraucher geführt. Die Schlagzeilenmacher würden ihn unentwegt als „Billig“ rühmen, und die Stimmung im Lande bette sich auf blühende Landschaften allüberall [6].

⁵ Der EZB-Schattenrat ist ein festes Gremium von 18 prominenten europäischen Geldpolitik-Experten aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Banken. Das Gremium konstituierte sich auf Initiative von zwei Wirtschafts- und Finanzzeitungen, dem „Handelsblatt“ und dem „Wall Street Journal Europe“, im November 2002.

Genf) und Thorsten Polleit (Investmentbank Barclays Capital) beklagten, die EZB-Politik könne im gegenwärtigen Umfeld leider nur wenig tun, um den Preisauftrieb zu steigern und die Konjunktur zu stützen. Shushil Wadwhani (Wadwhani Asset Management) plädierte für eine weitere spürbare Zinssenkung, weil ohne diese ein hohes Risiko bestehe, dass die Inflation in Euro-Land zu weit sinke. Eine deutliche Zinssenkung sei zur Wahrung der Preisstabilität nötig [9].

Europäische Teuerungsraten „im Soll“

An dieser Stelle erscheint ein Blick auf die Teuerungsraten in den Ländern der Europäischen Währungsunion angezeigt. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln wies in einer Berechnung der Preissteigerungsraten dieser Staaten für Mai 2002 gegenüber Dezember 2001 nach, dass die Verbraucherpreise in Deutschland in diesem Zeitraum weniger stark gestiegen sind als in den meisten anderen Ländern der Euro-Zone [3]. Aus der Übersicht des IW lässt sich auch ableiten, dass nur vier der elf Mitgliedsländer im Mai 2002 das im Mai 2003 definierte geldpolitische Ziel der Europäischen Zentralbank durch einen deutlich höheren bzw. deutlich niedrigeren Wert verfehlt hätten.



Kleiner Exkurs in die Methodik der amtlichen Preisstatistik

Die grundsätzliche Feststellung von StBA-Präsident Hahlen lässt die amtliche Statistik nicht die Augen davor verschließen, dass es bei bestimmten Gütern und Dienstleis-

tungen durchaus Euro-beeinflusste Sonderentwicklungen mit zum Teil sprunghaften Preissteigerungen gab und auch derzeit noch gibt. Entsprechende Belege veröffentlichten das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank bereits drei Monate nach der Euro-Bargeldeinführung im März d. J. in einer gemeinsamen Studie [2]. Deren Ergebnisse wurden in dieser Monatsschrift bereits ausführlich dargestellt [1].

Inzwischen hat das Bundesamt seine Analyse fortgesetzt [10]. Auf diese Erkenntnisse soll in diesem Beitrag weiter unten nur kurz eingegangen werden. Sie bestätigen im Wesentlichen die Aussagen der ersten Studie. Vorab erscheint ein kleiner Exkurs in die Methodik der amtlichen Preisstatistik angezeigt, schon um diese von einigen Vorschlägen anderer Institutionen zum Nachweis der „gefühlten“ und damit nach deren Meinung „eigentlichen Inflation“ abzugrenzen.

Der – amtliche – Preisindex für die Lebenshaltung wird auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG), jeweils in der aktuellsten Fassung, errechnet. Er stellt die Preisentwicklung unter der Prämisse gleich bleibender Verhältnissverhältnisse fest (Berechnungsformel nach Laspeyres).

Die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte werden durch Auswertung der in 5-jährigen Abständen stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) sowie der monatlichen Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) umfassend und detailliert ermittelt. Beide Erhebungen werden im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Der Stichprobenplan, die jeweiligen Stichprobenquoten für die einzelnen Bundesländer sowie die soziodemographischen Strukturen der auf freiwilliger Basis teilnehmenden Haushalte werden aus dem jeweils aktuellen Mikrozensus abgeleitet.

Auf Basis der Informationen aus den beiden Stichproben EVS (ca. 76 000 teilnehmende Haushalte) und LWR (6 000 Haushalte) erstellt das Statistische Bundesamt einen „statistischen Warenkorb“, der zur Zeit rd. 750 als repräsentativ für alle Regionen, alle Haushaltstypen und alle nachgefragten Waren und Dienstleistungen erkannte Produktgruppen enthält. Die Anteile der Ausgaben für die Güter und Dienstleistungen des Warenkorbes werden quantitativ bewertet (Wägungsschema), d.h. es wird festgelegt, mit welchem Gewicht die einzelnen als repräsentativ erkannten Ausgabenpositionen – und bei der Indexrechnung

deren auf ein Basisjahr bezogene Preisveränderungen – in den Gesamtindex einfließen.⁶

Wägungsanteile der Indexhauptgruppen im Warenkorb in %

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	4,2
Bekleidung und Schuhe	6,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	27,5
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte, Ausrüstungen sowie deren Instandhaltung	7,0
Gesundheitspflege	3,4
Verkehr	13,9
Nachrichtenübermittlung	2,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,4
Bildungswesen	0,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,6
Andere Waren und Dienstleistungen	6,1

Die amtliche Preisermittlung wird von den Statistischen Landesämtern bundesweit in insgesamt 189 regional über das gesamte Bundesgebiet (alte Bundesländer einschl. Berlin-West: 118; neue Bundesländer einschl. Berlin-Ost: 71) verteilten Berichtsgemeinden unterschiedlicher Einwohnergröße durchgeführt, also nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in mittelgroßen und kleinen Städten und Gemeinden.

Größe der Berichtsgemeinden nach der Einwohnerzahl	
über 1 000 000	3
500 000 - 1 000 000	8
100 000 - 500 000	46
20 000 - 100 000	104
bis unter 20 000	28

In die Erhebung einbezogen sind alle Formen des Einzelhandels und der Dienstleistung. Damit wird die ganze Bandbreite der Verkaufspreise der 750 Preisrepräsentanten des Warenkorbes für die Indexrechnung erfasst.

Die Preise für die Güter der Lebenshaltung werden – mit wenigen Ausnahmen – monatlich bei einem möglichst gleich bleibenden Berichtskreis erhoben. Zu diesem gehören neben den Betrieben des Einzelhandels öffentliche und private Dienstleistungsunternehmen sowie Hauseigentümer und Wohnungsmieter.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt den immensen Aufwand der amtlichen Statistik bei der monatlichen Durchführung der Verbraucherpreisstatistik auf Bundesebene und darunter im Land Berlin:

Kategorie der Berichtsstellen	Anzahl der Berichtsstellen		Anzahl der erhobenen Preise	
	Bund	Berlin	Bund	Berlin
Insgesamt	38 944	1 836	317 100	14 300
Kaufhaus	478	29	29 600	2 100
Verbrauchermarkt	414	11	40 800	1 200
Supermarkt	645	6	57 700	700
Discounter	927	70	36 100	2 600
Fachmarkt	12 096	700	98 700	4 500
Sonstiger Einzelhandel	147	22	2 000	200
Dienstleistungsfirmen/ Miete	24 287	998	52 200	3 000

Dieser regelmäßige Aufwand macht Sinn, denn der Preisindex für die Lebenshaltung ist ein zentraler Wirtschaftsindikator. Er ist unverzichtbar für die Analyse gesamt- und einzelwirtschaftlicher Entwicklungen und dient Politik, Verwaltung, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, wissenschaftlichen Institutionen, Unternehmen, Medien und auch Privatpersonen als Entscheidungsgrundlage, zum Beispiel bei der Festsetzung von Sozialhilfesätzen, Unterhaltsleistungen oder Diäten, bei der Vergabe öffentlicher und privater Aufträge, bei Tarifverhandlungen sowie bei Wertsicherungsklauseln in Miet-, Pacht-, Pensions- und anderen Verträgen.

Warenauswahl und Gewichtung bleiben bei der amtlichen Indexberechnung in der Regel bis zum Wechsel zu einem neuen, aktuelleren Basisjahr unverändert; dies sichert die Vergleichbarkeit der einzelnen Indexwerte während der gesamten Erhebungsperiode. Bei der monatlichen Preiserhebung möglicherweise festgestellte Qualitätsveränderungen werden bei der Ermittlung der monatlichen Teuerungsrate herausgerechnet. Der amtliche Verbraucherpreisindex zeigt also nur die „reine“ Preisbewegung bzw. Teuerungsrate an.

Zur Ermittlung der „reinen“ Preisveränderung werden in der amtlichen Statistik seit vielen Jahren verschiedene Qualitätsbereinigungsverfahren durchgeführt. Ein neues, sehr anspruchsvolles Verfahren ist die hedonische Methode. Dabei wird mit Hilfe der Regressionsanalyse der Einfluss dieser Qualitätsmerkmale auf den Gesamtpreis des Produkts ermittelt. Auf diese Weise lassen sich diejenigen Preisveränderungen, die auf qualitativen Veränderungen bestimmter Eigenschaften des Produkts beruhen, von den „reinen“ Preisänderungen rechnerisch trennen und eliminieren.

Hedonische Methoden zur Qualitätsverbesserung werden seit Juni 2002 bei der zentral durch das Statistische Bundesamt erhobenen Indexexposition „Personalcomputer“ angewendet; es folgte im Februar 2003 die ebenfalls zentral erhobene Position „Personenkraftwagen“. Die Implementierung hedonischer Teilindizes für zwei weitere – dezentral, d.h. durch die Statistischen Landesämter erhobene – Positionen des statistischen Warenkorbs, das sind aus dem Bereich der „Weißen Ware“ (elektrische Haushaltsgeräte) die Position „Waschmaschinen“ und aus dem Bereich der „Braunen Ware“ (Unterhaltungselektronik) die Position „Farbfernseher“, ist bis Ende 2004 geplant. Die Anwendung hedonischer Methoden zur Qualitätsverbesserung ist sinnvoller Weise nur bei hochwertigen Gebrauchsgütern, die einem schnellen technischen Fortschritt unterliegen, angezeigt. Bei „Mieten“ beispielsweise wäre die Beschaffung monatlich aktueller Qualitätsmerkmale außerordentlich aufwändig und entsprechend kostenintensiv. Bei „Bekleidung“ wird die Qualität vieler Produkte durch statistisch nicht oder nur unvollkommen erfassbare Eigenschaften (Design, Marke, Mode u. Ä.) definiert, was die Anwendung hedonischer Methoden problematisch macht.

⁶ Den Indexangaben dieses Beitrags liegt nicht das zum 1. Januar 2003 eingeführte neue Preisbasisjahr 2000 (= 100) zugrunde, sondern das 2002 noch „aktuelle“ Preisbasisjahr 1995. Warenkorb und Wägungsanteile der Hauptgruppen im Warenkorb entsprechen ebenfalls den Vorgaben zum Preisbasisjahr 1995.

Jedem seinen eigenen Index?

Die „individuelle Teuerungsrate“ – oder „gefühlte Inflation“ – eines einzelnen Haushalts oder einer bestimmten Verbrauchergruppe kann sich von der Gesamtteuerungsrate stark unterscheiden. Sie hängt von den individuellen Verbrauchsgewohnheiten und anderen, über längere Zeiträume nicht konstant zu haltenden Einflussgrößen (Haushaltsgröße, Arbeitssituation, Einkommen, Witterung, Jahreszeit, Urlaub u. Ä.) ab. Benzinpreissteigerungen, höhere Kfz.-Steuern und Prämiensteigerungen bei der Kfz.-Versicherung beunruhigen Verbraucher ohne eigenes Kraftfahrzeug und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs im Allgemeinen weniger als aus beruflichen Gründen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesene Arbeitnehmer. Vegetarier beispielsweise haben den Preisverfall bei Rindfleisch im Zuge der BSE-Krise und die gleichzeitig wegen des veränderten Verbraucherverhaltens kräftig anziehenden Preise für Geflügel und Fisch vermutlich kaum oder gar nicht „gefühlte“.

Bereits unter Kosten-/Nutzen-Gesichtspunkten erscheint es wenig angezeigt, einen Preisindex beispielsweise für die Lebenshaltung von Vegetariern auszuweisen, obwohl diese Verbrauchergruppe, die wiederum nach dem unerwarteten Dezember-Kälteeinbruch im Mittelmeerraum die massiven Verteuerungen bei Frischgemüse und Südfrüchten mangels Ernährungsalternativen am Stärksten „gefühlte“ haben müsste, als relativ homogen definiert werden könnte. Insbesondere aber ist diese Gruppe nicht repräsentativ für den größten Teil unserer Gesellschaft.⁷ Um „gefühlte“ Inflation im eigentlichen Wortsinn messen zu können, bedürfte es jedoch sogar eines Verbraucherpreisindex mit einem individuellen Warenkorb für jeden einzelnen Verbraucher.

Die individuellen Warenkörbe würden sich allerdings nach aller Lebenserfahrung permanent verändern und sich kaum über zwei, drei Monate konstant halten lassen. Auch die „Gewichte“ der Waren und Dienstleistungen in den individuellen Warenkörben wären wechselnden „Gefühlen“ unterworfen und damit ebenso variabel und für monatliche Vergleiche ungeeignet. Zu erwarten wären extreme Abweichungen zwischen vielen „Individual-Indizes“ und den Daten der amtlichen Verbraucherpreisstatistik⁸ sowie auch innerhalb der „Individual-Indizes“ selbst. Sinnvolle, statistisch gesicherte Aussagen über die Entwicklung einer Volkswirtschaft ließen die „gefühlten“ Werte nicht zu.

„Gefühlte Inflation“ = verdoppelte Teuerungsrate

In der Debatte um den „Preistreiber Euro“ erschien es einigen Diskutanten aber dennoch durchaus angezeigt, zu behaupten, die „gefühlte Inflation“ sei wissenschaftlich zu messen. Mit der Veröffentlichung einer „gefühlten Inflationsrate“ in Höhe von 4,8 % für das 1. Quartal 2002 durch das seriöse Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln Ende Mai d. J. war für Medien, Politik und Verbraucher der entsprechende Beweis erbracht.

Das IW legte seiner Berechnung nicht den gesamten statistischen Warenkorb zu Grunde, sondern filterte die 28 Warengruppen heraus, deren Preise in den ersten drei Monaten des Jahres um mehr als 2,5 % gestiegen waren. Für diese Waren und Dienstleistungen ergab sich im Schnitt eine Preissteigerung von 4,8 % – laut IW die „gefühlte Inflation“ [12]. Die Formel „Euro gleich Teuro“ sei in diesem Zusammenhang aber falsch, betonte das Institut. „Schuld daran, dass manches seit der Euro-Umstellung teurer geworden ist, hat die neue Währung nicht allein“ [12]. Das IW wies darauf hin, dass der Preisauftrieb im vierten Jahr nach Einführung des Euro in Deutschland⁹ „weder im historischen Rückblick noch im europäischen Vergleich außergewöhnlich hoch“ sei [12].

Die Hypo-Vereinsbank teilte Anfang Juni 2002 mit, dass das „wahrgenommene Preisniveau“ in Deutschland im Januar nahezu doppelt so hoch gewesen sei wie von der amtlichen Statistik ermittelt. Die „gefühlte Inflation“ habe im ersten Monat des Jahres bei knapp 4,5 % gelegen, während die vom Statistischen Bundesamt ermittelte jährliche Inflationsrate für diesen Monat nur bei 2,1 % gelegen habe [13]. Wie die Wissenschaftler des IW vernachlässigten auch die Volkswirte der Hypo-Vereinsbank bei ihren Rechnun-

⁷ Der zunehmende Verlust an Repräsentativität in den vergangenen Jahren veranlasste die deutsche amtliche Statistik, im Zuge der Indexrevision 2003, d. h. mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Preisbasisjahr 2000 (= 100), die Berechnung von Preisindizes für die Lebenshaltung spezieller Haushaltstypen (4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen; 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen; 2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen) einzustellen. Seit dem 1. Januar 2003 wird in Bund und Ländern nur noch ein „zentraler“ Verbraucherpreisindex berechnet, der früher die Bezeichnung „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ trug (siehe dazu [11]).

⁸ Einen entsprechenden Nachweis führte der Dortmunder Statistikprofessor Walter Krämer, Autor des Buches „So lügt man mit Statistik“, in einem Feldversuch mit Studenten.

⁹ nicht zu verwechseln mit der Euro-Bargeldeinführung zum 1. Januar 2002

gen den statistischen Warenkorb, brachten aber eine andere Index-Variante als das Forschungsinstitut ins Gespräch. Sie untersuchten lediglich die Preisentwicklung von Gütern, die regelmäßig konsumiert und direkt bezahlt werden. Gerade bei diesen Produkten, so die Aussage der Bank, würden Preisänderungen unmittelbar wahrgenommen. Güter mit hohen Wägungsanteilen, wie z.B. die Monatsmiete, fallen bei dieser Art der Selektion natürlich aus der Betrachtung heraus. Überweisungen oder Abbuchungen vom Konto – so kann man die Aussage der Banker interpretieren – scheinen die deutschen Verbraucher also kaum zu „fühlen“ und nur mittelbar beim Blick auf das monatliche Budget wahrzunehmen.

Die ARD-Sendung „Tagesthemen“ heizte ebenfalls Anfang Juni die sich immer mehr verselbständigende Diskussion um den „Preistreiber Euro“ durch eine von ihr in Auftrag gegebene Untersuchung an [14], die ergab, dass im Zuge der Euro-Bargeldeinführung vor allem Dienstleistungen teurer geworden seien. Diese Feststellung konnte nicht überraschen, denn eine derartige Aussage hatten Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank bereits in ihrer gemeinsamen Studie im März d. J. belegt [2]. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die Daten der unterschiedlichen Regionen West- und Ostdeutschlands in die Betrachtung einbezog, ließ die ARD die Preisentwicklung nur bei 117 ausgewählten Dienstleistungen – vom Frisör bis zur Autowaschanlage – und ausschließlich in den Großräumen Köln/Bonn, Frankfurt/Main und Berlin untersuchen.

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) als Auftraggeber der Untersuchung und damit als verantwortliche Rundfunkanstalt der ARD bezifferte die durchschnittliche Teuerung der 117 Dienstleistungen zwischen Juni/Juli 2001 und den ersten drei Monaten 2002 mit 9,8 % und nannte einige Extrembeispiele für Preise vor und nach der Euro-Bargeldeinführung. Eine einzelne chemische Reinigung verlange für die Reinigung einer Hose statt früher DM 3,90 nunmehr EUR 3,- [14].

Einen direkten Bezug zwischen den Einzelpreiserhöhungen und dem „teuren Euro“ stellte der Sender nicht her; Zuschauer des „Tagesthemen“-Beitrags konnten aber durchaus den Eindruck gewinnen, die ermittelten Preiserhöhungen seien Beispiele für die in aller Munde befindliche „Euro-Abzocke“. Die ARD unterließ nämlich den – journalis-

tisch gebotenen – Hinweis, dass in ihrem Beitrag willkürlich ausgewählte singuläre Preisbewegungen aus drei räumlich sehr kleinen und zudem regional nicht für das gesamte Bundesgebiet repräsentativen Erhebungsgebieten verallgemeinert wurden¹⁰.

Angesichts derartiger Tatarenmeldungen auch von als im Allgemeinen seriös eingeschätzten Medien verwundert es nicht, dass laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für den Nachrichtensender N 24 zwei Drittel der befragten Bürger sich von der Bundesregierung mit dem Problem der Euro-bedingten Preissteigerungen allein gelassen fühlten und meinten, die Regierung mache es sich mit dem Ratschlag, nur bei solchen Händlern zu kaufen, die ohne Preiserhöhungen ausgekommen seien, zu leicht [15].

Untersuchungen wie die Studie des Marketingspezialisten Prof. Hermann Diller von der Universität Erlangen-Nürnberg über die Entwicklung von Einzelhandelspreisen von Gütern des kurzfristigen Bedarfs passten nicht in die Landschaft und wurden vermutlich nicht zuletzt deshalb in den Medien kaum beachtet. Diller hatte festgestellt, dass von den Preisen von 1 213 im November 2001 und Februar 2002 überprüften Artikeln nur 8,6 % angehoben, 19,8 % aber gesenkt wurden. Seiner Auffassung nach werde der Einzelhandel zu Unrecht als „Euro-Preistreiber“ angeklagt. Der Eindruck vieler Verbraucher, dass „alles teurer geworden“ sei, beruhe auf einer stark selektiven Wahrnehmung negativer Beispiele [3]. Diller bestätigte damit entsprechende Aussagen der Gemeinschaftsstudie von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank [1,2]. Die Bundesbank bekräftigte im Juli 2002 im Übrigen noch einmal ihre Auffassung, dass die Euro-Bargeldeinführung in Deutschland nicht zu einer generellen Preiswelle geführt habe.

Erstaunlich ist, dass sich auch die Europäische Zentralbank (EZB) den wenig fassbaren, unwissenschaftlichen Begriff der „gefühlten Inflation“ zu Eigen machte und in ihrem Juli-Bericht, wie den Medien zu entnehmen war,

¹⁰ Zum Vergleich: Das Statistische Bundesamt wies für den im Auftrag der ARD untersuchten Zeitraum Juni 2001 bis einschl. März 2002 eine Indexsteigerung für den Bereich „Dienstleistungen“ in Höhe von insgesamt nur 1,4 % aus. Für das Land Berlin betrug der entsprechende Anstieg 1,1 %. Im gleichen Zeitraum stiegen übrigens die administrierten, d.h. staatlich beeinflussten, Preise ein wenig stärker, und zwar auf Bundesebene insgesamt um 1,2 % und im Land Berlin um 1,5 %.

vor den schädlichen Folgen einer fortdauernd hohen „gefühlten Inflation“ warnte [16]. Diese könne zu überzogenen Lohnforderungen und zu verhaltenen Konsumententscheidungen führen. Unter Bezug auf die unterschiedlichen Umfrageergebnisse stellte die EZB fest, dass die Verbraucher im Euro-Raum seit Mitte 2000 den Eindruck steigender Preise haben, obwohl die allgemeine Teuerungsrate gefallen sei. Einen solchen Unterschied zwischen „gefühlter“ und „tatsächlicher Inflation“ hat es laut EZB in den gesamten neunziger Jahren nicht gegeben. Gründe für die geöffnete Schere zwischen realer Teuerung und individueller Wahrnehmung sieht die Europäische Notenbank in den starken Preissteigerungen der letzten anderthalb Jahre bei häufig konsumierten Gütern wie Benzin und Nahrungsmitteln als Folge der Nahost-Krise bzw. des BSE-Schocks. Nach Auffassung der EZB ist es wichtig, dass sich die von den Verbrauchern gefühlten Preissteigerungen wieder an die tatsächliche Inflation anpassen, damit bei sinkenden Teuerungsraten der private Konsum und damit die Binnen- nachfrage die Konjunktur im Euro-Raum beleben.

Öffentliche Boykottaufrufe, auch aus dem Regierungslager

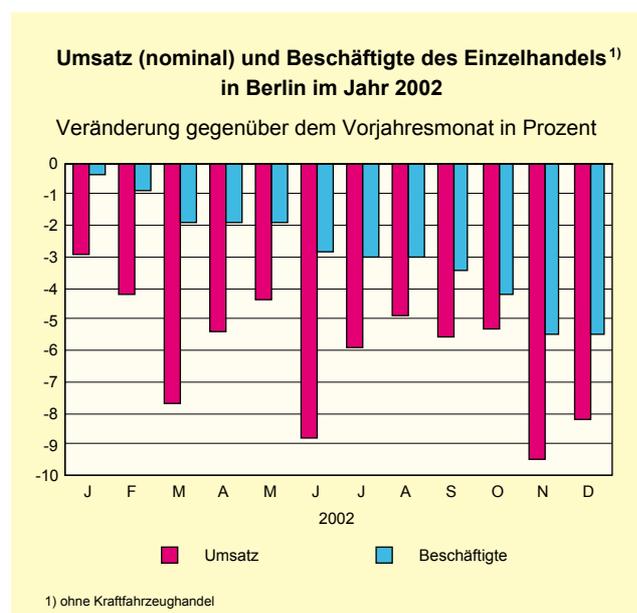
Der von den Medien in der „Euro-Teuro“-Debatte allzu gern aufgegriffene Begriff der „gefühlten Inflation“, deren vermeintlich wissenschaftliche Unterfütterung und deren im Vergleich zur amtlich gemessenen Teuerungsrate mehr als doppelt so hohen Werte führten zu Aktionismen einiger Blätter. Die „Bild“-Zeitung zum Beispiel, an der Spitze der Bewegung, kreierte im Mai 2002 einen „Teuro-

Sheriff“, dessen Aufgabe es war, die Namen von „Teuro-Sündern“ öffentlich zu nennen und dafür zu kämpfen, dass überhöhte Euro-Preise zurückgenommen würden. Das Wochenmagazin „Stern“ veröffentlichte, ebenfalls im Mai, mehr als 70 Fälle sogenannte „Preistreiberei“ im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung, gab den Beschuldigten aber Gelegenheit zur „Rechtfertigung“.

Die Welle der Aufregetheiten erreichte schnell die politische Bühne und wurde zum Zankapfel von Euro-Befürwortern und Euro-Gegnern und von Vertretern von Regierung und Opposition. Die „echte“ und weit unter den „gefühlten“ Werten liegende Teuerung, d.h. die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Angaben zur Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland, wurden vor allem in der ersten Jahreshälfte 2002 mehr und mehr halbherzig und dann kaum noch als Diskussionsargument herangezogen. Insbesondere das Regierungslager machte die „gefühlten“ Inflationswerte zur Basis politischer Statements.

Einzelne Kabinettsmitglieder verstiegen sich sogar zu öffentlichen Boykottaufrufen gegen Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe. Bundesfinanzminister Hans Eichel äußerte sich im Mai 2002 zu seinen Einkaufsgewohnheiten wie folgt: „Wo ich mich abgezockt fühle, da gehe ich nicht mehr hin.“ [zitiert nach 3]

Die Bundesministerin für Verbraucherschutz Renate Künast berief für den 31. Mai 2002 sogar einen „Anti-Teuro-Gipfel“ mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Verbraucherorganisationen ein.¹¹ Wegen der nicht mit der Wirtschaftsseite abgestimmten Einladung eines Reporters der „Bild“-Zeitung zu diesen Gesprächen und wegen der vor Beginn des „Gipfels“ von der Ministerin angekündigten und damit präjudizierenden Einrichtung eines Beschwerdeforums für Verbraucher („Preis-Wert-Forum“) im Internet reagierten die Vertreter der Spitzenverbände der Wirtschaft auf dem Treffen ausgesprochen verärgert [3].



¹¹ Der – parteilose – Bundeswirtschaftsminister Werner Müller bezeichnete den „Anti-Teuro-Gipfel“ seiner Kabinettskollegin in einem Interview als „ein bisschen populärer Schauloeffekt“, was nicht hätte sein müssen. Die „Financial Times Deutschland“ schrieb am 27. Mai 2002: „Ökonomisch betrachtet, ist der Teuro-Gipfel Blödsinn. Handel und Gaststätten dürfen ihre Preise selbst festlegen. Das weiß auch die Ministerin Künast (Zitate nach [3]). Für Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und früher einer der fünf „Wirtschaftsweisen“, findet die Debatte um den Teuro im imaginären Raum der Psyche und der subjektiven Befindlichkeiten statt. Sie sei eine Mischung aus Wahlkampf und vorgezogenem Sommertheater, mehr nicht [17].“

Der zweite „Anti-Teuro-Gipfel“ wurde für den 10. Juli 2002 einberufen. Genau an diesem Tag ließ Ministerin Künast das „Preis-Wert-Forum“ online gehen. Wie vorher angekündigt, nahmen die Vertreter der Wirtschaftsverbände aus diesem Grunde an dem Treffen nicht mehr teil.¹²

Am gleichen Tag äußerte Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung zur „Teuro“-Diskussion Sympathie für Boykotte und für die Aktionen des Boulevard-Blattes, und zwar wie folgt: „Ich finde, es ist Sache mündiger Verbraucher, auch diejenigen zu bestrafen, die bestimmte Situationen ausgenutzt haben, und diejenigen zu belohnen, die das nicht getan haben. Wenn sie dabei Hilfe durch Blätter mit großen Buchstaben bekommen, ist das auch nicht so schlecht.“¹³ [zitiert nach 3]

Ein Blick auf die Entwicklung von Einzelhandel und Gastgewerbe

Es steht der amtlichen Statistik nicht zu, wirtschaftspolitische Aussagen von Regierungsvertretern zu bewerten. Allerdings ist sie aufgerufen, sich dann zu Wort zu melden, wenn dabei letztlich ihre eigene Fachkompetenz oder die Qualität ihrer Arbeit in Zweifel gezogen werden, wie dies im Falle der Debatte um die mögliche inflationäre Wirkung der Euro-Bargeldeinführung bzw. um die Realitätsnähe des von ihr berechneten Verbraucherpreisindex sicherlich geschehen ist.

Es steht dahin, ob Bundeskanzler oder Bundesfinanzminister angesichts der prekären, ja dramatischen konjunktur- und strukturpolitischen Lage Deutschlands, der rezessiven binnenwirtschaftlichen Entwicklung und der unverändert hohen und sogar noch steigenden Arbeitslosenzahlen heute noch einmal zu Kaufzurückhaltung raten oder gar durch Sympathie für Boykotte die Verunsicherung der Verbraucher im Zusammenhang mit dem Euro verstärken würden – im Gegenteil. Nur wenige Monate später nämlich soll vielmehr zur Stützung der Binnennachfrage der private Konsum mit Macht gefördert werden, möglicherweise sogar durch eine vorgezogene, durch höhere staatliche Verschuldung finanzierte Steuerreform. Vom „teuren Euro“ spricht deshalb angesichts der seit Jahresbeginn 2002 anhaltenden Umsatzeinbrüche bei Einzelhandel und Gastronomie und dem damit verbundenen Rückgang der Beschäftigtenzahlen in beiden Wirtschaftszweigen kein Politiker mehr. Statt der Angst vor der zu hohen „gefühlten Inflation“ geht zudem die Furcht vor Deflation um. Die Erfahrung zeigt, dass so manche populistische,

unreflektierte politische Äußerung nach aller Erfahrung nur eine sehr kurze Halbwertszeit hat.

Die wenig erfreuliche Lage von Einzelhandel und Gastgewerbe soll hier mit Zahlen der Berliner Statistik skizziert werden [19] (Abbildung Seite 38).

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) musste im Jahresdurchschnitt 2002 nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes nominal Umsatzeinbußen von 6,2 % hinnehmen. Real, d.h. unter Ausschaltung von Preisveränderungen, sank der Umsatz sogar um 7,3 %. Zu den besonders betroffenen Segmenten gehörten der Fachhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal -30,0 %) sowie der Handel mit Büchern, Schreibwaren, Bürobedarf u. Ä. (nominal -17,2 %). Eine positive Umsatzentwicklung wurde lediglich im Segment „Apotheken, Drogerien und Handel mit medizinisch-orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen“ (nominal +4,6 %) sowie beim Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen registriert (nominal +8,7 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) nahm im Jahresdurchschnitt 2002 insgesamt um 2,9 % ab; die beiden Bereiche mit Umsatzplus meldeten dabei eine Zunahme der Beschäftigung. Die Zahl der Vollzeitkräfte (Jahresdurchschnitt 2002: -4,5 %) sank dabei deutlich stärker als die Zahl der Teilzeitarbeitnehmer (-1,2 %).

Im größten Bereich des Berliner Gastgewerbes, dem Gaststättengewerbe, lagen die nominalen Umsätze im Jahresdurchschnitt 2002 um 10,9 % unter den Vergleichswerten

¹² Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer im Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), wertete am 13. August 2002 das „Anti-Teuro-Forum von Frau Künast“ als einen Riesenerfolg – allerdings nicht für die Ministerin, sondern für den deutschen Einzelhandel. Einen Monat nach dem online-Gang des Forums hätten sich dort lediglich 162 Verbraucher über vermeintlich unkorrekte Preisgestaltung im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung beschwert [3].

¹³ Die „Teuro-Hysterie“ war übrigens durchaus kein „typisch deutsches“ Phänomen. Auch in einigen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion gab es heftige öffentliche Auseinandersetzungen. Am 28. August 2002 beispielsweise meldete die Deutsche Presse-Agentur (dpa), dass nach Frankreich und Italien nun auch in Griechenland die „Teuro-Diskussion“ hohe Wellen schlage. Wie dpa unter Berufung auf griechische Presseberichte verbreitete, haben die Verbraucherverbände des Landes die Griechen dazu aufgerufen, am 3. September nichts einzukaufen. Mit diesem Boykott solle auf die unerklärliche Verteuerung zahlreicher Produkte hingewiesen werden. Nach offiziellen Angaben sei in den vergangenen drei Monaten eine stufenweise Erhöhung der Preise besonders im Lebensmittelbereich und hier vor allem bei Gemüse von bis zu 40 % registriert worden. Das griechische Wirtschaftsministerium befürworte diesen Boykott und drohe seinerseits damit, eine Liste der Betriebe zu veröffentlichen, die ihre Produkte um weit mehr als die 3,5 % Inflationsrate in den vergangenen Monaten verteuert haben [18]. Insgesamt gab es in Griechenland an drei Tagen derartige „Verbraucher-Streiks“.

des Vorjahres. Real, d.h. ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen, war dies ein Minus um 14,1 %. Das Beherbergungsgewerbe musste einen Rückgang um nominal 8,1 % bzw. real um 11,2 % verkraften.

Die sich verschlechternde Lage der Branche spiegelte sich auch in den Beschäftigtenzahlen wider. Im Jahresdurchschnitt 2002 arbeiteten im Berliner Gaststättengewerbe insgesamt 8,6 % und im Beherbergungsgewerbe der Hauptstadt insgesamt 7,7 % weniger Frauen und Männer als noch im Vorjahresdurchschnitt 2001. Auffällig war eine Tendenz hin zur Kompensierung von Vollzeitbeschäftigung durch Teilzeitbeschäftigung, besonders sichtbar im Beherbergungsgewerbe. Im Gaststättengewerbe Berlins sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Jahresdurchschnitt 2002 deutlich stärker als die der Teilzeitkräfte (-10,3 % gegenüber -6,9 %). Im Beherbergungsgewerbe ging im Vorjahresvergleich die Zahl der Vollzeitkräfte ebenfalls spürbar zurück, und zwar im Jahresdurchschnitt 2002 um 9,6 %. Die Zahl der Teilzeitkräfte stieg dagegen um 5,4 %.

Auf Bundesebene war die Entwicklung von Umsatz- und Beschäftigtenzahl beider Wirtschaftsbereiche ähnlich negativ. Für das Gastgewerbe meldete das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Berechnungen und unter Berücksichtigung der Teuerung einen Umsatzrückgang im Jahr 2002 um 7,1 %. Das Gaststättengewerbe erlitt dabei einen Umsatzeinbruch von 7,9 %, das Beherbergungsgewerbe verbuchte ein Minus von 5,8 % gegenüber dem Vorjahr. Besonders extrem die Novemberwerte: im Vorjahresvergleich -12,4 % im Gaststättengewerbe bzw. -11,0 % beim Gastgewerbe insgesamt. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ernst Fischer, nannte das Jahr 2002 „das für unsere Branche miserabelste Jahr seit Jahrzehnten“ [20].

Eine Trendwende war im 1. Halbjahr 2003 nicht zu erkennen. Das Einschlagen auf den „teuren Euro“ hat zu den Rückgängen sicherlich beigetragen.

Zweite „Euro-Zwischenbilanz“ belegt rückläufige Teuerung

Nach diesem „Blick über den Tellerrand der Verbraucherpreisstatistik“ soll, wie weiter oben angekündigt, kurz auf die zweite Zwischenbilanz der amtlichen Statistik nach sechs Monaten Euro eingegangen werden. Mittels einer „Hitliste“ gaben das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank im März 2002 im Rahmen einer Gemeinschaftsstudie zum möglichen Einfluss der Euro-Bargeldeinführung

auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland [2, 1] einen Gesamtüberblick über den Grad der Teuerung bei 35 ausgewählten Produktgruppen im Januar 2002, dem ersten „Euro-Bargeld-Monat“. Diese „Hitliste“ wurde in der zweiten Zwischenbilanz um die Angaben zur Jahres-teuerungsrate im Berichtsmonat Mai 2002 ergänzt.

Hitliste der Teuerung bei den 35 ausgewählten Produktgruppen

COICOP	Produktgruppe	Jahresteuerungsrate 2002	
		Mai	Januar
Preisentwicklung stark überdurchschnittlich			
0114150100	H-Milch	6,8	14,6
0942150100	Eintrittskarte Kino	5,2	5,5
0118310100	Vollmilchschokolade	5,1	4,2
0722051100	Motorenöl	4,2	4,8
1111056000	Verzehr von Bier auch alkoholfreies Bier	4,1	4,1
0314210100	Chemische Reinigung	4,1	4,2
Preisentwicklung überdurchschnittlich			
0952011100	Tageszeitung, örtlich bevorzugtes Blatt, Abonnement	3,9	4,4
0723018100	Pkw-Oberwäsche	3,9	4,0
1213051100	Zahncreme	3,8	3,3
1211011100	Haarschneiden für Herren	3,7	4,1
1120012000	Übernachtung mit Frühstück	3,0	3,2
0561219100	Filtertüten	2,5	1,6
0312298100	Feinstrumpfhose	2,4	3,6
0954031100	Briefblock	2,4	2,5
1213040200	Tagescreme	2,2	1,9
Preisentwicklung durchschnittlich			
0312196100	Herrensocken, Wolle oder Baumwolle	1,8	2,8
0511039100	Polstergarnitur	1,8	2,1
0111310100	Eiernudeln, Markenware	1,7	4,1
0552035100	Batterie, Monozelle	1,6	1,0
0321210200	Pumps	1,4	2,4
0122100100	Mineralwasser	1,4	2,0
0934053100	Hundefutter	1,2	0,9
0212110100	Weißwein	0,8	0,7
Preisentwicklung unterdurchschnittlich			
0117610100	Rahmspinat, tiefgekühlt	0,7	3,9
0112511200	Salami	0,5	5,8
0532020100	Kaffeemaschine	0,0	0,0
0931018200	Spielzeugauto	0,0	-0,1
1213091100	Toilettenpapier	-0,5	1,1
0118110100	Zucker	-0,7	2,5
0531210100	Waschmaschine	-0,9	-0,6
0312261100	Damenpullover, Mischgarn	-1,1	-0,2
Preisentwicklung stark unterdurchschnittlich			
0911210100	Farbfernseher	-1,9	-3,0
0121111100	Bohnenkaffee	-3,3	-2,1
0912112100	Kleinbildkamera	-3,5	-3,5
0115100100	Deutsche Markenbutter	-5,1	-2,5
Gewichteter Durchschnitt		1,5	2,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Vergleichsdaten belegen eine insgesamt deutlich rückläufige Teuerungsrate für diese Produktgruppen, bei Anstiegen für einige Positionen (Vollmilchschokolade, Zahncreme, Filtertüten, Tagescreme, Batterie/Monozelle, Hundefutter, Weißwein, Spielzeugauto) und zum Teil kräftigen Rückgängen insbesondere bei fast allen Nahrungsmittelpositionen (Beispiele: H-Milch, Nudeln, Rahmspinat, Salami, Zucker, Markenbutter). Fasst man die Angaben für die 10 Produktgruppen aus dem Bereich Nahrungsmittel jeweils für die Monate Januar bzw. Mai 2002 zusammen, ergibt sich für den Januar mit einer Jahresteuerrate von +2,6 % ein leicht über dem Anstieg des Gesamtindex (+2,1 %) liegender Wert. Im Mai lag die Jahresteuerrate der 10 ausgewählten Produktgruppen im Vorjahresvergleich nur noch bei +0,3 % und damit deutlich unter der Steigerungsrate des Gesamtindex (+1,1 %) in diesem Monat.

Die Preisänderungen der in die „Hitliste“ aufgenommenen Produktgruppen aus dem Nahrungsmittelbereich bilden nach Auffassung des Statistischen Bundesamts gut die Preisentwicklung bei allen Nahrungsmitteln ab. Gerade die Preissteigerungen auf diesem Sektor zu Jahresbeginn 2002, deren Ursache bekanntlich u. a. ein außergewöhnlicher Kälteeinbruch im Mittelmeerraum war, waren aber ursächlich für den Dissens zwischen „echter“ und „gefühlter“ Inflation.

Das Bundesamt führt in seiner „Zwischenbilanz zu sechs Monaten Euro“ [10] in diesem Zusammenhang aus, dass bei den in die Studie einbezogenen Nahrungsmitteln die Umstellung von „attraktiven“ DM-Preisen auf „attraktive“ Euro-Preise in erheblichem Umfang erst nach der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 erfolgt sei.¹⁴ Im Zuge der Umstellung wurden zahlreiche „Euro-induzierte“ Preisänderungen registriert.¹⁵ Nach Angaben des Bundesamts waren nur 19,6 % der „Euro-induzierten“ Preisänderungen im Nahrungsmittelbereich seit Februar 2002 Preiserhöhungen.

Der FOCUS-Index – Stein der Weisen?

Für das Münchner Nachrichtenmagazin FOCUS waren weder die Ergebnisse der beiden umfangreichen Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes und schon gar nicht die deutlich rückläufigen Werte der monatlichen Verbraucherpreismessung, obwohl sie von nicht-amtlicher Seite bestätigt wurden¹⁶, Anlass, das Thema „gefühlte Inflation“ von der Tagesordnung zu nehmen – im Gegenteil. In einem ebenso groß wie aggressiv aufgemachten Beitrag [21], betitelt „Die Wahrheit über die Preise“, erhob das Maga-

zin in seiner Ausgabe vom 5. August 2002 schon im Untertitel des Artikels den schweren Vorwurf, die offizielle Statistik spiele die Steigerung der Lebenshaltungskosten herunter. Gleichzeitig präsentierte das Blatt – mit Unterstützung des in der empirischen Wirtschaftsforschung tätigen privaten Instituts empirica Delasasse – einen „eigenen“ Index und verkündete, ebenfalls schon im Untertitel, vollmundig: „Der neue FOCUS-Index misst besser.“

Mit schlanken Formulierungen (*Beispiel: „Gefühle trügen nicht.“*), abwertenden Bezeichnungen (*Das Statistische Bundesamt wurde als „Wiesbadener Zahlenorakel“ oder als „Zahlenbehörde“ abqualifiziert.*), Halbwahrheiten (*So schrieb das Blatt beispielsweise: „Die amtliche Einteilung von Haushaltstypen in Rentnerpaare, Arbeiter, Angestellte/Beamte ist realitätsfremd“, und verschwieg dabei zum einen, dass die einzelnen Haushaltstypen gleichzeitig jeweils einer bestimmten, wenn auch vage formulierten Einkommensgruppe zugeordnet waren*¹⁷, und zum anderen, dass der monatlich veröffentlichte „zentrale Verbraucherpreisindex“ des StBA bereits seit der Indexrevision 1998¹⁸ ausdrücklich „alle privaten Haushalte“ umfasst.) und viel Eigenlob (*Beispiele: „Die Zeit der dünnen Daten ist vorbei.“ – „Unter diesen realistischen Annahmen ...“*) gab sich das Magazin den Schein des Besser-Könnens und Besser-Wissens und machte zunächst Punkte gegen das, wie die meisten öffentlichen Verwaltungen, zurückhaltender und schwerfälliger als die Medien reagierende Bundesamt.

Ein zentraler Vorwurf des FOCUS: Über die Kosten der Lebenshaltung sage die akribische Massendaten-Sammlung des Statistischen Bundesamts wenig aus. Dies ist richtig – nur: Diese Aufgabe hat die Verbraucherpreisstatistik gar nicht! Der Verbraucherpreisindex ist – ex definitione – ausschließlich ein Instrument zur Messung der Preisentwicklung einer Auswahl von bestimmten, statistisch als

¹⁴ Als „attraktiv“ gelten lt. Definition des StBA glatte Preise, die auf 0 oder 5, sowie Schwellenpreise, die auf 8 oder 9 enden.

¹⁵ Als „Euro-induziert“ definiert das StBA diejenigen Preisänderungen, die bei der Umstellung von einem „attraktiven“ DM-Preis auf einen „attraktiven“ Euro-Preis zu beobachten sind, wobei Preisänderungen, die nichts mit der Währungsumstellung zu tun haben, herausgefiltert werden. [10]

¹⁶ Die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle ZMP beispielsweise stellte in einer Ende Mai 2002 veröffentlichten Untersuchung der Preise in 1300 Einzelhandelsgeschäften fest, dass das Preisniveau für Nahrungsmittel durch die Euro-Umstellung nicht gestiegen sei. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) meldete am 31. Juli 2002, dass sich die Anschaffungsneigung der Verbraucher im Juli leicht verbessert habe. Das subjektive Empfinden, dass mit dem Euro die Preise erhöht wurden, schwinde mehr und mehr aus den Köpfen der Verbraucher [3].

¹⁷ „2-Personen-Rentner-Haushalte mit geringem Einkommen“; „4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen“; „4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“.

¹⁸ Die Umstellung auf das Preisbasisjahr 1995 (= 100) erfolgte zum 1. Januar 1998.

Preisrepräsentanten für den gesamten Verbrauch aller privaten Haushalte in Deutschland erkannten, Waren und Dienstleistungen während einer bestimmten Erhebungsperiode, und eben kein „Lebenshaltungskostenindex“.

Auch die zum Gesamtsystem der Preisstatistiken gehörenden Statistiken der Baupreise, der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der Großhandelspreise oder der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte beispielsweise haben nicht die Aufgabe, Aussagen z.B. über die *Baukosten* oder die *Produktionskosten* zu machen, sondern über die am Markt realisierten Preise der Unternehmen der jeweiligen Wirtschaftsbereiche.

Einer Erhebung Fehler oder Schwächen bei etwas vorzuhalten, was sie gar nicht leisten soll, spricht nicht für fachliche Kompetenz. In seine eigene Argumentationsfalle zu tappen, ist allerdings eher ein Zeichen von Torheit. Diese, zugegebenermaßen bewusst im „FOCUS-Stil“ formulierte, Aussage soll am Stichwort „Haushaltstypen“ festgemacht werden.¹⁹

Eben noch harter Kritiker der „amtlichen Einteilung von Haushaltstypen“, die er als „realitätsfremd“ geißelte, arbeitet aber auch der FOCUS bei seinem Index mit „Haushalts- und Konsumtypen“ (!), die er in diesem Falle selbstverständlich als „realistisch“ wertet. Dem FOCUS-Leser erschließen sich dabei weder die „realistischen Annahmen“, die zur Festlegung gerade dieser vier Haushaltstypen geführt haben, noch die Datenbasis oder Datenquellen, aus denen der FOCUS bzw. empirica *Delasasse* geschöpft haben.

Aus der amtlichen Statistik zumindest ist nicht nachzuvollziehen, dass

- Typ 1: allein erziehende Mutter mit Kind;
Bruttolohn: 1 500 Euro
- Typ 2: Durchschnittsfamilie, 1 Verdiener, 2 Kinder;
Bruttolohn: 3 000 Euro
- Typ 3: Ehepaar, 2 Einkommen, 1 Kind;
Bruttolohn: 5 000 Euro
- Typ 4: Single, Vielverdiener;
Bruttolohn: 7 000 Euro

repräsentativ für alle privaten Haushalte in Deutschland sein sollen.

Geradezu abstrus wird die Angelegenheit (und lässt erhebliche Zweifel an der Wissenschaftlichkeit des gesamten

Verfahrens aufkommen), wenn man die „Unterlegung“ der „realistischen Annahmen“ durch empirica *Delasasse* für die obigen 4 Haushaltstypen liest. Ausnahmsweise soll hier – pars pro toto – ein Mal aus dem Manual „Preisindex Deutschland“ des Instituts zitiert werden, und zwar die so genannten „realistischen Annahmen“ für den Haushaltstyp 2:

„Haushalt mit zwei Kindern, Ehepaar (verheiratet), ein Einkommen; Monatlicher Bruttolohn EUR 3000;

Lebt in einer Wohnung mit 100 qm in Stadtrandlage mit Garten, zahlt Kirchensteuer (rk), verfügt über einen Passat (Diesel). Für den Weg zur Arbeit werden öffentliche Verkehrsmittel benutzt; hat ein Sparbuch für die Kinder, ein kleines Depot (vorwiegend sicherheitsorientierte Anlagen in Rentenpapieren), besucht Erlebnisparks mit Kindern (die Kinder verfügen über City Roller, Play Stations, Inline Skates etc.). Der Haushalt kauft vielfach No-Name-Produkte in üblichen Supermärkten; erwirbt Haushaltsgeräte (Constructa oder Bosch) über Konsumentenkredite; die Eltern gehen gelegentlich aus (McDonald's, Pizzeria, Kino) und beschäftigen ab und zu abends ein Kindermädchen.

Die Mutter ist Gelegenheitsraucherin und macht gerade den Führerschein. Der Vater ist Fußballfan und besucht regelmäßig die Spiele seiner Lieblingsmannschaft. Ein Kind ist ein Jahr alt und wird zuhause von der Mutter versorgt; das zweite Kind ist vier Jahre alt und geht morgens in den Kindergarten.“

Nicht einmal aus der in fünfjährigen Rhythmen durchgeführten, sehr komplexen und umfangreichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)²⁰, die immerhin einen Stichprobenumfang von rd. 76 000 Haushalten hat und die die umfassendsten statistischen Daten zu den Verbrauchsausgaben und Verbrauchsstrukturen der privaten Haushalte in Deutschland bereitstellt, ließen sich derartige – zumal als für den jeweiligen Haushaltstyp als repräsentativ oder „realistisch“ gelobte – Aussagen ableiten. Auch aus dem Datenmaterial der Markt- und Konsumforschung lässt sich eine derart „präzise“ Beschreibung bzw. Definition eines „Haushaltstyps“ nicht generieren.

Zudem sind die „Modell-Haushalte“ in ihrer Konzeption offenbar statisch und damit nicht geeignet für Vergleichs-

¹⁹ Bei der nachfolgenden inhaltlichen Auseinandersetzung wird ausschließlich auf die verkürzte Darstellung im FOCUS zurückgegriffen. Zwar liegt dem Autor dieses Beitrags das vollständige Manual „Preisindex Deutschland“ von empirica *Delasasse* vor, der Inhalt dieser Dokumentation darf aber (ganz oder teilweise) nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Instituts veröffentlicht oder in Informations- und Dokumentationssystemen gespeichert werden. Er ist zudem „nicht bestimmt für den öffentlichen Leihverkehr und Bibliotheken“. (Zumindest in Berliner Bibliotheken findet man aber die Monatsschrift „Berliner Statistik“, in der dieser Beitrag erscheint.) Im Übrigen wurde auch dem geeigneten FOCUS-Leser nicht das gesamte Manual zugänglich gemacht.

²⁰ Aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der monatlich erhobenen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) werden, wie bereits weiter oben angeführt, der „statistische Warenkorb“ und dessen quantitative Bewertung, das „Wägungsschema“, abgeleitet.

rechnungen über längere Perioden. Kinder bleiben ein oder vier Jahre alt (siehe Kasten), werden offenbar nicht älter und haben folglich keine sich ändernden Ansprüche an Spielzeug, Urlaubsziele, Ernährung und Kleidung (das auch im FOCUS bei anderen Gelegenheiten gern und heiß diskutierte Problem „Kids wollen Markenklamotten“ statt No-Name-Kleidung gibt es nicht); ein Umzug beispielsweise in eine Wohnung in Innenstadtlage ist nicht vorgesehen; die Auto- oder Waschmaschinenmarke wird offenbar nie gewechselt, ebenso wie die Anschaffung eines Haushaltsgeräts nie mit erspartem Geld finanziert werden kann/darf; ein „Ausgehen“ der Eltern zum McDonald’s-Konkurrenten Burger King oder in eine deutsche Kneipe oder „zum Türken“ ist ebenso ausgeschlossen wie ein Theater- oder Konzertbesuch („Ausgehen“ der Eltern heißt „Fast Food bei McDonald’s“ oder „Kino“, basta!); die Mutter wird ihren Führerschein über Jahre (vergeblich) zu erwerben versuchen. Vermisst wird bei diesen präzisen Vorgaben fast schmerzlich die von der Mutter bevorzugte Zigarettenmarke (vermutlich ein No-Name-Produkt) und die Anzahl der gelegentlich gerauchten Zigaretten, der Name des Lieblingsfußballvereins des Vaters (vielleicht ein No-Name-Verein) und das Alter des gelegentlich beschäftigten Kindermädchens (vergütungsrelevant).

Wie man sieht, ist es recht einfach, mit spitzem Finger auf einen anderen zu zeigen, umso mehr dann, wenn dieser sich selbst schmückt mit Prädikaten wie „Qualität“ oder „realistisch“ oder vollmundig tönt „Der FOCUS-Index misst besser“.

Man muss gar nicht erst auf den Teilkomplex „Datenerhebung“ eingehen, um feststellen zu können, dass der FOCUS-Index das Eigenlob nicht verdient. Deshalb muss man den amtlichen Verbraucherpreisindex, der durchaus Schwächen hat, nicht schön reden: Kritik und Anregungen für Verbesserungen sind in den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern jederzeit erwünscht. Nur: Der große Wurf ist FOCUS und empirica *Delasasse* nicht gelungen, und die herbe Kritik an ihrem Produkt müssen beide schon einstecken.

Die Liste der Kuriositäten ließe sich fast beliebig fortsetzen. Einkaufsziele und Einkaufsverhalten aller vier Haushaltstypen beispielsweise – in den FOCUS-Index sollen auch derartige nicht-messbare Größen eingehen – scheinen ebenfalls fix zu sein. Bei den Verkaufsstellen, in denen Preise erhoben werden, soll nicht nur ein Preis je Produkt,

sondern das gesamte Sortiment berücksichtigt werden. Außerdem gehen, so das Magazin stolz, die Preise von Supermärkten wie Aldi, Tengelmann oder Penny „ihren realen Marktanteilen entsprechend“ (die vermutlich auch nicht schwanken und sich verändern – was natürlich auch für das jeweilige Sortiment dieser Ketten gilt) in den FOCUS-Index ein.

Auch die Einbeziehung von „Geldanlagen in Rentenpapieren und Dax-Werten“ in einen „Lebenshaltungskostenindex à la FOCUS“ erschließt sich dem Betrachter nicht, selbst wenn diese durch das Magazin als „Geldanlagen für die Altersicherung“ gewertet werden. Mit einer vergleichbaren Argumentation könnte man auch die Bildung einer Rücklage für die Kosten der eigenen Beerdigung als „Lebenshaltungskosten“ definieren.

Warum unter den vier „Haushalts- und Konsumtypen“ ausgerechnet dem Single (Geschlecht übrigens offenbar männlich) der höchste Bruttolohn zugeordnet wurde, warum die Durchschnittsfamilie (Typ 2) nur einen Verdiener und zwei Kinder, der Haushalt Typ 3 aber zwei Einkommen und nur ein Kind hat – woher diese „realistischen Annahmen“ stammen, erschließt sich ebenfalls nicht. Der Mikrozensus wird jedenfalls als Quelle nicht heranzuziehen sein.

Auf weitere Kritikpunkte soll hier nicht mehr eingegangen werden. Dem FOCUS-Index in diesem Beitrag noch mehr Raum zu geben, hieße, ihm zu viel Ehre anzutun. Dem methodisch-wissenschaftlichen Anspruch der amtlichen Statistik – und auch den eigenen Ansprüchen – kann dieses Produkt nicht genügen.

Trotz abflachender „Teuro“-Debatte geringere Euro-Akzeptanz

Nach den „politischen Sommerferien“ und dem daraus resultierenden themenarmen „Sommerloch“ für die Medien sowie mit dem Versuch des Münchner Magazins, den amtlichen Verbraucherpreisindex mit einem eigenen Index vom Markt zu verdrängen, war der Höhepunkt der „Teuro“-Debatte in Deutschland überschritten. Das Thema flackerte hier und da noch einmal auf, hatte aber nicht mehr die Kraft zu einem Flächenbrand und verschwand langsam, wenn auch nicht aus allen Blättern, dann doch zumindest aus den vorderen Seiten. Sowohl die von der amtlichen Statistik gemeldeten monatlichen Teuerungsraten (siehe

Abbildung Seite 31) als auch deren zunehmende Übereinstimmung mit den „gefühlten Werten“ der Verbraucher an den Ladenkassen trugen deutlich zur Beruhigung bei.

Die Einstellung der Deutschen zu ihrer neuen Währung verschlechterte sich dennoch: Hatten im Januar 2002 noch zwei Drittel der in der Bundesrepublik lebenden Konsumenten die Euro-Bargeldeinführung begrüßt, lag die entsprechende Quote gegen Jahresende 2002 nur noch bei rd. 41 % [22].

Experten erklären dies mit der unterschweligen Hartnäckigkeit des „Teuro“-Verdachts und einem nach wie vor fehlenden Preisgefühl. Dieses resultiere aus dem Vergleich aktueller Preise mit früheren Sonderangebotspreisen, an die man sich eher erinnere als an den früheren „Normalpreis“. Aber auch die in den Köpfen immer noch stattfindende „Rückrechnung“ von Euro-Preisen in DM-Preise durch viele Käufer – Umfragen zufolge rechnete auch Monate nach der Euro-Bargeldeinführung die Mehrzahl der Verbraucher noch auf DM-Basis – trage zu der mangelnden Akzeptanz bei. Allein die in Deutschland übliche Umrechnungs-Faustformel „1 Euro = 2 DM“ (statt richtig: 1 Euro = 1,95833 DM) führe jedoch zu einem Fehler von 2,25 % – zu Lasten des Euro, der als um diesen Wert „teurer“ empfunden werde [22].

EZB-Präsident desavouiert amtliche Statistik im Euro-Land

Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, dass eine Äußerung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Wim Duisenberg, kurz vor Jahresende 2002 nicht wie eine Bombe einschlug. Zur Verblüffung vieler Fachleute sprach Duisenberg, immerhin oberster Währungshüter Europas und damit zuständig für die Geldwertstabilität in der EU, ohne einen besonderen Anlass von „Fehlern“ bei der Beurteilung der Euro-Inflation.

„Wir haben nur zögernd zur Kenntnis genommen, dass die Umstellung in gewissem Maße Preis steigernd gewirkt hat“, sagte Duisenberg nach Angaben der belgischen Zeitung „De Financieel Tijd“ in deren Ausgabe vom 26. Dezember 2002. „Wir hätten da einfach ehrlicher sein sollen“, habe der EZB-Chef dem niederländischen Fernsehsender RTLZ gesagt [23].

Bis zu diesen überraschenden Äußerungen ihres Präsidenten hatte die EZB immer den Standpunkt vertreten, die Euro-Bargeldeinführung habe die Inflation in der Euro-Zone nicht angeheizt. Es sei nur ein „Gefühl“ gewesen, dass mit dem Euro die Preise gestiegen seien. Nun vollzog Duisenberg eine Wende; er sagte, zusätzlich zu seinem „Schuldeingeständnis“, wäre man ehrlicher gewesen, hätte man vermutlich auch besser erklären können, warum der gesamte Warenkorb, nach dem in Europa die Geldentwertung gemessen werde, sich nicht in dem Maße verändert habe [23].

Was den EZB-Präsidenten zu seinen Äußerungen veranlasste, ist nicht nachzuvollziehen. Denn gegen ihn sprechen alle Aussagen des Statistikamts der EU, Eurostat, die Daten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU (HVPI) und nicht zuletzt die beiden umfassenden Studien der deutschen amtlichen Statistik und der Deutschen Bundesbank, die den Versuch machten, aus den für die Berechnung des deutschen Verbraucherpreisindex erhobenen Basisdaten Sachverhalte und Tendenzen der möglichen Auswirkungen der Euro-Bargeldeinführung auf die deutschen Verbraucherpreise nachzuweisen und offen zu legen, soweit dies mit hinreichender wissenschaftlicher Genauigkeit überhaupt herauszufiltern bzw. zu erklären war.

Das Fatale an den Äußerungen Duisenbergs ist aber nicht seine von den Stimmen der Fachleute abweichende Meinung, sei sie nun fundiert (Frage: wodurch) oder „aus dem Bauch heraus“ formuliert und der Interviewsituation geschuldet. Wirklich „schlimm“ – und von der amtlichen Statistik, die gesetzlich und nach ihren international vereinbarten Ethik-Grundsätzen zur Wahrheit verpflichtet ist, nicht ohne Widerspruch hinzunehmen – ist der Generalverdacht, unter den der EZB-Präsident mit seinen Aussagen die Statistik-Ämter aller Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion und auch das EU-Statistikamt stellt: Man habe dort unisono gemogelt oder „die Wahrheit zurückgehalten“. Ungerechtfertigt ist auch die gleichzeitige Abqualifizierung der täglichen Arbeit dieser Ämter, die unter Zugrundelegung der ihnen vorgegebenen Methoden und der von ihnen erhobenen Daten die monatliche Teuerung nicht besser messen können, als sie dies tun – und die damit bisher und auch in Zukunft eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Geldpolitik der EZB bereitstellen.

Es spricht für die Experten, dass man die Duisenberg'schen Äußerungen mehr oder weniger nur mit einem Kopfschütteln zur Kenntnis nahm und nicht in eine öffentliche Auseinandersetzung eintrat. Und auch die Medien griffen die Steilvorlage aus der EZB-Spitze nicht auf. Duisenberg fand zwar Beachtung, z.B. in einem größeren Artikel und in einem Kommentar auf der Titelseite des Tagesspiegel [23], ein Aufschrei ging aber nicht durch die Gazetten.

Was zum Jahresende blieb

Zum Jahreswechsel 2002/2003 gab es in vielen Zeitungen ein Resümee zu „einem Jahr Euro“. Danach war für die Mehrzahl der Menschen in Deutschland die Euro-Bargeldeinführung eine, wenn nicht die einschneidendste Veränderung des abgelaufenen Jahres. Der Tagesspiegel titelte: „Der Teuro verliert seinen Schrecken“. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid befragte im Auftrag der Berliner Morgenpost 750 Berlinerinnen und Berliner über ihre Einstellung zur neuen Währung. 13 % der Hauptstädter sahen eher persönliche Vorteile, 64 % eher persönliche Nachteile durch den Euro, 23 % meinten, es habe sich nichts Wesentliches durch den Euro verändert [24].

Einzelhandel und Gastgewerbe beklagten die spürbare Zurückhaltung der Kundschaft. Die Bürgerinnen und Bürger schenkten, wie auch Anrufe bei den Preisstatistikern des Statistischen Landesamtes Berlin und Diskussionen mit ihnen in öffentlichen Foren (beispielsweise im Rahmen der Veranstaltungen der „Sommer-Universität“ der Freien Universität Berlin) belegten, nach wie vor den Preisen für die kleinen Dinge des täglichen Lebens weit mehr Beachtung als den großen Ausgabepositionen, wie z.B. Miete, obwohl diese das monatliche Haushaltsbudget ungleich mehr belasten und statistisch ein entsprechend viel größeres Gewicht erhalten.

Die Berliner Zeitung brachte das Ausklingen der Debatte um „amtlich gemessene“ und „gefühlte“ Inflation auf den Punkt: „Die Politik wie auch die Verbraucherschützer haben den Teuro mittlerweile zu den Akten gelegt. Die Teuro-Sheriffs sind nach Hause gegangen. Das Künast'sche Preis-Wert-Forum im Internet hat am 30. November seine Pforten geschlossen. 1 500 Beschwerden über Preiserhöhungen ruhen dort, „man kann sie noch eine Weile nachlesen“, sagt

Carel Mohn, Sprecher des Bundesverbandes Verbraucherzentrale. „Konsequenzen oder eine Fortsetzung seien nicht geplant.“ [25]

Für die amtliche Preisstatistik in Deutschland stand turnusmäßig eine zentrale Aufgabe an, die ihre ganze Aufmerksamkeit erforderte: die umfangreiche Preisindex-Revision zum 1. Januar 2003, verbunden mit einer Überarbeitung von statistischem Warenkorb und Wägungsschema und mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Preisbasisjahr 2000 (= 100).

Zusammenfassung

Die öffentliche Diskussion über die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland nach der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 erbrachte einen Dissens zwischen der amtlich gemessenen und der so genannten „gefühlten Inflation“. Die Verbraucherpreisstatistik sah sich der von Verbrauchern und Verbraucherorganisationen, verschiedenen Politikern und Medien vertretenen Meinung gegenüber, die Teuerungsrate methodisch-systematisch zu unterzeichnen und die jedem Verbraucher an der Ladenkasse offenkundigen – in der öffentlichen Meinung weitgehend dem „teuren Euro“ zugeschriebenen – zum Teil massiven Preissteigerungen für bestimmte Waren und Dienstleistungen nicht richtig zu erfassen bzw. im Verbraucherpreisindex nicht richtig abzubilden.

Von interessierter wissenschaftlicher Seite wie von einigen Medien wurde behauptet, man könne die „gefühlte Inflation“ (einen individuell subjektiven Wert) objektiv messen, es wurden entsprechende Modelle entwickelt und Ergebnisse veröffentlicht, die zum Teil mehr als das Doppelte der amtlichen Teuerungsrate ausmachten, deren Zustandekommen aber nicht gleichermaßen kritisch gewürdigt wurde wie der Preisindex für die Lebenshaltung. Die amtliche Statistik hatte einige Mühe, in den Medien ihr methodisch-wissenschaftliches Verfahren darzustellen und die von ihr berechneten Daten zu verteidigen.

Der Kampf gegen den vermeintlich „teuren Euro“ und gegen die hohe „gefühlte Inflation“ führte insbesondere auch in Deutschland zu Boykottaufrufen von Verbraucherseite und zu einigen hektischen Verlautbarungen und Re-

aktionen von Regierungsvertretern. Einzelhandel und Gastgewerbe verzeichneten angesichts zunehmender Zurückhaltung ihrer Kundschaft hohe Umsatzeinbrüche und setzten deshalb Personal frei, angesichts der hohen allgemeinen Arbeitslosenquote ein sehr negatives Ergebnis der Verunsicherung der Verbraucher. Das Magazin FOCUS ließ einen eigenen Index entwickeln und sprach dem deutschen Verbraucherpreisindex die Qualität ab, konnte aber nicht den Nachweis für eine bessere Qualität des eigenen Produkts erbringen.

Im Herbst flaute die „Teuro-Debatte“ ab; dennoch verlor der Euro an Akzeptanz in der Bevölkerung.

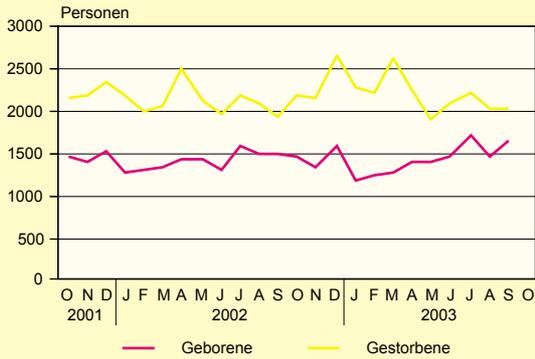
Zum Jahreswechsel 2002/2003 war die Debatte um den „Teuro“ und um die „amtlich gemessene“ und „gefühlte“ Inflation ausgeklungen, nicht zuletzt angesichts der unter den Vergleichswerten des Vorjahres liegenden Teuerungsraten in Deutschland. Die Einstellung der Deutschen zu ihrer neuen Währung verschlechterte sich dennoch auf einen Wert knapp über 40 %.

Quellennachweis

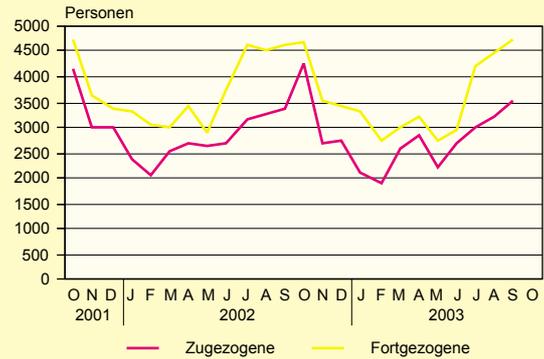
- [1] Engels, E.: Zum Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2002, Heft 5, S. 172 ff.
- [2] Zum Einfluss der EURO-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung; Arbeitspapier des Statistischen Bundesamtes; März 2002.
- [3] Neumann, P.: „Euro-Tagebuch“; <http://www.impulse.de/son/art/154659.html>
- [4] Chlumsky, J.: Preisentwicklung im Jahr 2002; „Wirtschaft und Statistik“ Heft 1/2003, S. 63
- [5] Brockhaus – Die Enzyklopädie in 24 Bänden; 20. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Band 10; Leipzig 1997, S. 519 f.
- [6] Der Tagesspiegel vom 28. November 2002.
- [7] Pressemitteilung Nr. 230/02 des Statistischen Bundesamtes vom 2. Juli 02.
- [8] Europäische Zentralbank, Monatsbericht Juni 2003, S. 6.
- [9] Zitiert nach Handelsblatt vom 7. Juli 2003.
- [10] Sechs Monate Euro – Eine Zwischenbilanz der amtlichen Statistik; Arbeitspapier des Statistischen Bundesamtes, Juli 2002.
- [11] Engels, E.: Zu den Auswirkungen der Revision des Preisindex für die Lebenshaltung auf Wertsicherungsklauseln; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2003, Heft 2, S. 65 f.
- [12] Der Tagesspiegel vom 30. Mai 2002.
- [13] Zitiert nach Berliner Morgenpost vom 31. Mai 2002.
- [14] Handelsblatt vom 8. Juni 2002.
- [15] Der Tagesspiegel vom 1. Juni 2002.
- [16] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 2002.
- [17] Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 2002.
- [18] dpa vom 28. August 2002.
- [19] Statistisches Landesamt Berlin: Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Handel und Gastgewerbe in Berlin; „Berliner Statistik“ – Statistischer Bericht G I 1 / G IV 3 – m 01/03.
- [20] Handelsblatt vom 22. Januar 2003.
- [21] FOCUS Nr. 32/2002 vom 5. August 2002, S. 137 ff.
- [22] lt. ZDF-Politbarometer, zitiert aus Berliner Zeitung vom 17. Dezember 2002.
- [23] Zitiert nach Der Tagesspiegel vom 30. Dezember 2002.
- [24] Berliner Morgenpost, Silvesterausgabe 2002.
- [25] Berliner Zeitung vom 17. Dezember 2002.

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

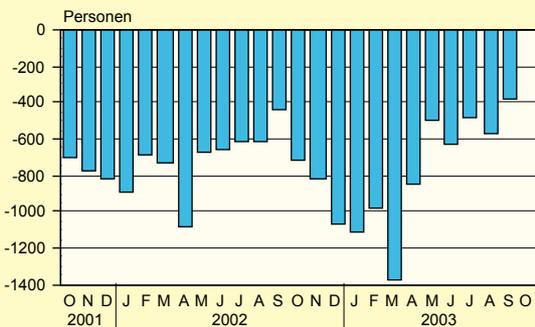
Geborene und Gestorbene



Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene

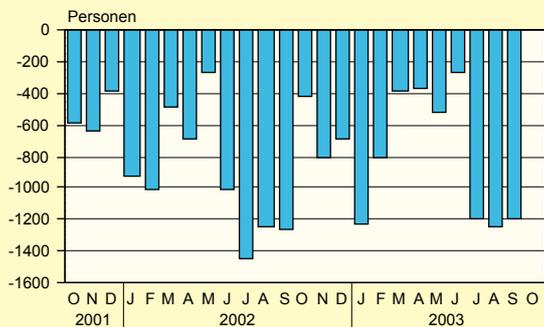


Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



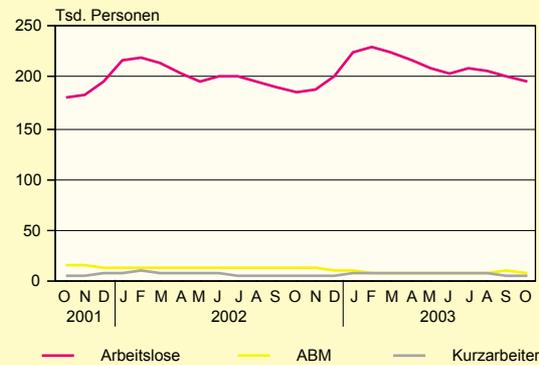
Thüringer Landesamt für Statistik

Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)

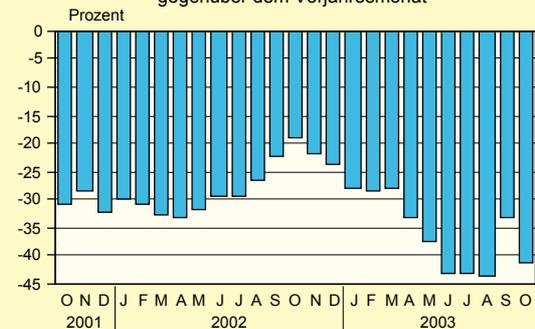


Thüringer Landesamt für Statistik

Arbeitsmarkt

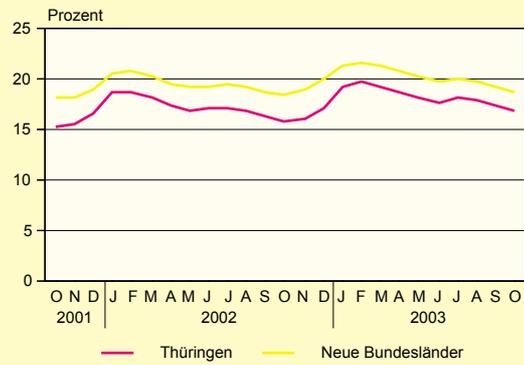


Veränderung der Zahl der Beschäftigten in ABM gegenüber dem Vorjahresmonat

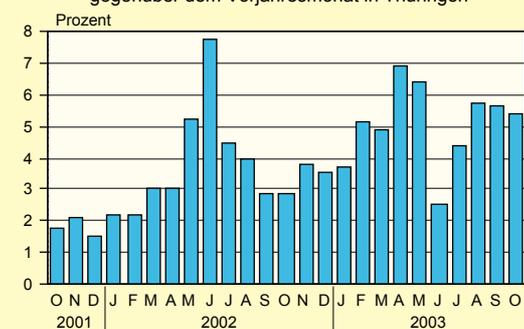


Thüringer Landesamt für Statistik

Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

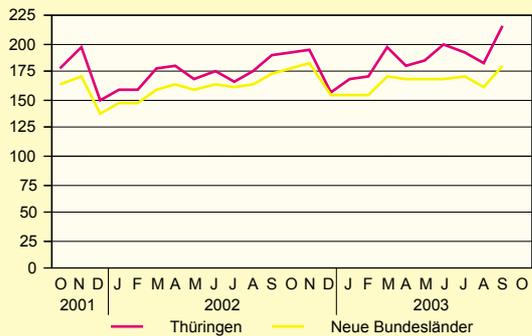


Thüringer Landesamt für Statistik

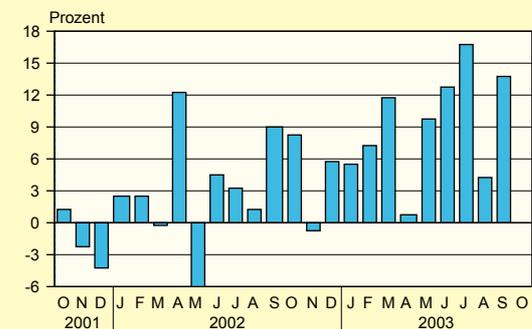
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Produktionsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Basis: 1995 = 100



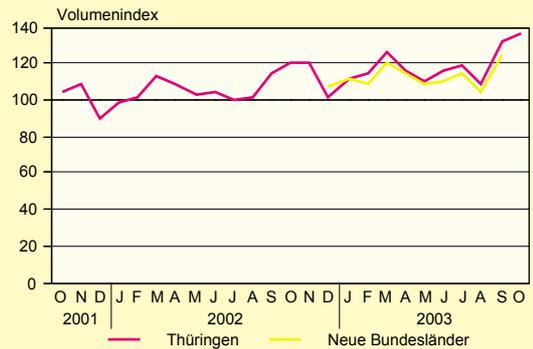
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



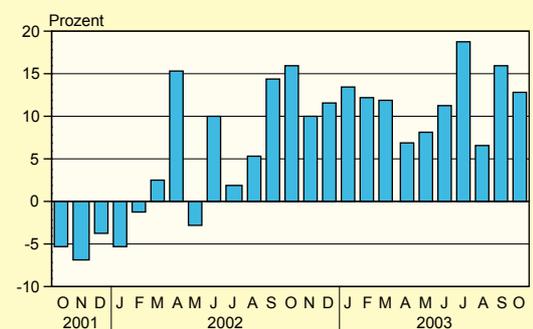
Thüringer Landesamt für Statistik

Auftragseingangindex Verarbeitendes Gewerbe

Basis: 2000 = 100



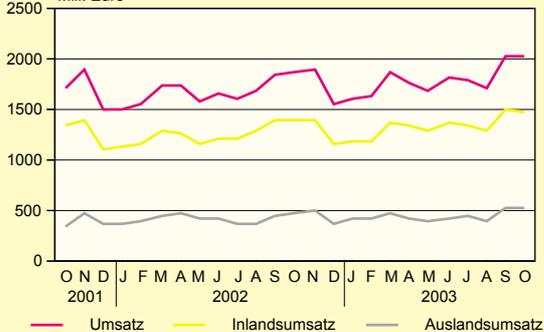
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



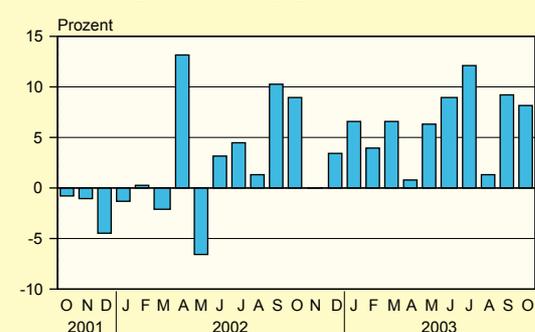
Thüringer Landesamt für Statistik

Umsatz Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Mill. Euro



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

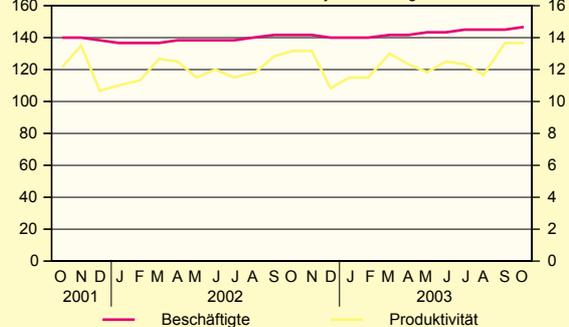


Thüringer Landesamt für Statistik

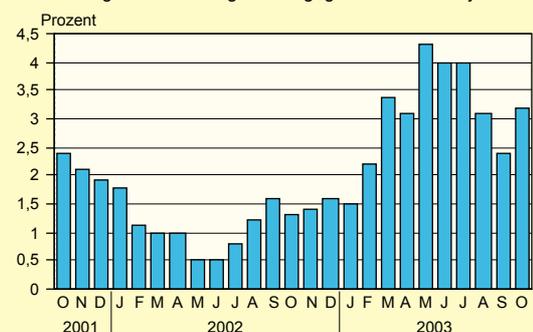
Beschäftigte und Produktivität Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Tsd. Personen

Umsatz je Beschäftigten in Tsd. Euro



Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

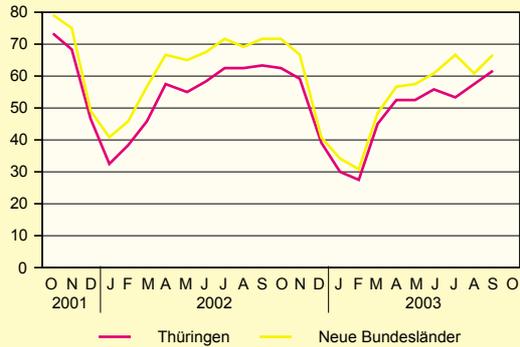


Thüringer Landesamt für Statistik

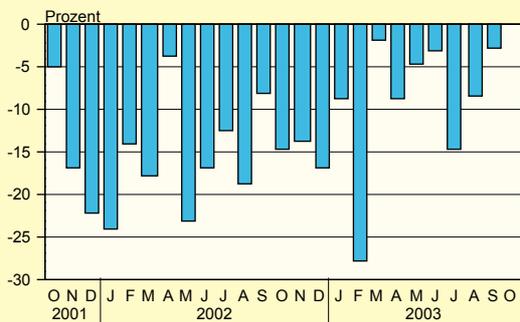
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Produktionsindex Bauhauptgewerbe

Basis: 1995 = 100



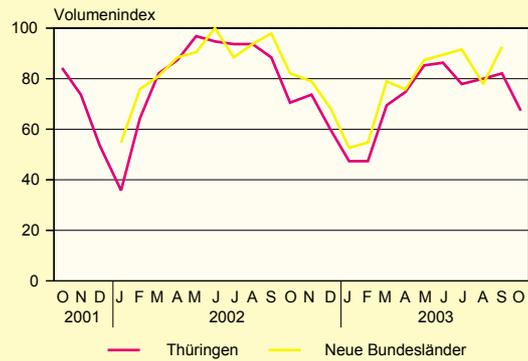
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



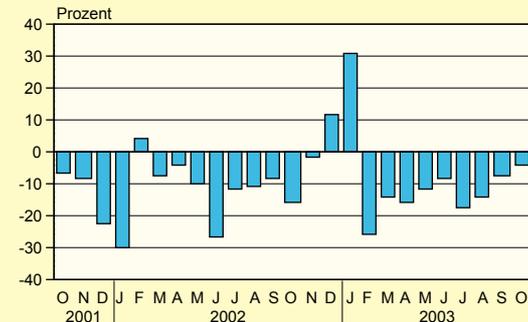
Thüringer Landesamt für Statistik

Auftragseingangsindex Bauhauptgewerbe

Basis: 2000 = 100



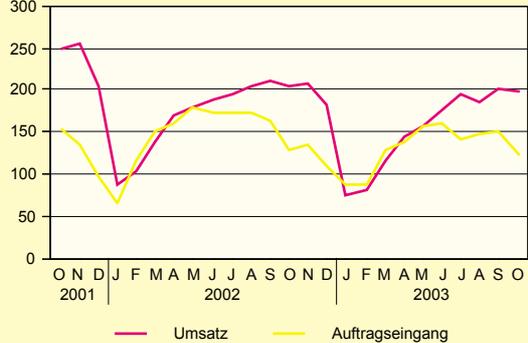
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



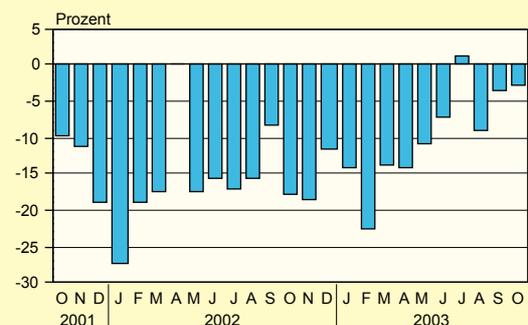
Thüringer Landesamt für Statistik

Umsatz und Auftragseingang Bauhauptgewerbe

Mill. Euro



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

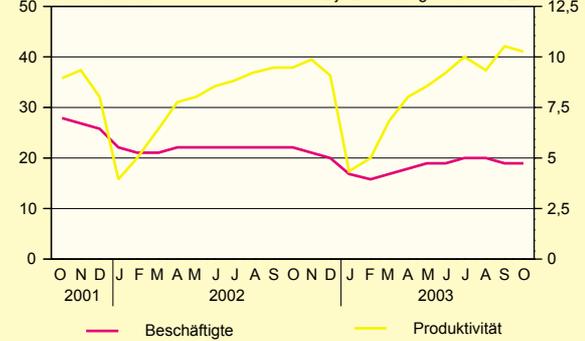


Thüringer Landesamt für Statistik

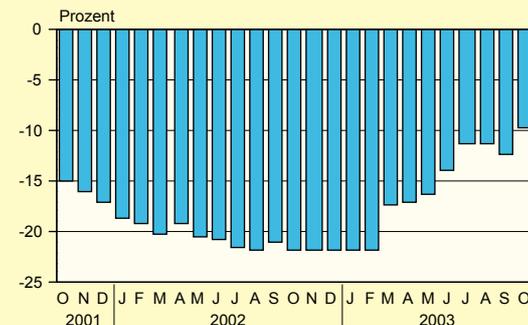
Beschäftigte und Produktivität Bauhauptgewerbe

Tsd. Personen

Umsatz je Beschäftigten in Tsd. Euro



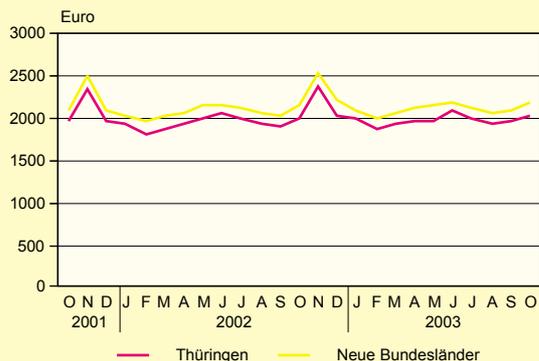
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



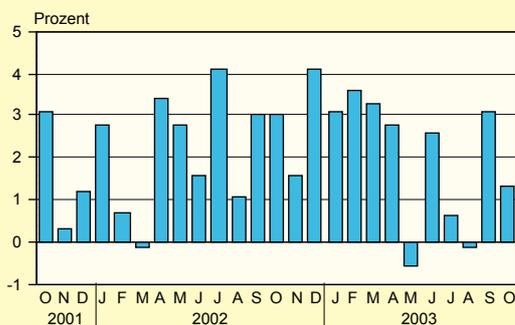
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Bruttolohn/Bruttogehalt je Beschäftigten Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

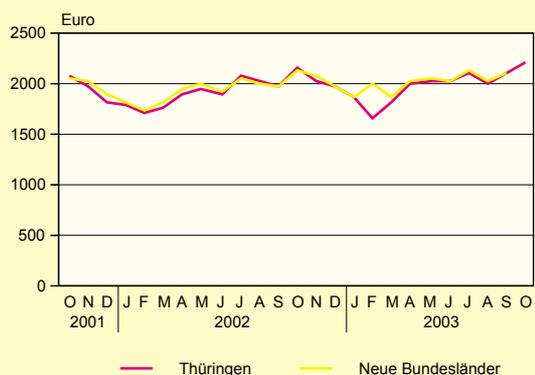


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

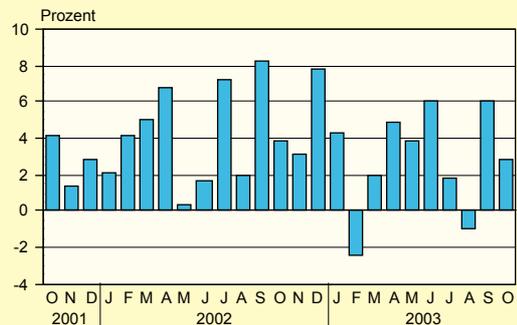


Thüringer Landesamt für Statistik

Bruttolohn/Bruttogehalt je Beschäftigten Bauhauptgewerbe

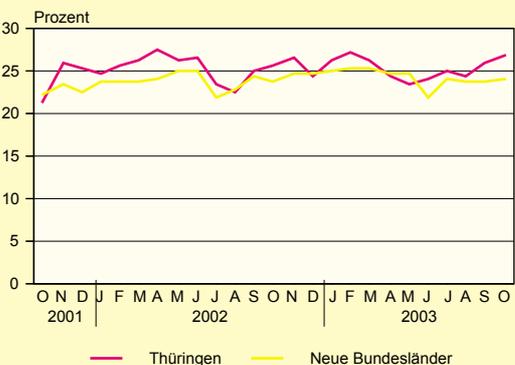


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

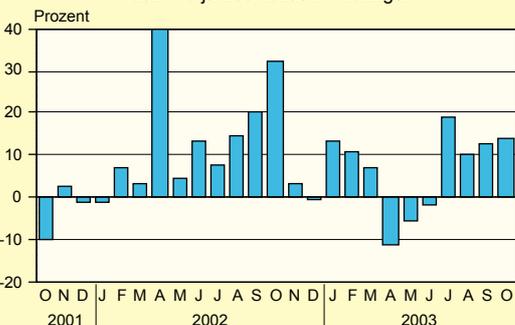


Thüringer Landesamt für Statistik

Exportquote Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

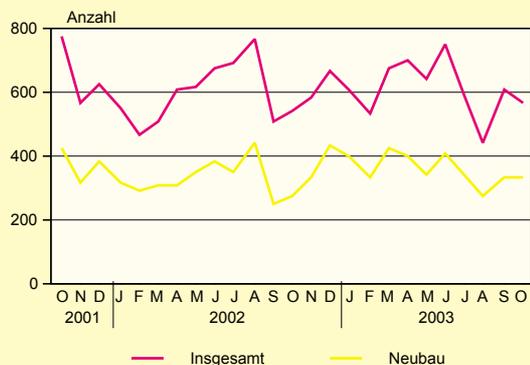


Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

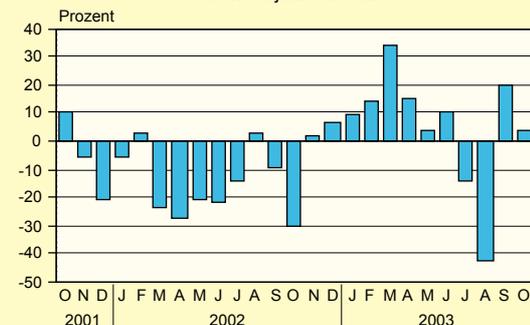


Thüringer Landesamt für Statistik

Baugenehmigungen



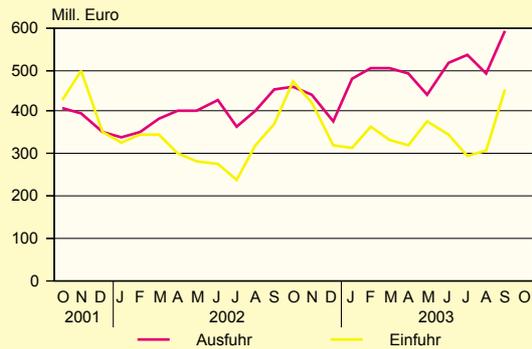
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



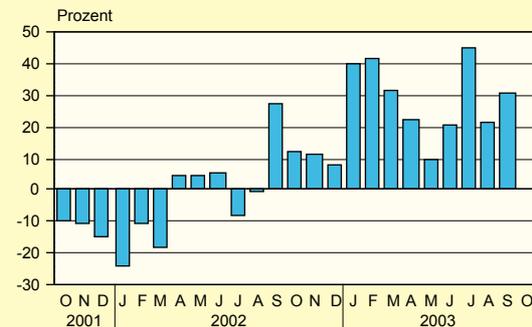
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Außenhandel



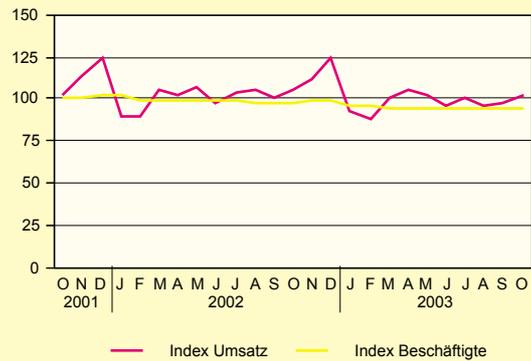
Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat



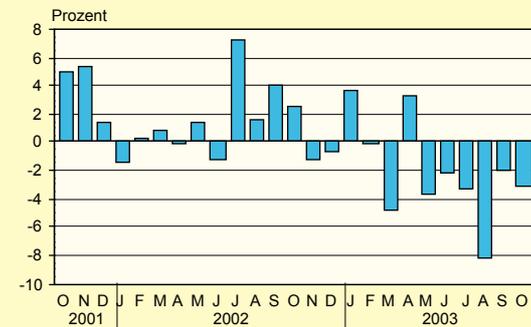
Thüringer Landesamt für Statistik

Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Basis: 2000 = 100



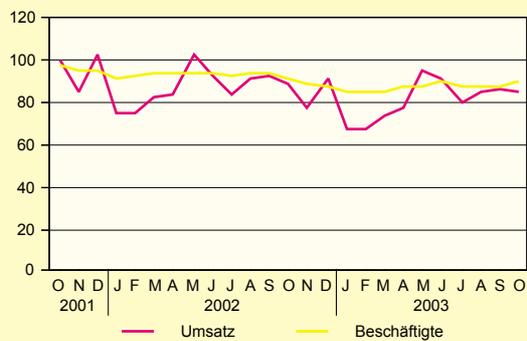
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



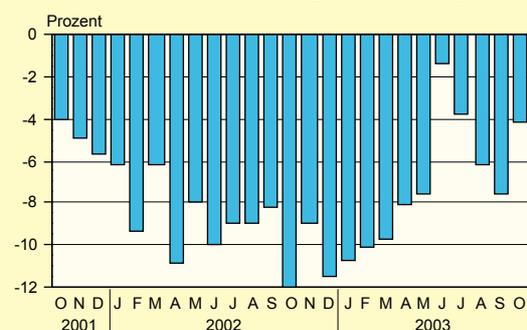
Thüringer Landesamt für Statistik

Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

Basis: 2000 = 100

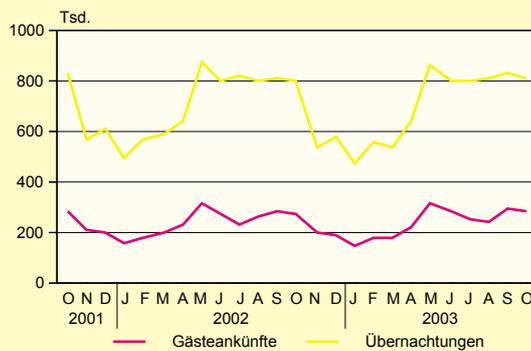


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

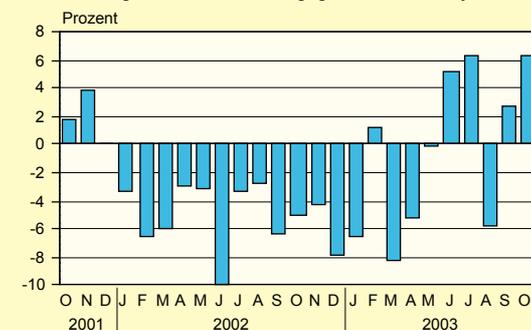


Thüringer Landesamt für Statistik

Beherbergungen



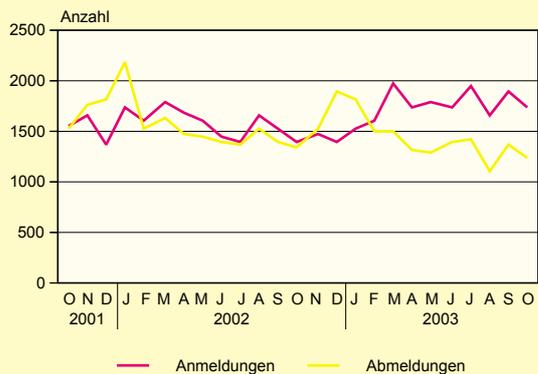
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



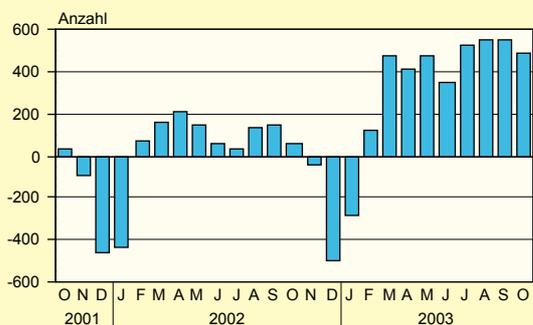
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Gewerbean- und -abmeldungen

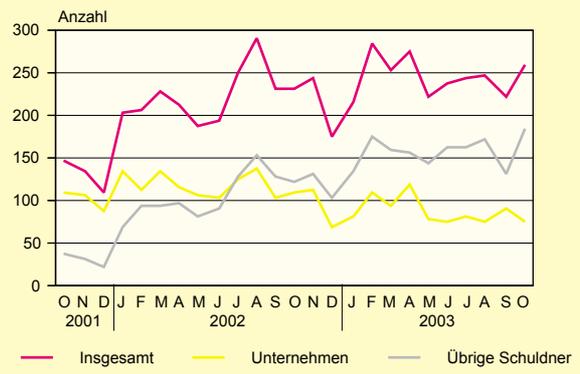


Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen

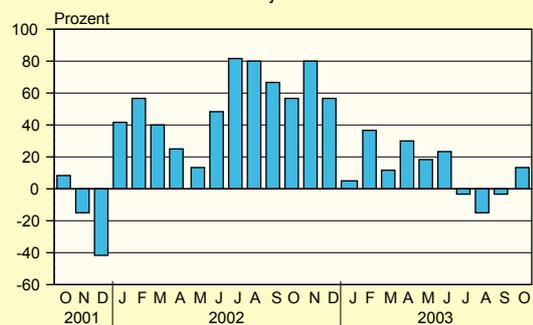


Thüringer Landesamt für Statistik

Insolvenzen

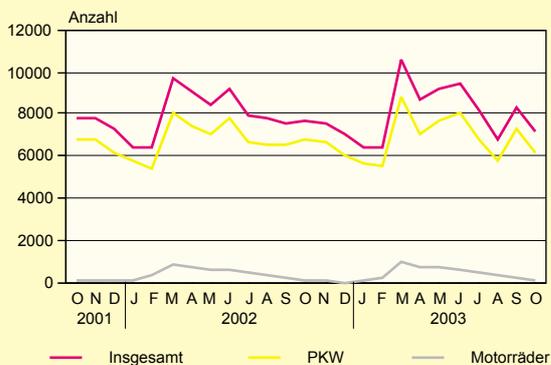


Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat

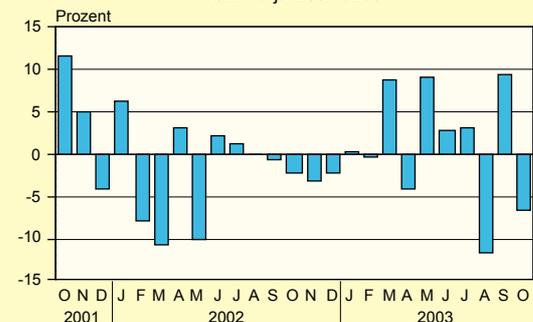


Thüringer Landesamt für Statistik

Zulassung neuer Kraftfahrzeuge

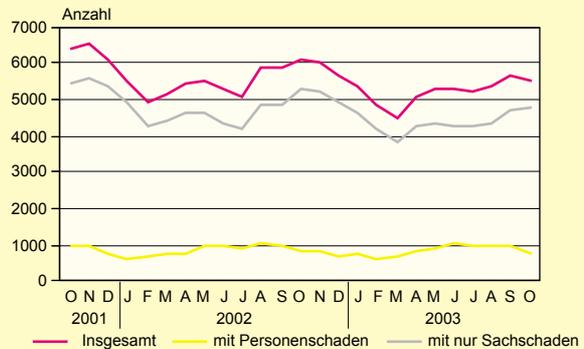


Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat

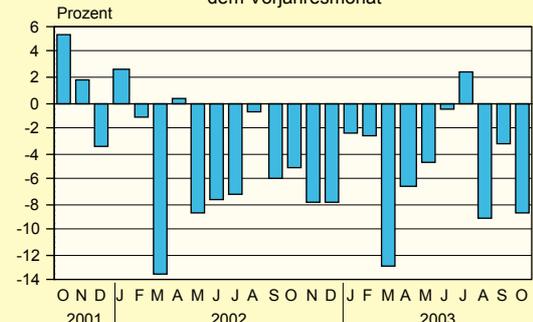


Thüringer Landesamt für Statistik

Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



Thüringer Landesamt für Statistik

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 2003 im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	July	August	September	Oktober	July	August	September	Oktober
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,7	0,0	0,0	0,0	6,9	5,1	3,6	3,7
Beschäftigte	0,7	0,9	0,2	0,3	4,0	3,1	2,4	3,2
Umsatz	- 0,9	- 5,0	18,4	0,1	12,1	1,3	9,1	8,1
dav. Inlandsumsatz	- 2,0	- 4,5	16,1	- 1,2	10,1	- 1,3	7,9	6,1
Auslandsumsatz	2,8	- 6,4	25,6	3,7	18,7	10,0	12,7	13,7
Umsatz je Beschäftigten	- 1,5	- 5,8	18,3	- 0,2	7,8	- 1,8	6,6	4,7
Geleistete Arbeitsstunden	4,5	- 8,6	12,2	0,1	8,8	- 6,3	3,3	3,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	- 3,8	- 3,0	2,1	3,7	4,6	3,1	5,5	4,6
Produktionsindex	- 2,9	- 5,3	18,4	...	16,9	4,3	13,8	...
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2,8	- 8,7	22,1	3,0	18,9	6,6	16,2	13,1
Inland	- 0,2	- 6,1	18,7	- 0,1	14,8	3,5	16,1	8,6
Ausland	9,9	- 14,4	30,4	9,9	29,1	15,1	16,4	23,2
Bauhauptgewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,0	0,0	- 1,4	- 1,9	- 16,9	- 15,9	- 17,3	- 10,8
Beschäftigte	2,4	0,3	- 1,3	0,3	- 11,2	- 11,2	- 12,5	- 9,8
Umsatz	12,2	- 5,4	9,5	- 2,0	1,1	- 9,0	- 3,5	- 2,7
Umsatz je Beschäftigten	9,6	- 5,7	10,9	- 2,3	13,9	2,6	10,2	7,9
Geleistete Arbeitsstunden	14,4	- 11,5	7,7	- 1,9	- 5,4	- 15,0	- 9,6	- 8,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,1	- 5,1	3,6	5,8	- 9,7	- 12,1	- 7,3	- 7,3
Volumenindex des Auftragseingangs	- 10,7	3,9	2,1	- 17,6	- 17,1	- 13,7	- 7,2	- 4,0
Produktionsindex	- 4,5	6,6	8,1	...	- 14,5	- 8,3	- 2,8	...
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}								
Betriebe	.	.	- 0,3	.	.	.	- 14,2	.
Beschäftigte	.	.	- 0,2	.	.	.	- 12,7	.
Umsatz	.	.	6,4	.	.	.	- 11,9	.
Umsatz je Beschäftigten	.	.	6,5	.	.	.	1,0	.
Gewerbeanzeigen ³⁾								
Gewerbeanmeldungen	12,2	- 14,2	14,5	...	39,5	0,7	24,0	...
Gewerbeabmeldungen	1,8	- 21,2	22,3	...	4,0	- 26,9	- 2,3	...
Insolvenzen	1,7	1,6	- 9,3	16,5	- 3,2	- 15,1	- 3,0	13,0
Preisindex für die Lebenshaltung	0,2	- 0,1	0,0	0,0	1,0	1,1	1,2	1,2
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	2,2	- 1,2	- 2,9	- 2,8	4,4	5,7	5,6	5,4
Kurzarbeiter	- 11,4	- 4,0	- 4,6	- 9,3	18,6	4,6	- 4,0	- 4,7
Offene Stellen	- 0,4	2,8	- 8,0	- 9,8	- 26,7	- 23,7	- 24,1	- 24,7
Beschäftigte in ABM	1,1	2,3	21,8	- 12,8	- 43,0	- 43,4	- 33,2	- 41,1

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren - Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutsch- land insgesamt
September 2003							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾							
Betriebe	Anzahl	1 940	8 191	40 092	48 283	23,7	4,0
Beschäftigte	1000	146	639	5 508	6 147	22,9	2,4
Umsatz	Mill. Euro	2 017	10 108	110 570	120 678	20,0	1,7
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 495	7 724	66 735	74 459	19,4	2,0
Auslandsumsatz	Mill. Euro	522	2 383	43 835	46 218	21,9	1,1
Umsatz je Beschäftigten	Euro	13 806	15 827	20 074	19 632	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	20 911	91 197	710 732	801 929	22,9	2,6
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. Euro	287	1 329	16 747	18 076	21,6	1,6
Produktionsindex	1995 = 100	216,1	179,4	119,5	122,9	x	x
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2000 = 100	132,7	125,0	100,8	102,4	x	x
Inland	2000 = 100	125,5	121,4	95,7	97,9	x	x
Ausland	2000 = 100	151,8	133,7	106,8	108,0	x	x
Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Betriebe	Anzahl	411	2 448	6 633	9 081	16,8	4,5
Beschäftigte	1000	19	122	344	466	15,8	4,2
Umsatz	Mill. Euro	203	1 346	4 095	5 441	15,1	3,7
Umsatz je Beschäftigten	Euro	10 478	11 008	11 900	11 666	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 403	14 939	38 932	53 871	16,1	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. Euro	40	255	946	1 202	15,8	3,4
Volumenindex des Auftragseingangs	2000 = 100	81,8	92,7	93,5	93,3	x	x
Produktionsindex	1995 = 100	63,8	67,2	92,4	86,9	x	x
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}							
Betriebe	Anzahl	309	7 963	...	3,9
Beschäftigte	1000	10	64	235	299	15,7	3,4
Umsatz	Mill. Euro	210	7 216	...	2,9
Umsatz je Beschäftigten	Euro	20 820	24 126	x	x
Gewerbeanzeigen ³⁾							
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	1 906
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 362
Insolvenzen							
	Anzahl	224	8 659	...	2,6
Preisindex für die Lebenshaltung							
	2000 = 100	104,8	103,9 ⁴⁾	104,7 ⁴⁾	104,5	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	201 324	1 553 858	2 652 978	4 206 836	13,0	4,8
Kurzarbeiter	Anzahl	6 067	29 957	138 873	168 830	20,3	3,6
Offene Stellen	Anzahl	9 826	68 597	261 439	330 036	14,3	3,0
Beschäftigte in ABM	Anzahl	9 201	68 375	19 227	87 602	13,5	10,5

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

4) ohne Berlin

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren - Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderungen September 2003							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2	3,6	- 0,8	- 3,9	- 3,4
Beschäftigte	0,2	0,1	0,0	0,0	2,4	- 0,1	- 2,8	- 2,6
Umsatz	18,4	14,1	22,6	21,9	9,1	7,9	0,9	1,5
darunter: Inlandumsatz	16,1	14,4	18,4	18,0	7,9	9,8	0,3	1,2
Auslandsumsatz	25,6	13,0	29,6	28,6	12,7	2,0	1,9	1,9
Umsatz je Beschäftigten	18,3	14,0	22,6	21,9	6,6	8,0	3,8	4,2
Geleistete Arbeitsstunden	12,2	9,9	14,5	14,0	3,3	1,9	- 1,5	- 1,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	1,2	1,1	1,1	5,5	2,4	0,8	0,9
Produktionsindex	18,4	11,4	21,6	20,6	13,9	4,0	- 0,2	0,1
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	22,1	19,6	18,9	18,9	16,2	14,4	2,5	3,4
Inland	18,7	19,8	16,4	16,7	16,1	15,5	1,2	2,5
Ausland	30,4	19,2	21,5	21,5	16,4	12,0	4,1	4,4
Bauhauptgewerbe ¹⁾								
Betriebe	- 1,4	- 0,8	- 0,4	- 0,5	- 17,3	- 15,4	- 8,5	- 10,5
Beschäftigte	- 1,3	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 12,5	- 11,4	- 9,2	- 9,8
Umsatz	9,5	5,0	6,2	5,9	- 3,5	0,1	- 4,1	- 3,1
Umsatz je Beschäftigten	10,9	5,4	6,3	6,1	10,2	13,0	5,6	7,4
Geleistete Arbeitsstunden	7,7	9,4	23,6	19,3	- 9,6	- 7,2	- 4,5	- 5,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,6	3,7	- 0,9	0,1	- 7,3	- 6,1	- 5,4	- 5,5
Volumenindex des Auftragseingangs	2,1	18,7	15,6	16,2	- 7,2	- 4,7	- 9,6	- 8,6
Produktionsindex	8,0	9,8	26,2	23,1	- 2,8	- 7,1	- 0,3	- 1,6
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}								
Betriebe	- 0,3	- 0,2	- 14,2
Beschäftigte	- 0,2	0,1	1,4	1,1	- 12,7	- 12,9	- 7,8	- 9,0
Umsatz	6,4	- 11,9
Umsatz je Beschäftigten	6,5	1,0
Gewerbeanzeigen ³⁾								
Gewerbeanmeldungen	14,5	24,0
Gewerbeabmeldungen	22,3	- 2,3
Insolvenzen								
	- 9,3	11,9	- 3,0	18,7
Preisindex für die Lebenshaltung								
	0,0	0,0 ⁴⁾	- 0,1 ⁴⁾	- 0,1	1,2	1,0 ⁴⁾	1,2 ⁴⁾	1,1
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	- 2,9	- 2,4	- 2,6	- 2,5	5,6	15,3	2,3	6,7
Kurzarbeiter	- 4,6	- 4,2	17,2	12,7	- 4,0	- 59,3	- 2,8	- 22,0
Offene Stellen	- 8,0	- 0,3	- 8,9	- 7,3	- 24,1	- 2,1	- 25,2	- 21,4
Beschäftigte in ABM	21,8	6,1	- 5,9	3,2	- 33,2	- 26,9	- 49,6	- 33,5

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

4) ohne Berlin

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	1000	2 456	2 440	2 421	2 402
2	darunter Ausländer	1000	41	42	44	46
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾						
3	Eheschließungen	Anzahl	775	756	715	716
4	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	3,8	3,7	3,5	3,6
5	Lebendgeborene	Anzahl	1 411	1 465	1 446	1 417
6	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	6,9	7,2	7,2	7,1
7	Totgeborene	Anzahl	6	7	5	7
8	je 1 000 Geborene	aT	4,5	4,6	3,6	4,9
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 216	2 173	2 125	2 167
10	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	10,8	10,7	10,5	10,8
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	7	6	6	6
12	je 1 000 Lebendgeborene	aT	5,2	4,2	4,2	4,1
13	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 805	- 709	- 679	- 749
14	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	- 3,9	- 3,5	- 3,4	- 3,7
Wanderungen						
15	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	2 960	2 829	2 939	2 878
16	darunter aus dem Ausland	Anzahl	822	685	747	670
17	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	3 301	3 660	3 915	3 735
18	darunter in das Ausland	Anzahl	440	549	488	479
19	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 341	- 831	- 977	- 857
20	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	5 499	5 286	5 194	5 195
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ²⁾						
21	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anzahl	841 855	821 734	796 307	771 896
22	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	189 387	193 610	194 078	201 103
davon						
23	Männer	Anzahl	84 450	88 506	91 915	99 390
24	Frauen	Anzahl	104 937	105 104	102 164	101 714
25	Ausländer	Anzahl	2 463	2 569	2 716	3 204
26	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	18 893	22 029	22 999	25 206
27	Arbeitslosenquote insgesamt	%	16,5	16,5	16,5	17,2
darunter						
28	Männer	%	14,2	14,7	15,2	16,5
29	Frauen	%	18,9	18,4	17,8	17,9
30	Jugendliche unter 25 Jahren	%	13,0	14,3	13,9	14,3
31	Kurzarbeiter	Anzahl	5 965	3 875	5 465	6 934
32	Langzeitarbeitslose	Anzahl
33	Zugang an offenen Stellen	Anzahl
34	Bestand an offenen Stellen	Anzahl	15 213	13 967	13 819	13 536
35	Beschäftigte in ABM	Anzahl	29 517	22 879	17 659	12 707
Leistungsempfänger von						
36	Arbeitslosengeld	Anzahl	106 174	100 980	95 955	95 448
37	Arbeitslosenhilfe	Anzahl	73 477	81 181	87 596	100 453
38	Eingliederungsgeld	Anzahl	709	810	760	673

1) vorläufige Angaben - 2) Quelle: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bundesanstalt für Arbeit

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
2 396	2 394	2 392	2 390	2 388	2 386	2 385	2 384	2 383	2 381	2 380	2 378	...	1
47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	...	2
561	396	605	197	266	460	476	1 117	1 106	971	1 355	831	...	3
2,8	2,0	3,0	1,0	1,5	2,3	2,4	5,5	5,6	4,8	6,7	4,3	...	4
1 448	1 346	1 587	1 173	1 243	1 255	1 408	1 394	1 468	1 710	1 448	1 649	...	5
7,1	6,8	7,8	5,8	6,8	6,2	7,2	6,9	7,5	8,5	7,2	8,4	...	6
13	5	5	4	8	7	5	4	8	8	2	7	...	7
8,9	3,7	3,1	3,4	6,4	5,5	3,5	2,9	5,4	4,7	1,4	4,2	...	8
2 168	2 167	2 655	2 278	2 220	2 635	2 257	1 888	2 104	2 200	2 026	2 036	...	9
10,7	11,0	13,1	11,2	12,1	13,0	11,5	9,3	10,7	10,9	10,0	10,4	...	10
7	3	9	12	4	9	3	7	3	7	4	3	...	11
4,8	2,2	5,9	9,2	3,4	6,8	2,2	5,0	2,1	4,4	2,7	2,0	...	12
- 720	- 821	- 1 068	- 1 105	- 977	- 1 380	- 849	- 494	- 636	- 490	- 578	- 387	...	13
- 3,5	- 4,2	- 5,3	- 5,4	- 5,3	- 6,8	- 4,3	- 2,4	- 3,2	- 2,4	- 2,9	- 2,0	...	14
4 271	2 715	2 728	2 115	1 921	2 603	2 845	2 201	2 682	3 031	3 229	3 515	...	15
1 092	458	449	353	453	621	719	318	502	527	555	801	...	16
4 700	3 529	3 417	3 333	2 730	2 988	3 209	2 731	2 946	4 219	4 467	4 707	...	17
486	486	716	266	296	402	412	351	440	542	692	544	...	18
- 429	- 814	- 689	- 1 218	- 809	- 385	- 364	- 530	- 264	- 1 188	- 1 238	- 1 192	...	19
5 847	5 845	6 674	4 422	4 056	4 817	4 835	4 616	5 148	5 834	6 202	5 875	...	20
.	.	756 323	21
185 619	189 420	201 430	225 872	230 683	224 367	217 302	209 733	205 325	209 975	207 408	201 324	195 605	22
88 002	90 998	101 041	120 416	124 630	118 692	110 852	104 316	100 369	101 486	99 249	95 666	92 485	23
97 617	98 422	100 389	105 456	106 053	105 675	106 450	105 417	104 956	108 489	108 159	105 658	103 120	24
3 122	3 176	3 279	3 449	3 563	3 459	3 440	3 295	3 276	3 325	3 327	3 333	3 352	25
22 869	22 594	23 190	25 886	27 297	26 505	24 926	23 574	23 217	28 457	28 290	26 563	22 684	26
15,9	16,2	17,2	19,3	19,7	19,2	18,6	18,1	17,7	18,1	17,9	17,4	16,9	27
14,6	15,1	16,8	20,0	20,7	19,7	18,4	17,4	16,8	17,0	16,6	16,0	15,5	28
17,2	17,3	17,7	18,6	18,7	18,6	18,7	18,7	18,7	19,3	19,2	18,8	18,3	29
12,8	12,6	13,0	14,5	15,3	14,8	13,9	13,1	12,9	15,8	15,7	14,8	12,6	30
5 777	5 869	4 881	6 615	6 362	7 872	7 261	7 503	7 475	6 625	6 358	6 067	5 503	31
...	75 300	76 583	77 740	79 093	79 661	80 845	81 813	82 667	82 469	82 314	32
7 798	7 309	6 530	5 729	7 446	9 073	9 299	8 919	6 980	8 063	7 027	7 035	5 706	33
11 782	10 415	9 323	9 548	10 811	12 129	11 613	10 916	10 436	10 392	10 681	9 826	8 865	34
13 630	12 414	10 347	9 318	8 837	8 421	8 051	7 867	7 303	7 383	7 556	9 201	8 021	35
83 892	86 149	94 750	112 645	114 791	106 236	96 875	89 300	84 491	85 383	82 581	36
100 757	102 893	105 889	112 074	115 380	117 994	118 433	118 726	119 411	119 865	119 803	37
773	756	763	673	592	554	542	551	518	555	546	38

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Gewerbeanzeigen ¹⁾						
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1 821	1 742	1 668	1 564
	davon					
2	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	21	25	23	22
3	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	319	318	302	266
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	706	657	627	612
5	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	775	743	717	665
6	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1 722	1 665	1 688	1 563
	davon					
7	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	20	17	21	20
8	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	292	309	320	282
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	777	740	726	659
10	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	633	599	621	602
11	Neuerrichtungen	Anzahl	1 484	1 399	1 341	1 274
	davon					
12	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	18	23	20	20
13	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	262	262	240	215
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	518	463	451	452
15	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	685	651	630	587
16	Aufgaben	Anzahl	1 392	1 320	1 367	1 258
	davon					
17	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	17	13	18	17
18	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	226	240	252	223
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	626	581	580	519
20	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	523	485	517	499
Landwirtschaft						
21	Schlachtungen insgesamt ²⁾	Stück	132 176	144 595	138 446	141 147
	darunter					
22	Rinder (ohne Kälber)	Stück	6 738	7 080	6 586	6 566
23	Kälber	Stück	203	204	193	184
24	Schweine	Stück	124 596	136 556	130 909	133 737
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ²⁾	Stück	128 090	140 960	134 783	137 757
	darunter					
26	Rinder (ohne Kälber)	Stück	6 362	6 763	6 216	6 240
27	Kälber	Stück	174	179	150	161
28	Schweine	Stück	121 144	133 515	127 929	130 919
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	12 904	14 286	13 648	13 924
	darunter					
30	Rinder (ohne Kälber)	Tonnen	1 899	2 012	1 880	1 852
31	Kälber	Tonnen	12	14	13	13
32	Schweine	Tonnen	10 981	12 249	11 745	12 050
33	Rohmilchanlieferung an Molkereien	Tonnen	75 917	77 221	75 804	74 138
Legehennenhaltung und Eierzeugung						
34	Erzeugte Eier	1000 Stück	42 511	44 168	43 738	43 545
35	Legeleistung Eier je Henne	Stück	25,1	25,3	25,1	24,8

1) ab 1996 ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe - 2) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
1 406	1 484	1 401	1 524	1 619	1 962	1 729	1 782	1 729	1 940	1 664	1 906	1 726	1
19	22	16	23	25	40	24	30	25	29	20	27	21	2
213	207	233	255	269	350	292	312	300	350	257	291	267	3
583	606	566	582	611	700	667	642	605	632	646	680	625	4
591	649	586	664	714	872	746	798	799	929	741	908	813	5
1 347	1 530	1 894	1 807	1 501	1 496	1 320	1 306	1 389	1 414	1 114	1 362	1 241	6
12	20	31	19	22	24	16	10	15	17	9	11	12	7
230	285	347	303	243	247	198	235	243	240	165	210	193	8
570	648	777	753	595	585	523	510	567	560	459	591	512	9
535	577	739	732	641	640	583	551	564	597	481	550	524	10
1 190	1 209	1 115	1 212	1 385	1 694	1 503	1 554	1 504	1 689	1 435	1 629	...	11
18	20	12	19	23	39	22	27	21	26	19	23	...	12
180	153	172	195	220	299	264	278	251	305	219	252	...	13
455	467	415	434	521	578	546	531	499	519	526	550	...	14
537	569	516	564	621	778	671	718	733	839	671	804	...	15
1 105	1 250	1 557	1 438	1 230	1 187	1 080	1 077	1 141	1 149	912	1 106	...	16
11	16	24	13	16	21	14	8	13	15	5	7	...	17
178	227	268	226	195	192	165	194	201	192	137	169	...	18
466	522	630	604	500	462	408	409	468	442	378	481	...	19
450	485	635	595	519	512	493	466	459	500	392	449	...	20
143 567	154 612	140 779	151 076	133 739	139 714	141 990	138 570	133 378	133 651	126 212	135 780	130 223	21
7 167	7 703	6 033	6 824	5 614	5 859	6 181	5 084	4 793	6 789	6 114	5 746	5 540	22
237	249	295	127	145	160	241	131	119	129	131	148	194	23
135 345	145 575	133 442	143 594	127 472	133 206	134 195	132 896	128 106	126 372	119 648	129 363	123 519	24
140 334	145 777	133 540	145 100	128 801	135 245	140 003	137 498	132 756	133 284	125 814	135 045	127 012	25
6 815	7 004	5 471	6 310	5 144	5 376	5 927	4 952	4 725	6 743	6 077	5 652	5 164	26
200	213	262	109	123	128	233	116	111	124	123	141	173	27
132 836	138 096	127 257	138 385	123 203	129 422	132 761	132 134	127 654	126 125	119 339	128 902	121 092	28
14 313	14 929	13 408	14 759	12 953	13 567	14 057	13 615	13 087	13 550	12 661	13 498	12 825	29
2 013	2 055	1 613	1 869	1 518	1 603	1 774	1 459	1 377	1 955	1 734	1 637	1 528	30
17	18	21	6	8	10	19	9	10	10	9	12	15	31
12 275	12 847	11 762	12 875	11 420	11 946	12 241	12 142	11 694	11 580	10 914	11 844	11 272	32
71 558	69 386	73 898	75 910	70 079	78 920	76 953	80 935	77 019	78 462	75 890	72 921	72 716	33
44 167	43 912	43 651	41 765	37 958	43 172	43 911	43 927	40 938	41 465	40 442	38 673	40 364	34
25,3	25,4	25,6	24,7	22,4	25,4	25,5	26,0	24,1	25,1	25,8	24,9	25,6	35

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
1	Produktionsindex	1995 = 100	124,2	136,7	135,6	136,7
Energie und Wasserversorgung						
2	Betriebe	Anzahl	149	145	145	142
3	Beschäftigte	Anzahl	8 247	7 845	7 627	7 603
4	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.
5	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden
6	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	2 324	2 375	2 434	2 525
7	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh
8	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh
9	Stromeinspeisung in das öffentliche Netz	Mill. kWh
10	Austauschsaldo mit anderen Bundesländern	Mill. kWh
11	Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz	Mill. kWh
12	Erdgasabgabe ¹⁾	Mill. kWh
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾						
13	Betriebe	Anzahl	1 633	1 715	1 752	1 828
14	Beschäftigte	Anzahl	123 988	132 962	137 927	139 529
15	darunter Arbeiter	Anzahl	89 857	96 327	99 863	100 493
16	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	17 671	18 727	19 096	19 212
17	Bruttolohnsumme	Tsd. Euro	143 525	157 045	165 428	170 035
18	Bruttogehaltsumme	Tsd. Euro	85 504	94 814	101 498	106 332
19	Umsatz	Tsd. Euro	1 376 791	1 588 571	1 641 996	1 688 230
davon						
20	Inlandsumsatz	Tsd. Euro	1 119 911	1 227 001	1 257 930	1 260 439
21	Auslandsumsatz	Tsd. Euro	256 880	361 570	384 066	427 791
22	Produktionsindex	1995 = 100	142,5	165,3	168,5	174,3
davon						
23	Bergbau	1995 = 100	84,1	72,9	65,8	89,9
24	Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	144,3	167,9	169,8	187,3
25	Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	161,2	200,5	199,9	198,1
26	Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	135,3	151,2	151,3	145,3
27	Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	120,9	126,6	136,8	130,1
28	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2000 = 100	...	100,0	100,7	107,2
davon						
29	aus dem Inland	2000 = 100	...	100,0	100,2	102,7
30	aus dem Ausland	2000 = 100	...	100,0	102,2	119,4
davon						
31	Vorleistungsgüterproduzenten	2000 = 100	...	100,0	108,4	116,0
32	Investitionsgüterproduzenten	2000 = 100	...	100,0	93,7	102,3
33	Gebrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	...	100,0	89,9	79,0
34	Verbrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	...	100,0	113,5	119,7
35	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	76	78	79	76
36	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	143	141	138	138
37	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	1 847	1 894	1 935	1 981
38	Umsatz je Beschäftigten	Euro	11 104	11 948	11 905	12 100
39	Exportquote	%	18,7	22,8	23,4	25,3

1) der Thüringer OGU an Endabnehmer - 2) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
151,8	152,8	121,1	126,1	127,7	150,2	141,0	142,7	153,6	149,2	143,5	167,9	...	1
141	141	141	140	140	140	138	138	139	139	140	140	140	2
7 643	7 653	7 701	7 708	7 650	7 645	7 562	7 579	7 542	7 463	7 551	7 588	7 502	3
...	1 061	1 035	1 071	1 036	1 010	4
...	138	135	140	137	133	5
2 354	4 005	2 438	2 369	2 399	2 546	2 463	2 493	2 609	2 592	2 428	2 467	2 438	6
256	303	345	368	358	318	303	197	175	226	248	260	...	7
248	296	336	359	352	311	288	192	170	219	242	255	...	8
64	48	45	65	66	26	30	48	33	32	35	37	...	9
.	10
279	306	345	11
1 896	2 220	3 075	3 226	3 098	2 346	1 798	1 062	727	761	706	12
1 871	1 867	1 865	1 814	1 832	1 878	1 898	1 919	1 926	1 940	1 940	1 940	1 940	13
142 053	142 014	141 349	139 535	139 862	141 846	142 371	143 862	143 691	144 649	145 900	146 119	146 583	14
102 464	102 211	101 669	100 067	100 115	101 654	102 368	102 518	103 598	104 328	105 526	105 721	105 983	15
20 178	20 360	16 940	19 451	18 790	19 882	19 605	19 326	19 509	20 391	18 643	20 911	20 929	16
179 597	204 902	172 060	169 990	158 498	167 281	172 544	174 471	184 861	181 109	174 983	178 382	189 443	17
105 022	130 924	114 468	106 943	104 016	105 458	107 788	108 967	116 447	108 676	106 126	108 551	108 213	18
1 868 143	1 892 954	1 544 670	1 611 302	1 628 183	1 863 203	1 759 655	1 694 432	1 808 424	1 792 798	1 703 286	2 017 384	2 018 960	19
1 392 300	1 389 890	1 169 707	1 191 179	1 186 797	1 373 257	1 333 241	1 300 007	1 376 411	1 348 729	1 287 719	1 495 354	1 477 753	20
475 843	503 064	374 963	420 123	441 387	489 946	426 414	394 425	432 013	444 069	415 567	522 030	541 207	21
192,1	194,6	157,1	168,5	171,7	197,5	180,6	183,8	198,3	192,7	182,5	216,1	...	22
111,7	102,0	58,9	68,0	65,8	91,5	95,8	98,8	116,7	96,3	94,3	108,8	...	23
211,2	207,1	155,7	184,5	187,9	212,5	202,3	217,6	222,3	220,0	202,9	241,0	...	24
222,7	236,9	206,4	180,1	189,5	235,3	185,5	179,9	228,6	200,0	204,1	248,1	...	25
146,7	172,7	127,8	155,7	154,9	170,3	155,5	146,6	142,4	143,6	118,2	166,0	...	26
132,3	130,2	115,4	127,3	124,5	134,1	137,7	128,6	132,1	142,0	134,7	144,4	...	27
120,9	120,1	101,1	112,1	114,6	126,0	116,5	110,9	115,8	119,0	108,7	132,7	136,6	28
115,4	112,1	94,2	104,2	107,7	121,7	112,7	110,0	112,9	112,7	105,8	125,5	125,4	29
135,5	141,3	119,6	133,3	133,0	137,7	126,8	113,4	123,7	136,0	116,5	151,8	166,9	30
126,0	120,5	98,2	128,5	123,1	139,1	133,7	131,5	131,7	141,8	130,2	146,0	147,2	31
121,8	126,4	109,1	101,0	111,4	121,9	105,4	97,6	106,3	103,2	95,7	127,1	135,2	32
82,2	80,0	67,2	82,0	78,9	79,8	71,3	61,8	70,5	65,3	52,3	81,9	78,0	33
130,9	125,9	111,1	114,4	125,3	121,9	140,1	128,0	135,5	147,5	126,6	147,8	153,3	34
76	76	76	77	76	76	75	75	75	75	75	75	76	35
142	143	120	139	134	140	138	134	136	141	128	143	143	36
2 004	2 365	2 027	1 985	1 877	1 923	1 969	1 970	2 097	2 003	1 927	1 964	2 031	37
13 151	13 329	10 928	11 548	11 641	13 135	12 360	11 778	12 586	12 394	11 674	13 806	13 773	38
25,5	26,6	24,3	26,1	27,1	26,3	24,2	23,3	23,9	24,8	24,4	25,9	26,8	39

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 2)}					
1	Betriebe	Anzahl	1 303	1 210	1 024	867
2	Beschäftigte	Anzahl	54 338	48 856	41 012	32 935
3	Umsatz	Tsd. Euro	1 092 374	983 515	869 630	740 300
	Bauhauptgewerbe					
4	Betriebe	Anzahl	742	695	589	499
5	Beschäftigte	Anzahl	35 388	32 236	27 262	21 617
6	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	3 885	3 425	2 836	2 216
7	davon für den Wohnungsbau	1000 Std.	1 113	779	508	344
8	gewerblichen Bau ³⁾	1000 Std.	1 231	1 108	926	693
9	öffentlicher und Straßenbau	1000 Std.	1 540	1 538	1 403	1 179
10	Bruttolohnsumme	Tsd. Euro	48 176	44 106	37 720	30 889
11	Bruttogehaltssumme	Tsd. Euro	15 215	14 210	12 770	10 823
12	Umsatz	Tsd. Euro	258 203	231 191	203 408	172 417
13	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	255 233	228 643	201 210	170 220
14	davon Wohnungsbau	Tsd. Euro	63 875	41 585	29 096	20 711
15	gewerblicher Bau ³⁾	Tsd. Euro	86 549	79 326	71 226	57 352
16	öffentlicher und Verkehrsbau	Tsd. Euro	104 809	107 731	100 888	92 157
17	Produktionsindex	1995 = 100	83,6	73,2	62,8	53,2
18	Volumenindex des Auftragseingangs	2000 = 100	...	100,0	86,7	78,0
19	Auftragseingang	Tsd. Euro	207 650	185 807	160 858	143 970
20	Auftragsbestand ⁴⁾	Tsd. Euro	909 272	839 736	707 896	605 300
21	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	48	46	46	43
22	Geleistete Stunden je Arbeiter	Stunden	132	128	127	127
23	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	1 792	1 809	1 852	1 930
24	Umsatz je Beschäftigten	Euro	7 297	7 172	7 461	7 976
	Ausbaugewerbe ²⁾					
25	Betriebe	Anzahl	564	519	435	371
26	Beschäftigte	Anzahl	18 965	16 657	13 950	11 549
27	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	6 445	5 573	4 600	3 812
28	Bruttolohnsumme	Tsd. Euro	66 514	58 636	50 881	42 808
29	Bruttogehaltssumme	Tsd. Euro	19 995	18 916	17 314	14 814
30	Umsatz	Tsd. Euro	317 764	289 943	259 405	223 050
31	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	305 647	279 817	249 214	214 615
32	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	34	32	32	31
33	Geleistete Stunden je Arbeiter	Stunden	411	409	406	408
34	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	4 562	4 656	4 889	4 990
35	Umsatz je Beschäftigten	Euro	16 756	17 406	18 595	19 314

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten - 2) ab 1997 Quartalsangaben - 3) einschl. landwirtschaftlicher Bau sowie Bauten für Bahn

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
.	.	806	.	.	753	.	.	727	.	.	720	.	1
.	.	31 144	.	.	27 609	.	.	29 191	.	.	29 450	.	2
.	.	845 525	.	.	441 160	.	.	677 111	.	.	794 170	.	3
452	448	450	437	432	428	425	421	417	417	417	411	403	4
21 539	21 105	20 075	17 273	16 330	17 477	18 242	18 573	19 094	19 560	19 617	19 371	19 427	5
2 578	2 399	1 459	1 113	1 055	1 728	2 054	2 052	2 204	2 521	2 232	2 403	2 358	6
373	328	205	164	139	212	282	317	337	372	327	351	315	7
793	737	462	387	379	581	690	686	726	809	717	738	747	8
1 413	1 334	792	563	537	935	1 082	1 049	1 142	1 340	1 188	1 314	1 295	9
35 768	31 803	29 051	22 684	18 046	22 189	26 803	27 850	28 242	31 271	29 384	30 878	33 082	10
10 386	10 966	10 228	9 487	9 019	9 344	9 384	9 417	10 154	9 859	9 661	9 559	9 711	11
204 476	207 016	181 958	76 641	81 507	118 076	146 326	158 719	174 755	196 017	185 334	202 974	198 912	12
202 902	204 481	179 983	75 718	80 383	116 935	144 263	155 982	170 884	193 070	181 848	199 272	196 200	13
22 334	21 172	17 697	8 067	8 000	13 205	18 245	18 038	20 362	22 875	21 252	19 989	18 958	14
68 992	65 894	63 402	28 050	32 487	41 081	52 510	58 244	56 801	67 056	64 879	66 309	65 158	15
111 576	117 415	98 884	39 602	39 896	62 649	73 508	79 701	93 722	103 140	95 717	112 975	112 083	16
62,6	59,5	39,3	29,7	28,0	45,0	52,9	52,5	56,4	53,8	57,4	62,0	...	17
70,2	73,0	60,2	47,2	47,2	69,7	74,0	85,3	86,3	77,1	80,1	81,8	67,4	18
129 393	135 683	111 466	87 430	87 719	129 521	137 566	158 490	160 349	143 011	148 180	151 209	124 467	19
.	.	522 880	.	.	551 943	.	.	601 748	.	.	547 162	.	20
48	47	45	40	38	41	43	44	46	47	47	47	48	21
144	137	88	80	81	123	138	135	140	156	138	150	147	22
2 143	2 026	1 957	1 863	1 657	1 804	1 984	2 007	2 011	2 103	1 990	2 088	2 203	23
9 493	9 809	9 064	4 437	4 991	6 756	8 021	8 546	9 152	10 021	9 448	10 478	10 239	24
.	.	356	.	.	325	.	.	310	.	.	309	.	25
.	.	11 069	.	.	10 132	.	.	10 097	.	.	10 079	.	26
.	.	3 714	.	.	3 231	.	.	3 322	.	.	3 537	.	27
.	.	42 732	.	.	36 300	.	.	37 286	.	.	39 144	.	28
.	.	14 768	.	.	13 106	.	.	12 727	.	.	12 238	.	29
.	.	252 075	.	.	164 935	.	.	197 310	.	.	209 845	.	30
.	.	242 623	.	.	157 343	.	.	189 938	.	.	200 788	.	31
.	.	31	.	.	31	.	.	33	.	.	33	.	32
.	.	414	.	.	396	.	.	406	.	.	431	.	33
.	.	5 195	.	.	4 876	.	.	4 953	.	.	5 098	.	34
.	.	22 773	.	.	16 279	.	.	19 541	.	.	20 820	.	35

und Post - 4) Stichtagsbestand zum Quartalsende

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen²⁾	Anzahl	951	758	686	597
2	Wohngebäude	Anzahl	776	595	539	473
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	124 798	91 692	74 772	64 846
4	Wohnfläche	1000 m ²	94	71	59	49
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	175	163	147	124
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	94 802	100 256	86 699	64 543
7	Nutzfläche	1000 m ²	102	101	88	69
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	945	663	519	414
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	4 659	3 380	2 520	2 287
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	602	464	396	334
11	Wohngebäude	Anzahl	495	368	310	265
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	471	352	297	258
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	87 047	63 741	51 923	43 387
14	umbauter Raum	1000 m ³	398	298	247	204
15	Wohnfläche	1000 m ²	73	55	45	38
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	107	96	86	69
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	72 944	74 436	61 829	44 817
18	umbauter Raum	1000 m ³	585	542	536	399
19	Nutzfläche	1000 m ²	92	84	80	61
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	730	524	419	346
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	3 709	2 693	2 004	1 849
22	Gemeldete Baufertigstellungen insgesamt^{2) 3)}	Anzahl	952	902	732	648
23	Wohngebäude	Anzahl	787	734	578	522
24	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	135 641	119 216	90 100	72 764
25	Wohnfläche	1000 m ²	101	91	67	57
26	Nichtwohngebäude	Anzahl	165	168	154	127
27	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	114 385	93 013	97 332	80 646
28	Nutzfläche	1000 m ²	122	98	97	78
29	Wohnungen insgesamt	Anzahl	1 086	908	670	512
30	Wohnräume insgesamt	Anzahl	5 122	4 555	3 226	2 699
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
31	Ausfuhr (Spezialhandel)⁵⁾	Tsd. Euro	269 550	375 538	420 663	401 278
Ausfuhr nach Warengruppen ⁴⁾						
32	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	18 273	23 242	25 598	20 697
33	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	251 277	352 296	395 064	380 581
34	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	2 432	1 983	3 070	3 572
35	Halbwaren	Tsd. Euro	16 987	29 859	37 443	37 072
36	Fertigwaren	Tsd. Euro	231 858	320 454	354 551	339 936
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern⁵⁾						
37	Italien	Tsd. Euro	24 569	39 583	50 871	31 504
38	Frankreich	Tsd. Euro	34 836	38 350	39 386	40 672
39	Vereinigte Staaten	Tsd. Euro	16 810	32 192	37 735	36 012
40	Niederlande	Tsd. Euro	21 030	25 994	24 430	23 210
41	Vereinigtes Königreich	Tsd. Euro	14 477	19 231	24 139	22 447
42	Österreich	Tsd. Euro	16 248	21 584	24 050	22 129
43	Ausfuhr in EU-Länder (EU-15)	Tsd. Euro	156 923	210 243	222 686	205 863
44	Einfuhr (Generalhandel)⁵⁾	Tsd. Euro	282 671	312 627	345 914	337 431
Einfuhr nach Warengruppen ⁴⁾						
45	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	18 440	19 389	22 298	21 041
46	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	264 231	293 238	323 616	316 390
47	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	1 639	1 833	10 737	13 524
48	Halbwaren	Tsd. Euro	14 176	18 476	11 433	9 976
49	Fertigwaren	Tsd. Euro	248 416	272 930	301 447	292 890
Einfuhr nach ausgewählten Ländern⁵⁾						
50	Niederlande	Tsd. Euro	32 701	43 284	32 011	32 666
51	Volksrepublik China	Tsd. Euro	13 463	26 061	30 547	32 917
52	Taiwan	Tsd. Euro	20 703	24 371	29 231	28 738
53	Spanien	Tsd. Euro	19 435	17 012	28 742	15 813
54	Frankreich	Tsd. Euro	16 983	20 411	22 976	21 004
55	Österreich	Tsd. Euro	20 970	15 564	22 841	16 083
56	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-15)	Tsd. Euro	144 581	149 310	166 549	139 273

1) für Außenhandel vorläufige Zahlen - 2) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden - 3) Quartalsergebnis - 4) Die „Gliederung der Warengruppen und -unter 2003 sind für Antwortausfälle und Befreiung Zuschätzungen bei den EU-Ländern und im Insgesamt enthalten.

Zahlenspiegel Thüringen

2002 ¹⁾			2003 ¹⁾										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
544	578	664	603	533	676	696	639	747	591	443	606	562	1
416	441	554	523	470	586	590	528	615	461	356	466	465	2
57 313	63 047	78 607	75 968	58 388	76 692	82 112	70 504	83 634	58 954	46 933	54 642	62 144	3
46	48	59	63	50	67	56	51	62	43	39	45	53	4
128	137	110	80	63	90	106	111	132	130	87	140	97	5
46 101	62 657	76 568	45 429	56 597	47 154	40 746	53 769	71 340	70 997	183 831	87 552	65 388	6
56	80	64	77	33	42	45	52	87	63	103	72	58	7
432	393	451	542	400	545	389	361	508	308	336	402	423	8
1 992	2 090	2 738	2 847	2 406	3 202	2 227	2 216	2 753	1 951	1 782	2 170	2 246	9
272	332	431	396	330	426	399	336	402	339	270	334	332	10
201	247	366	348	299	382	340	278	328	261	214	245	261	11
193	234	363	342	296	373	335	274	317	256	208	240	255	12
36 828	40 937	55 483	59 172	45 656	58 870	56 086	44 047	55 219	41 307	31 835	38 066	42 773	13
187	192	263	277	219	280	268	211	256	195	152	182	199	14
33	38	49	51	40	51	47	37	47	35	29	35	38	15
71	85	65	48	31	44	59	58	74	78	56	89	71	16
21 041	47 124	60 718	40 860	14 356	37 943	24 633	32 264	55 879	56 936	178 214	48 374	56 733	17
243	437	308	339	156	276	291	273	705	437	740	602	406	18
45	74	52	74	20	32	39	49	85	58	98	66	53	19
317	334	409	471	333	435	397	306	417	298	254	321	343	20
1 515	1 725	2 465	2 435	1 967	2 558	2 264	1 809	2 269	1 692	1 449	1 739	1 788	21
.	.	6 340	.	.	335	.	.	267	.	.	383	.	22
.	.	5 074	.	.	250	.	.	204	.	.	308	.	23
.	.	703 078	.	.	36 944	.	.	32 908	.	.	41 036	.	24
.	.	562	.	.	28	.	.	22	.	.	33	.	25
.	.	1 266	.	.	85	.	.	63	.	.	75	.	26
.	.	759 959	.	.	39 749	.	.	63 523	.	.	95 035	.	27
.	.	714	.	.	59	.	.	64	.	.	44	.	28
.	.	5 013	.	.	233	.	.	167	.	.	269	.	29
.	.	26 423	.	.	1 339	.	.	943	.	.	1 667	.	30
457 142	442 468	381 222	477 169	501 043	504 767	490 300	439 868	516 147	531 531	490 607	590 817	...	31
18 630	18 479	17 243	12 796	24 862	16 000	16 748	21 175	15 454	18 473	15 711	18 195	...	32
438 512	423 989	363 979	444 303	446 717	466 193	453 565	399 961	478 831	491 768	454 261	547 051	...	33
3 336	7 109	3 027	4 911	2 889	6 746	5 111	3 178	5 604	3 335	5 478	3 523	...	34
36 889	40 121	31 119	33 946	43 464	34 719	39 347	27 338	38 414	39 529	39 002	34 613	...	35
398 287	376 760	329 833	405 445	400 364	424 727	409 108	369 445	434 813	448 903	409 780	508 915	...	36
35 871	35 843	23 846	34 859	41 313	38 655	32 869	32 560	45 899	52 271	37 042	72 091	...	37
40 818	44 087	29 999	50 532	64 958	48 770	47 807	39 914	62 601	50 366	48 926	52 526	...	38
42 420	34 862	35 022	37 347	39 300	33 229	36 588	29 787	40 794	40 791	36 490	37 999	...	39
27 141	28 640	23 416	30 820	31 979	36 391	33 391	28 238	31 082	33 796	39 531	32 504	...	40
26 000	28 530	16 989	24 140	32 990	34 535	23 351	27 489	25 033	24 097	37 377	29 297	...	41
24 782	24 653	28 237	22 956	23 178	24 692	29 092	26 578	27 973	26 943	22 821	27 600	...	42
220 997	230 946	179 909	249 101	286 782	280 193	248 031	232 475	271 338	264 234	256 106	317 378	...	43
469 515	422 191	324 235	316 924	364 351	332 437	320 434	376 700	349 439	298 629	308 452	453 738	...	44
22 260	25 260	23 882	27 307	23 645	23 600	27 303	25 416	22 695	25 121	23 989	23 000	...	45
447 254	396 931	300 353	270 423	305 682	285 902	272 442	326 798	302 687	248 373	262 853	404 115	...	46
11 391	15 755	15 090	16 103	16 295	3 186	14 543	21 631	8 124	3 114	4 606	4 637	...	47
10 097	12 333	8 657	10 547	11 332	9 020	8 882	10 851	9 324	9 292	10 020	9 757	...	48
425 767	368 844	276 606	243 773	278 054	273 696	249 017	294 316	285 238	235 967	248 228	389 721	...	49
45 482	50 951	21 978	25 415	54 357	40 247	23 936	28 350	36 007	26 815	17 618	19 059	...	50
80 107	48 087	30 682	18 210	18 654	21 488	7 042	12 864	13 285	8 811	12 858	41 809	...	51
58 345	36 295	24 192	20 234	17 122	22 784	8 664	18 595	26 887	3 260	26 982	72 344	...	52
24 555	18 819	16 858	23 029	27 374	24 345	28 524	27 063	26 811	34 624	23 430	46 179	...	53
21 969	21 661	17 095	22 012	26 139	25 863	22 779	25 970	32 479	23 698	20 789	25 860	...	54
21 731	20 580	17 464	18 816	20 703	21 588	26 074	22 639	25 801	27 765	19 166	30 143	...	55
170 317	175 920	130 107	147 484	184 562	175 525	159 332	188 063	185 545	187 434	146 168	187 140	...	56

gruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)* wurde mit Wirkung vom 1.1.2002 rückwirkend ab Berichtsjahr 2001 geändert. - 5) Ab Januar

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel¹⁾						
1	Beschäftigte	2000 = 100	102,5	100,0	100,6	99,2
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2000 = 100	103,4	100,0	102,5	106,9
3	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2000 = 100	100,5	100,0	93,0	86,5
4	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2000 = 100	96,3	100,0	100,4	107,3
5	sonstiger Facheinzelhandel	2000 = 100	102,4	100,0	100,9	94,5
6	Umsatz ²⁾	2000 = 100	98,4	100,0	102,2	103,4
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2000 = 100	95,5	100,0	104,7	114,7
8	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2000 = 100	98,2	100,0	99,2	92,8
9	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2000 = 100	96,8	100,0	106,7	108,9
10	sonstiger Facheinzelhandel	2000 = 100	99,5	100,0	98,3	90,0
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte	2000 = 100	109,6	100,0	96,6	92,1
	darunter					
12	in Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis	2000 = 100	105,3	100,0	100,2	98,5
13	in Restaurants, Cafés, Eisdielen und in Imbißhallen	2000 = 100	115,0	100,0	95,7	92,0
14	Umsatz ²⁾	2000 = 100	109,6	100,0	94,6	86,2
	darunter					
15	in Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis	2000 = 100	106,4	100,0	95,9	91,7
16	in Restaurants, Cafés, Eisdielen und in Imbißhallen	2000 = 100	115,3	100,0	95,3	86,3
Fremdenverkehr						
17	Gästekünfte	1000	247	249	245	233
18	darunter von Auslandsgästen	1000	14	15	13	13
19	Gästeübernachtungen	1000	722	745	732	691
20	darunter von Auslandsgästen	1000	36	37	35	33
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	10 000	8 404	8 103	7 902
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	8 401	7 010	6 850	6 753
23	Lastkraftwagen	Anzahl	829	703	632	562
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	565	495	432	394
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	6 426	6 036	5 860	5 543
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	1 020	951	907	829
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	5 406	5 084	4 953	4 714
28	Getötete Personen	Anzahl	28	27	25	22
29	Verletzte Personen	Anzahl	1 378	1 279	1 220	1 121
Straßenpersonenverkehr⁴⁾						
Straßenbahn-, O-Bus- und Kraftomnibusverkehr						
30	Beförderte Personen	Mill.	18	18	17	16
31	Personen-Kilometer	Mill. km	163	161	157	148

1) ohne Handel mit Kfz und ohne Tankstellen, vorläufige Angaben - 2) Preisbasis 2000 - 3) Quellenangabe: Statistische Mitteilung des Kraftfahrt-Bundesamtes,

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
97,8	98,5	98,7	96,8	95,6	94,3	94,3	95,1	94,5	94,2	94,4	94,3	94,4	1
106,3	107,6	106,6	106,9	104,8	101,0	100,8	101,7	101,1	102,1	102,2	102,2	102,5	2
82,6	83,4	84,0	81,8	81,9	81,9	80,3	78,6	78,7	78,3	77,7	75,7	77,8	3
109,5	110,5	115,1	106,9	105,0	103,5	104,2	104,6	103,4	103,5	105,0	104,7	102,8	4
91,9	92,0	92,2	90,0	89,4	89,8	89,8	90,7	90,2	89,3	89,5	89,6	89,4	5
105,0	111,3	123,6	92,5	89,0	100,4	105,5	102,7	95,7	100,2	96,7	98,3	101,7	6
114,8	123,8	138,9	107,0	102,5	110,8	117,9	113,2	106,9	109,9	110,7	106,0	111,2	7
87,4	94,3	112,6	81,1	75,9	84,6	90,3	89,0	84,2	86,9	85,8	82,3	84,4	8
108,4	115,0	137,3	104,9	98,7	102,4	110,5	106,0	104,3	112,5	104,3	106,6	108,9	9
93,0	98,0	104,9	75,0	73,1	91,7	93,2	92,4	82,1	88,0	80,4	89,1	90,8	10
90,7	88,5	87,6	84,3	84,8	85,2	86,6	87,7	89,1	87,3	87,7	87,7	89,5	11
99,1	97,5	96,9	93,1	94,1	94,8	94,3	95,4	96,2	95,3	98,0	97,6	98,9	12
91,2	87,1	85,6	83,3	83,7	84,1	87,3	88,9	91,4	89,1	88,7	87,5	89,5	13
87,9	77,5	90,4	66,7	67,6	73,7	77,2	94,5	90,8	80,1	84,8	85,4	84,2	14
99,1	77,3	98,2	67,7	69,4	74,2	80,7	111,5	101,5	85,5	92,3	100,6	98,0	15
82,0	77,3	91,3	63,0	64,2	74,3	76,9	90,2	91,5	81,8	90,6	79,0	77,7	16
271	203	188	150	177	183	218	318	285	249	244	293	288	17
14	9	8	7	7	8	11	17	18	21	22	21	16	18
796	540	576	468	561	531	640	860	800	796	812	824	807	19
35	21	23	15	16	20	25	43	47	59	55	53	44	20
7 654	7 538	7 102	6 452	6 381	10 548	8 654	9 159	9 483	8 198	6 857	8 301	7 144	21
6 845	6 662	6 097	5 658	5 561	8 760	7 103	7 629	8 083	6 857	5 784	7 318	6 209	22
540	635	746	574	393	594	530	613	608	683	494	596	622	23
127	77	60	106	280	979	804	703	616	511	430	262	159	24
6 081	6 050	5 642	5 388	4 822	4 476	5 074	5 286	5 303	5 202	5 334	5 670	5 546	25
801	859	685	763	607	673	798	919	1 015	944	965	940	786	26
5 280	5 191	4 957	4 625	4 215	3 803	4 276	4 367	4 288	4 258	4 369	4 730	4 760	27
21	26	18	23	17	19	20	23	30	22	44	21	17	28
1 100	1 129	949	986	851	931	1 040	1 224	1 346	1 270	1 265	1 216	1 062	29
.	.	51	.	.	52	.	.	48	.	.	41	.	30
.	.	414	.	.	407	.	.	526	.	.	459	.	31

Reihe 1 - 4) mit 6 und mehr Omnibussen; Quartalsergebnisse

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Alle privaten Haushalte	2000 = 100	...	100,0	102,3	103,6
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2000 = 100	...	100,0	106,2	106,4
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2000 = 100	...	100,0	102,2	106,1
4	Bekleidung und Schuhe	2000 = 100	...	100,0	101,0	101,1
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2000 = 100	...	100,0	101,7	101,9
6	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	2000 = 100	...	100,0	101,0	102,1
7	Gesundheitspflege	2000 = 100	...	100,0	103,6	104,9
8	Verkehr	2000 = 100	...	100,0	102,8	104,9
9	Nachrichtenübermittlung	2000 = 100	...	100,0	91,5	95,7
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2000 = 100	...	100,0	101,5	103,1
11	Bildungswesen	2000 = 100	...	100,0	108,9	114,8
12	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2000 = 100	...	100,0	101,9	106,4
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2000 = 100	...	100,0	103,9	106,8
Jahresteuerrate						
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Alle privaten Haushalte	%	2,3	1,3
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	6,2	0,2
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	2,2	3,8
17	Bekleidung und Schuhe	%	1,0	0,1
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	%	1,7	0,2
19	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	1,0	1,1
20	Gesundheitspflege	%	3,6	1,3
21	Verkehr	%	2,8	2,0
22	Nachrichtenübermittlung	%	- 8,5	4,6
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	%	1,5	1,6
24	Bildungswesen	%	8,9	5,4
25	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	1,9	4,4
26	Andere Waren und Dienstleistungen	%	3,9	2,8
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	25,86	24,45	23,15	24,50
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	37,25	36,84	38,89	41,45
29	Rohbauland	Euro je m ²	16,35	16,43	11,13	12,50
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	13,50	13,37	12,00	11,56
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2000 = 100	100,2	100,0	99,7	99,6

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
103,6	103,3	104,2	104,2	105,0	105,0	104,7	104,4	104,7	104,9	104,8	104,8	104,8	1
104,3	104,2	104,5	105,7	106,6	106,9	107,2	107,2	107,7	106,6	105,7	106,4	106,9	2
106,1	106,1	106,1	110,4	111,6	111,6	111,6	111,6	112,1	112,2	112,1	112,2	112,1	3
101,8	101,6	100,8	100,5	101,0	101,5	101,5	101,0	100,6	99,3	99,3	101,2	102,1	4
102,3	102,1	102,2	102,7	103,2	103,3	102,9	102,7	102,7	102,8	102,5	102,5	102,7	5
102,0	102,0	102,2	102,2	102,3	102,4	102,3	102,2	102,2	102,1	102,2	102,1	102,2	6
105,1	105,2	105,2	105,2	105,2	105,2	105,2	104,8	104,8	104,8	104,6	104,9	105,0	7
106,0	105,0	105,3	106,9	108,4	108,3	107,6	106,5	107,5	107,8	108,6	107,8	107,4	8
95,9	95,6	95,8	95,5	95,9	95,9	96,2	96,2	96,2	96,1	96,0	97,4	97,4	9
102,0	101,3	107,3	101,8	103,7	102,7	102,1	101,3	102,0	103,6	104,0	103,4	102,1	10
114,8	114,8	114,8	114,8	116,2	121,0	121,0	121,0	121,0	121,0	121,0	121,0	121,0	11
105,8	105,8	110,4	106,3	106,9	106,3	106,6	106,4	107,4	109,6	109,8	106,7	106,7	12
106,9	106,9	106,9	108,0	108,7	108,7	108,6	109,2	109,2	109,2	109,2	110,0	110,2	13
1,1	1,0	0,9	0,7	1,4	1,3	1,2	0,8	1,2	1,0	1,1	1,2	1,2	14
-2,1	-1,7	-1,9	-3,2	-1,9	-0,9	-0,5	-0,5	1,0	0,5	0,7	1,5	2,5	15
3,7	3,4	3,4	3,8	5,4	5,4	5,4	5,4	5,8	5,8	5,7	5,6	5,7	16
-0,1	-0,5	-0,7	-1,0	0,1	0,1	0,1	-0,2	-0,3	-1,2	-0,7	-0,3	0,3	17
0,2	0,3	0,5	0,6	1,5	1,5	1,1	0,9	1,0	0,9	0,6	0,5	0,4	18
0,7	0,5	0,6	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	-	0,3	0,1	0,2	19
1,0	1,0	1,1	0,8	0,8	0,8	0,8	-0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,4	-0,1	20
3,6	3,3	3,0	3,7	4,8	3,4	1,7	1,6	2,6	2,4	3,0	2,0	1,3	21
4,8	4,6	4,8	1,6	0,2	0,4	0,6	0,1	-	-0,3	0,1	1,6	1,6	22
0,8	0,3	-0,1	-0,4	-0,1	-0,6	1,0	-0,9	-0,3	-1,0	-	0,3	0,1	23
1,3	1,3	1,3	-	1,2	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	24
4,2	3,8	3,6	1,6	1,6	1,1	2,4	0,9	0,8	0,6	0,9	0,9	0,9	25
1,7	1,6	1,6	1,4	2,1	2,1	1,9	2,3	2,2	2,1	2,0	2,6	3,1	26
.	.	24,82	.	.	17,20	.	.	26,28	27
.	.	43,66	.	.	38,12	.	.	36,03	28
.	.	12,72	.	.	11,27	.	.	7,25	29
.	.	9,38	.	.	6,95	.	.	13,44	30
.	100,0	.	.	100,2	.	.	100,2	.	.	100,4	.	.	31

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Monatsdurchschnitt			
Löhne und Gehälter						
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe						
1	Bruttomonatsverdienst	Euro	1 913	1 906	1 948	2 000
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	1 914	1 899	1 937	1 996
	davon					
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	1 876	1 853	1 791	1 934
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	1 871	1 874	1 913	1 977
5	Energie- und Wasserversorgung	Euro	2 282	2 389	2 473	2 554
6	Baugewerbe	Euro	1 946	1 913	1 949	1 977
7	Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	1 907	1 960	2 028	2 016
	davon					
8	Handel	Euro	1 730	1 783	1 834	1 846
9	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	2 183	2 236	2 325	2 508
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe						
10	Bruttomonatsverdienst	Euro	1 707	1 715	1 737	1 776
11	männliche Arbeiter	Euro	1 791	1 803	1 827	1 864
12	weibliche Arbeiter	Euro	1 408	1 378	1 415	1 471
13	Bruttostundenverdienst	Euro	9,78	9,84	10,02	10,30
14	männliche Arbeiter	Euro	10,21	10,31	10,50	10,79
15	weibliche Arbeiter	Euro	8,22	7,99	8,27	8,62
16	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,1	40,1	39,9	39,7
17	männliche Arbeiter	Std.	40,3	40,2	40,0	39,8
18	weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,7	39,4	39,3
Angestellte im Produzierenden Gewerbe						
19	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 464	2 455	2 540	2 630
20	männliche Angestellte	Euro	2 770	2 764	2 863	2 966
21	weibliche Angestellte	Euro	2 033	1 981	2 047	2 113
Kaufmännische Angestellte						
22	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 276	2 251	2 329	2 422
23	männliche Angestellte	Euro	2 826	2 819	2 939	3 070
24	weibliche Angestellte	Euro	2 010	1 952	2 015	2 082
Technische Angestellte						
25	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 634	2 636	2 724	2 808
26	männliche Angestellte	Euro	2 749	2 744	2 836	2 929
27	weibliche Angestellte	Euro	2 112	2 082	2 156	2 216
Angestellte in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe						
28	Bruttomonatsverdienst	Euro	1 907	1 960	2 028	2 016
29	männliche Angestellte	Euro	2 059	2 104	2 156	2 162
30	weibliche Angestellte	Euro	1 793	1 844	1 920	1 893
Kaufmännische Angestellte						
31	Bruttomonatsverdienst	Euro	1 925	1 991	2 058	2 063
32	männliche Angestellte	Euro	2 138	2 209	2 257	2 298
33	weibliche Angestellte	Euro	1 806	1 861	1 935	1 912

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
1 969	.	.	2 016	.	.	2 046	.	.	2 057	1
1 957	.	.	2 009	.	.	2 036	.	.	2 047	2
1 811	.	.	1 902	.	.	1 934	.	.	1 868	3
1 927	.	.	1 996	.	.	2 012	.	.	2 019	4
2 513	.	.	2 673	.	.	2 682	.	.	2 714	5
1 986	.	.	1 907	.	.	2 016	.	.	2 052	6
2 059	.	.	2 047	.	.	2 091	.	.	2 103	7
1 856	.	.	1 867	.	.	1 898	.	.	1 919	8
2 362	.	.	2 550	.	.	2 609	.	.	2 599	9
1 759	.	.	1 760	.	.	1 796	.	.	1 810	10
1 849	.	.	1 844	.	.	1 886	.	.	1 901	11
1 427	.	.	1 491	.	.	1 496	.	.	1 500	12
10,09	.	.	10,43	.	.	10,44	.	.	10,44	13
10,54	.	.	10,96	.	.	10,93	.	.	10,91	14
8,36	.	.	8,75	.	.	8,79	.	.	8,80	15
40,1	.	.	38,8	.	.	39,6	.	.	39,9	16
40,4	.	.	38,7	.	.	39,7	.	.	40,1	17
39,3	.	.	39,2	.	.	39,2	.	.	39,3	18
2561	.	.	2691	.	.	2703	.	.	2721	19
2893	.	.	3027	.	.	3040	.	.	3059	20
2064	.	.	2173	.	.	2176	.	.	2193	21
2342	.	.	2492	.	.	2504	.	.	2513	22
2971	.	.	3167	.	.	3186	.	.	3191	23
2030	.	.	2141	.	.	2143	.	.	2160	24
2752	.	.	2859	.	.	2870	.	.	2895	25
2865	.	.	2978	.	.	2989	.	.	3014	26
2185	.	.	2277	.	.	2282	.	.	2302	27
2059	.	.	2047	.	.	2091	.	.	2103	28
2186	.	.	2199	.	.	2255	.	.	2276	29
1951	.	.	1921	.	.	1955	.	.	1962	30
2089	.	.	2092	.	.	2126	.	.	2139	31
2288	.	.	2323	.	.	2360	.	.	2388	32
1966	.	.	1941	.	.	1972	.	.	1977	33

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	4 218	3 987	3 971	3 998
2	je Einwohner	Euro	1 717	1 631	1 640	1 664
darunter						
3	Personalausgaben	Mill. Euro	1 266	1 233	1 217	1 216
4	je Einwohner	Euro	515	504	503	506
5	Laufender Sachaufwand	Mill. Euro	798	765	760	761
6	je Einwohner	Euro	325	313	314	317
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Mill. Euro	1 194	1 201	1 258	1 254
8	je Einwohner	Euro	486	491	519	522
9	Sachinvestitionen	Mill. Euro	1 080	926	883	891
10	je Einwohner	Euro	440	379	365	371
davon						
11	Baumaßnahmen	Mill. Euro	944	806	752	763
12	je Einwohner	Euro	384	330	311	317
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Mill. Euro	136	120	130	128
14	je Einwohner	Euro	55	49	54	53
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	4 204	4 036	3 978	3 985
16	je Einwohner	Euro	1 712	1 651	1 642	1 659
darunter						
17	Steuern (netto) u. steuerähnliche Einnahmen	Mill. Euro	649	638	620	646
18	je Einwohner	Euro	264	261	256	269
darunter						
19	Grundsteuer A und B	Mill. Euro	160	165	165	165
20	je Einwohner	Euro	65	67	68	69
21	Gewerbesteuer (netto)	Mill. Euro	214	219	211	218
22	je Einwohner	Euro	87	89	87	91
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. Euro	205	180	171	189
24	je Einwohner	Euro	84	74	71	79
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mill. Euro	60	64	63	63
26	je Einwohner	Euro	25	27	26	26
27	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	Mill. Euro	573	554	557	564
28	je Einwohner	Euro	233	227	230	235
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Mill. Euro	2 462	2 440	2 421	2 403
30	je Einwohner	Euro	1 003	999	1 000	1 000
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Mill. Euro	742	649	637	606
32	je Einwohner	Euro	302	265	263	252
33	Finanzierungssaldo	Mill. Euro	- 15	49	6	- 13
34	je Einwohner	Euro	- 6	20	3	- 5
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾	Mill. Euro	3 033	2 987	2 978	2 958
36	je Einwohner	Euro	1 235	1 222	1 229	1 231

1) alle Angaben seit Jahresbeginn (kumulativ) - 2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich - 3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
.	.	3 971	.	.	837	.	.	1 758	.	.	2 761	.	1
.	.	1 640	.	.	349	.	.	732	.	.	1 149	.	2
.	.	1 217	.	.	283	.	.	568	.	.	850	.	3
.	.	503	.	.	118	.	.	237	.	.	354	.	4
.	.	760	.	.	190	.	.	369	.	.	542	.	5
.	.	314	.	.	79	.	.	154	.	.	225	.	6
.	.	1 258	.	.	287	.	.	613	.	.	969	.	7
.	.	519	.	.	119	.	.	255	.	.	403	.	8
.	.	883	.	.	121	.	.	289	.	.	512	.	9
.	.	365	.	.	50	.	.	120	.	.	213	.	10
.	.	752	.	.	104	.	.	253	.	.	478	.	11
.	.	311	.	.	43	.	.	105	.	.	187	.	12
.	.	130	.	.	17	.	.	36	.	.	64	.	13
.	.	54	.	.	7	.	.	15	.	.	27	.	14
.	.	3 978	.	.	826	.	.	1 818	.	.	2 784	.	15
.	.	1 642	.	.	344	.	.	757	.	.	1 159	.	16
.	.	620	.	.	128	.	.	283	.	.	445	.	17
.	.	256	.	.	53	.	.	118	.	.	185	.	18
.	.	165	.	.	39	.	.	83	.	.	131	.	19
.	.	68	.	.	16	.	.	35	.	.	54	.	20
.	.	211	.	.	57	.	.	125	.	.	179	.	21
.	.	87	.	.	24	.	.	52	.	.	74	.	22
.	.	171	.	.	29	.	.	53	.	.	96	.	23
.	.	71	.	.	12	.	.	22	.	.	40	.	24
.	.	63	.	.	1	.	.	16	.	.	31	.	25
.	.	26	.	.	0	.	.	7	.	.	13	.	26
.	.	557	.	.	124	.	.	283	.	.	421	.	27
.	.	230	.	.	52	.	.	118	.	.	175	.	28
.	.	2 421	.	.	553	.	.	1 146	.	.	1 735	.	29
.	.	1 000	.	.	230	.	.	477	.	.	722	.	30
.	.	637	.	.	93	.	.	256	.	.	411	.	31
.	.	263	.	.	39	.	.	107	.	.	171	.	32
.	.	6	.	.	- 12	.	.	59	.	.	23	.	33
.	.	3	.	.	- 5	.	.	25	.	.	10	.	34
.	.	2 978	.	.	2 957	.	.	2 943	.	.	2 960	.	35
.	.	1 229	.	.	1 231	.	.	1 225	.	.	1 232	.	36

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1999	2000	2001	2002
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Mill. Euro	23 131	23 586	23 791	24 664
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Mill. Euro	2 564	2 580	2 679	2 699
3	mittelfristige Kredite	Mill. Euro	1 442	1 339	1 305	1 604
4	langfristige Kredite	Mill. Euro	19 125	19 667	19 807	20 361
	darunter					
5	an inländische Nichtbanken	Mill. Euro	23 081	23 491	23 617	24 503
	davon					
6	Unternehmen	Mill. Euro	6 766	6 888	7 206	7 333
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	4 564	4 549	4 329	4 286
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	7 249	7 395	7 556	8 048
9	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	4 502	4 659	4 526	4 836
10	Einlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	23 288	23 133	24 210	24 259
	davon					
11	Sichteinlagen	Mill. Euro	7 379	7 297	8 159	8 770
12	Termineinlagen	Mill. Euro	3 286	3 434	3 389	2 851
13	Sparbriefe	Mill. Euro	1 778	2 059	2 383	2 440
14	Spareinlagen	Mill. Euro	10 845	10 343	10 279	10 198
	darunter					
15	von inländischen Nichtbanken	Mill. Euro	23 250	23 089	24 149	24 183
	davon					
16	Unternehmen	Mill. Euro	3 264	3 298	3 305	3 235
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	1 217	1 126	1 234	1 294
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	17 674	17 419	18 485	18 578
19	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	1 095	1 246	1 125	1 076
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	4 944	1 409	1 442	1 297
21	Zinsgutschriften	Mill. Euro	289	257	261	231
22	Lastschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	5 097	1 608	1 384	1 206
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	10 845	10 343	10 279	10 198
	darunter bei					
24	Großbanken	Mill. Euro	859	735	733	643
25	Sparkassen	Mill. Euro	7 402	7 122	7 010	6 990
26	Kreditgenossenschaften	Mill. Euro	1 905	1 804	1 869	1 929
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	1 513	1 724	1 740	2 662
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe ⁴⁾	Anzahl	1 375	1 353	1 325	1 369
	davon					
29	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	25	20	18	25
30	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	681	699	642	632
31	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	375	311	328	409
32	Grundstück- u. Wohnungswesen, Dienstleistungen u. Sonstiges	Anzahl	294	323	337	303
33	übrige Schuldner	Anzahl	138	371	415	1 293
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	56	111	51	281
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	x	x	x	463
36	Verbraucher	Anzahl	33	194	280	440
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	520	809	894	1 966
38	mangels Masse abgelehnte Verfahren	Anzahl	992	908	830	678
39	Annahme Schuldenbereinigungsplan	Anzahl	1	7	16	18
40	voraussichtliche Forderungshöhe	Tsd. Euro	789 819	1 068 228	1 167 479	2 052 144
41	Beschäftigte	Anzahl	.	7812	5153	7068

1) Quelle: Landeszentralbank im Freistaat Sachsen und Thüringen - 2) Stand am Jahres- bzw. Monatsende - 3) Umsätze im Vierteljahr; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

Zahlenspiegel Thüringen

2002			2003										Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
.	.	23 791	.	.	24 518	.	.	24 627	.	.	24 620	.	1
.	.	2 679	.	.	2 693	.	.	2 679	.	.	2 618	.	2
.	.	1 305	.	.	1 591	.	.	1 660	.	.	1 686	.	3
.	.	19 807	.	.	20 234	.	.	20 288	.	.	20 316	.	4
.	.	23 617	.	.	24 359	.	.	24 476	.	.	24 471	.	5
.	.	7 206	.	.	7 161	.	.	7 151	.	.	7 125	.	6
.	.	4 329	.	.	4 232	.	.	4 207	.	.	4 161	.	7
.	.	7 556	.	.	8 083	.	.	8 222	.	.	8 350	.	8
.	.	4 526	.	.	4 883	.	.	4 896	.	.	4 835	.	9
.	.	24 210	.	.	23 897	.	.	23 739	.	.	23 823	.	10
.	.	8 159	.	.	8 413	.	.	8 529	.	.	8 609	.	11
.	.	3 389	.	.	2 832	.	.	2 696	.	.	2 692	.	12
.	.	2 383	.	.	2 388	.	.	2 322	.	.	2 241	.	13
.	.	10 279	.	.	10 264	.	.	10 192	.	.	10 281	.	14
.	.	24 149	.	.	23 809	.	.	23 651	.	.	23 730	.	15
.	.	3 305	.	.	2 952	.	.	2 904	.	.	3 010	.	16
.	.	1 234	.	.	1 271	.	.	1 264	.	.	1 305	.	17
.	.	18 485	.	.	18 557	.	.	18 396	.	.	18 341	.	18
.	.	1 125	.	.	1 029	.	.	1 087	.	.	1 074	.	19
.	.	1 442	.	.	1 271	.	.	1 050	.	.	1 043	.	20
.	.	261	.	.	13	.	.	10	.	.	10	.	21
.	.	1 384	.	.	1 213	.	.	1 135	.	.	968	.	22
.	.	10 279	.	.	10 264	.	.	10 192	.	.	10 281	.	23
.	.	733	.	.	652	.	.	625	.	.	644	.	24
.	.	7 010	.	.	7 044	.	.	7 030	.	.	7 093	.	25
.	.	1 869	.	.	1 944	.	.	1 933	.	.	1 951	.	26
231	246	174	216	285	254	276	222	239	243	247	224	261	27
109	114	70	82	108	94	118	78	76	80	75	91	75	28
-	5	-	-	4	2	-	2	-	1	3	1	2	29
42	40	33	45	57	43	57	28	37	42	32	30	37	30
46	42	18	18	17	22	25	30	20	17	25	27	14	31
21	27	19	19	30	27	36	18	19	20	15	33	22	32
122	132	104	134	177	160	158	144	163	163	172	133	186	33
15	21	17	14	19	17	4	21	14	5	9	16	25	34
48	54	44	53	65	65	88	67	85	68	78	59	55	35
47	42	36	54	68	63	49	45	50	65	73	40	94	36
181	181	146	171	197	204	205	165	171	181	200	175	199	37
50	65	28	42	87	47	70	56	67	57	46	48	61	38
-	-	-	3	1	3	1	1	1	5	1	1	1	39
91 505	108 456	126 320	78 081	121 492	120 854	99 561	51 802	82 554	107 318	81 396	106 521	78 783	40
482	330	356	348	857	492	617	345	409	247	507	487	503	41

4) Unternehmen insgesamt - ab Januar 2002 ohne ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren